# Informations-Dienst



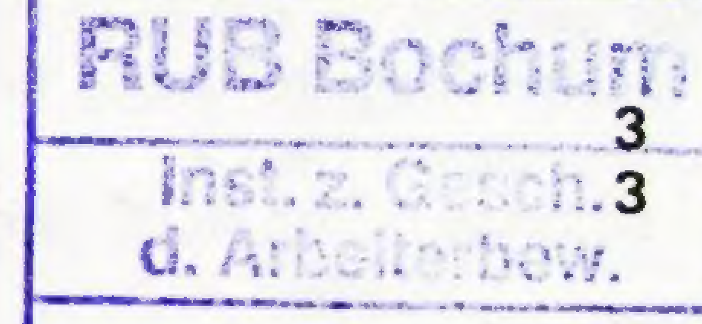
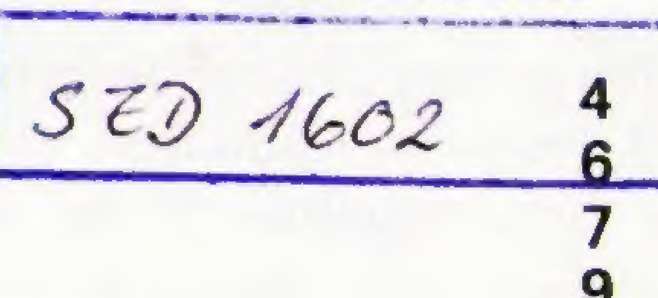
## zur Verbreitung unterbliebener Nachrichten

D 1870 CX

**ERSCHEINT WÖCHENTLICH** **NR. 233** **10. JUNI**

Redaktionsschluß: Donnerstag, 16 Uhr
Postanschrift: Postfach 900 343, 6000 Frankfurt 90, Tel. 0611/ 70 43 52
DRUCK: Druckladen, Hamburger Allee 45, 6000 Frankfurt 90



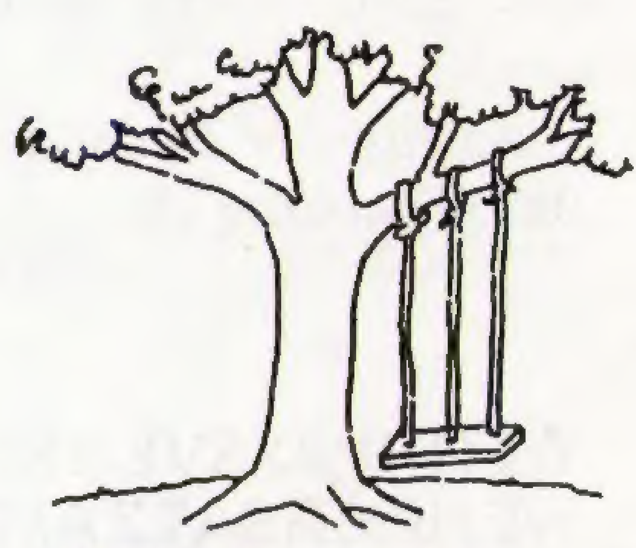




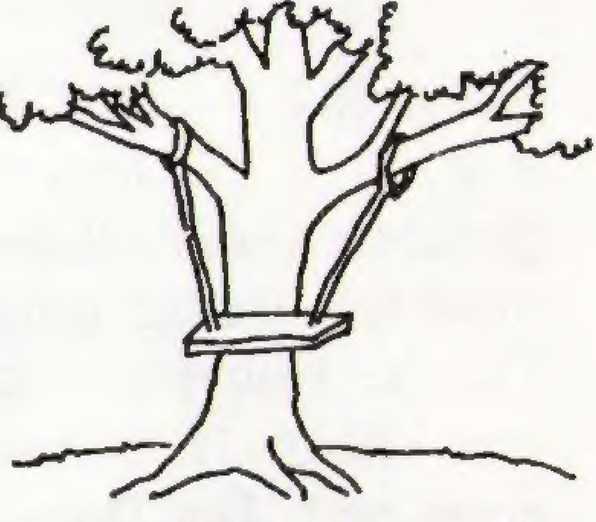
Wie ein Plan von den Experten vorgeschlagen —

von der Delegiertenversammlung überarbeitet —





in weiteren Beratungen entwickelt —

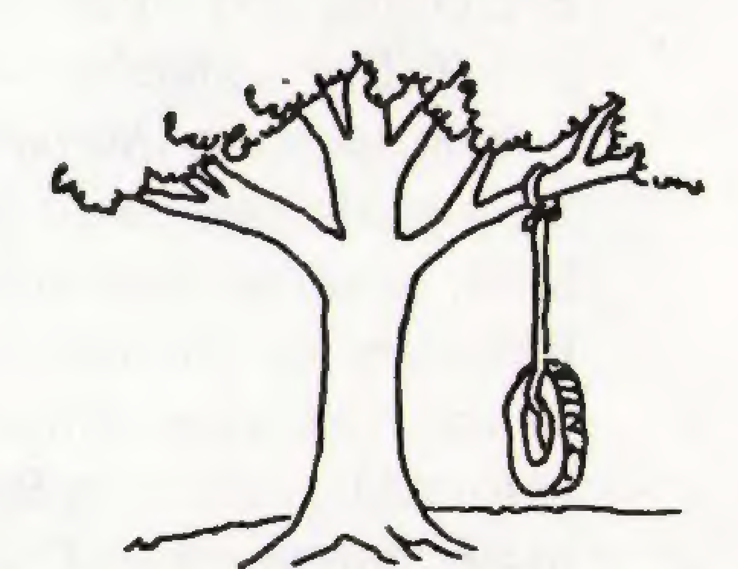


als Kompromißvorschlag angenommen —



schließlich realisiert wurde —





und was die Betroffenen eigentlich gewünscht hatten.

## WIDER DIE EINSAMKEIT DES HISTORIKERS

Frankfurt 7. Juni Seit März gibt es eine neue Zeitschrift: "Radikaler Historiker". Soeben ist Heft 2 erschienen. Eigentlich ist sie eher ein Zirkular; sie ist der Versuch, unter linken Historikern – die in der Regel extrem vereinzelt arbeiten – einen Kommunikations- und Diskussionszusammenhang herzustellen. Die inhaltlichen Schwerpunkte sollen nicht auf der Organisationsgeschichte und der Rekonstruktion theoretischer Debatten liegen, wie es lange fast ausschließlich üblich war. Schwerpunkt sollen Arbeiten zur Geschichte der Unterklassen sein. In dem Blatt sollen weniger ausgearbeitete Aufsätze und Forschungen als vielmehr Exposes, Ideen, Pläne, etc. veröffentlicht werden; sie sollen Anregungen geben und Diskussionen provozieren. Allerdings ist das Blatt nicht als Organ ausschließlich für Fachhistoriker gedacht: es soll so gestaltet werden, daß es allen, die an solchen Fragestellungen interessiert sind, zugänglich ist. Aus dem Inhalt von Heft 2:

– Solche Leute sind nicht zu bessern: das städtische Proletariat in Triest 1890 - 1914
– Der Übergang zum Zeitalter der ökonomischen Vernunft
– Europäische Arbeiter und deutsches Kapital
– Teile und herrsche: Zur Arbeiterpolitik in der 'Ära Speer'
– Rezensionen

"Radikale Historiker" erscheint unregelmäßig, mindestens gibt es fünf Hefte im Jahr. Preis des Einzelheftes DM 2.–; Abonnement: 5 Hefte DM 10.– auf folgendes Konto: Th. Schmid, Deutsche Bank Frankfurt, BLZ 500 700 10, KtoNr. 456 9356. Hefte können nur gegen Vorauszahlung geliefert werden.

**Anschrift der Redaktion: Jürgen Klein, Rektor-Ritter-Str. 1, 2050 Hamburg 80**

## WEHRPASSVERBRENNUNG VOR DEM KREIS–WEHRERSATZAMT

*Von einem Demo-Teilnehmer*

Ravensburg 3. Juni Gut 200 Leute aus ganz Oberschwaben beteiligten sich am 3. Juni an einer von der Selbstorganisation der oberschwäbischen Zivildienstleistenden organisierten Demo gegen die Wiedereinführung des Gewissens-TÜV's. Höhepunkt der Demonstration war die Verbrennung von knapp 15 Wehrpässen vor dem Ravensburger Kreiswehrersatzamt. Die Demo-Begleitbullen griffen nicht ein – wohlweislich. Denn die 200 Leute bildeten doch eine ganz schön undurchdringliche lebende Mauer.

## FILM UND INFORMATION AUS CHINA

FREIBURG 30. MAI Teilnehmer einer Chinareise im Sommer 1977 haben diese Fahrt in Bild und Ton dokumentiert. Der erste Film, der fertig geworden ist (andere sollen folgen), hat den Bereich Erziehung und Ausbildung zum Inhalt. Der Verleih erfolgt privat. Die Leihgebür von 50 Mark soll ein Beitrag zu den Produktionskosten (Material- und Kopierkosten) sein. Bei größeren Veranstaltungen wird jedoch ein Beitrag zwischen 50 und 100 Mark erwartet (eventuell durch Spenden). Der Film zeigt Beispiele der chinesischen Erziehung in drei Kindergärten, einer Grund- und einer Mittelschule und gibt außerdem allgemeine Informationen, zum Beispiel auch über die Funktion der Kultur in der chinesischen Erziehung. Der Film kann bei Klaus Labudde, Sulzburger Str. 28, 7800 Freiburg (Tel. 0761/49 35 23) angefordert werden.

## 2. REGIONALTREFFEN DER JUZLER GEPLANT

KÖLN 7. Juni Nachdem sich Anfang Juni in Köln die nordrheinwestfälischen Mitarbeiter, Besucher und Sympathisanten von Jugendzentren getroffen haben, wird nun am 7./8. Oktober ein zweites Treffen stattfinden. Es soll langfristig vorbereitet werden. Treffpunkt ist voraussichtlich Siegen (Ausweichorte sind Moers oder Dortmund).

Zum ersten Treffen waren Gruppen und Leute aus Köln, Krefeld, Bergisch-Gladbach, Lüdenscheid, Düsseldorf, Moers, Gelsenkirchen, Siegen, Leverkusen und Dortmund gekommen. Wer Interesse an einer Mitarbeit hat und/oder ein Kurzprotokoll des ersten Treffens haben will, wende sich an die folgende Adresse:

**BDP/BDJ, Landessekretariat Nordrheinwestfalen, Stammstr. 92, 5000 Köln 30 (Tel. 0221/ 51 24 21).**

## LEBEN FÜR DIE PROVINZ

BINGEN Juni 1978 Vom 23. bis 25. Juni findet in Bingen ein Zeltlager mit den Themen Jugendzentren, Atomkraftwerke und Provinzleben statt. Es wird von den Pfadfindern, dem Jugenzentrum Bingen und Jugendgruppen aus Luxemburg organisiert. Dort sollen Arbeitskreise zu den Problemen „Bewältigung der Provinzlangeweile" und „Jugendzentrumsarbeit in der Provinz" entstehen. Theater, Musik, Ausstellung von Alternativprojekten und anderes mehr stehen auf dem Programm. Zelte müssen mitgebracht werden.

Anmeldungen sind abzugeben bei:
**Bund Deutscher Pfadfinder, Junkersmühle, 6543 Stromberg Tel.: 06724 / 376.**

Wer den Zeltplatz dann in Bingen nicht findet, erfährt im Jugendzentrum (Tel. 06721 / 14 880), wo er suchen kann.

## AUFRUF ZUM DRITTEN BUNDESWEITEN HEIMERZIEHER–TREFFEN



BREMEN 29. Mai Hiermit laden wir diejenigen ein, die von Heimerziehung betroffen sind, in Heimen oder Wohngemeinschaften arbeiten oder Alternativen zur Heimerziehung praktizieren.
Dieses Treffen beginnt am **Donnerstag, den 29.6.78, um 14 Uhr im Senatssaal des Mehrzweckhochhauses (MZH) der Universität Bremen.**

1. Schwerpunktthema sind die Alternativen zur traditionellen Heimerziehung. 2. Schwerpunktthema: Bestandsaufnahme zur traditionellen Heimerziehung und Vorbereitung zum Heimtribunal.

Anmeldung zum dritten bundesweiten Heimerzieher-Treffen:

**Arbeitskreis Heimerziehung, c/o Schnürschuhgruppe, Fedelhören 43, 28 Bremen 1.**

Mit Schlafplatz oder ohne? Schlafsack mitbringen!

**Kontaktadresse: Günter Tegge, Philosophenweg 17, 28 Bremen**
Diese Adresse gilt ab Donnerstag, 29.6.78, bis Samstag, 1.7.78 14 Uhr. **Tel.: 0421 / 31 18 59**
Anreiseweg: Bis Autobahnkreuz Bremen, Richtung Bremerhaven weiterfahren. Die Abfahrt Bremen Freihafen, dann Richtung Universität.

## GIBT ES ALTERNATIVEN ZUR HEIMERZIEHUNG

BREMEN 6. Juni — Wir, zur Zeit eine Gruppe von drei Leuten, haben uns die Frage nach einer besseren Voraussetzung für die pädagogische Arbeit in der Heimerziehung gestellt. Wir haben überlegt, welche Alternativen man zu den in der herkömmlichen Heimerziehung praktizierten Erziehungsmethoden entwickeln kann. Seit einiger Zeit versuchen wir Leute zu finden (Erzieher, Pädagogen, Psychologen und andere sozial engagierte Leute), die am Aufbau eines Kleinstheimes auf familienanaloger Ebene mit maximal 8 – 10 Kindern interessiert sind und sich inhaltlich über die Realisierungsmöglichkeiten eines solchen Projekts auseinandersetzen wollen. Wir suchen Leute, die uns praktisch beim Aufbau eines Kleinstkinderheimes in Bremen helfen wollen.

Kontaktadresse: **Uwe Steindel, Irmgard Ostersehlte, Wolfgang Polter, Buntentorsteinweg 518, 2800 Bremen, Tel. 87 Tel. 87 32 37.**

## ZWEI ANTI–ATOM BROSCHÜREN

Frankfurt . Mai — Der Göttinger Freundeskreis der Bürgerinitiative Lüchow-Dannenberg hat eine Broschüre mit dem Titel **"Gorleben – oder: Warum die Wiederaufbereitungsanlage nicht gebaut werden darf"** herausgegeben. Sie ist zu beziehen über den Göttinger Arbeitskreis gegen Atomenergie, Postfach 45, 3400 Göttingen. Preis für's Einzelexemplar 3.--DM plus Porto, ab 5 Exemplaren je 2.--DM plus Porto.

Über die Strompreisboykottbewegung der BRD informiert eine 80-Seiten-Broschüre mit dem Titel **"Kein Atomkraftwerk mit unserem Geld" – Stromgeldverweigerung als gewaltfreier Widerstand gegen Atomenergie** (herausgegeben von Theo Hengesbach, Michael Schweitzer sowie dem Bundesverband Bürinitiative Umweltschutz, Robert Jungk u.a.). Sie kostet 3.--DM (ab 10 Exemplare Ermäßigung) und ist zu bestellen bei: **Theo Hengesbach, Große Heimstr. 66, 4600 Dortmund 1, Tel. 0231/10 46 94; (PSchKto 53 882 - 465, PSchA Dortmund)**

## NEUES VOM KONTAKTSPERREGESETZ

Kassel . Mai — Dem Gefangenen Herbert Soffel, geb. Henrich, der in dem Verfahren gegen den Frankfurter Gefangenenrat Angeklagter ist, wurde am 16. Mai 78 ein Beschluß des BGH zugestellt, der vom 13. Oktober 77 stammt und in dem die Verhängung der Kontaktsperre durch den Bundesjustizminister am 2. Okt. 77 bestätigt wird.....

Tja, die Mühlen des Rechtsstaats mahlen langsam, aber sie mahlen und mahlen...

## ADRESSEN SIND ORDNUNGSGEFÄHRDEND

HAMBURG Juni 1978 — Der Gefangene Detlef Jakobs schickte uns aus dem Hamburger Gefängnis Santa Fu eine kurze Notiz. Er schreibt, daß am 22. Mai seine Zelle drei Stunden lang durchsucht wurde. Beschlagnahmt wurden mit dem Hinweis auf die „Gefährdung der Ordnung und Sicherheit der Anstalt" die Adressen von Anwälten, Knast-Gruppen, Infos und eine Dokumentation, ein roter Kalender, Bilder und Schreibsachen. Detlef Jakobs trat daraufhin in einen viertägigen Hungerstreik, der bewirkte, daß ihm seine Sachen nach und nach wieder ausgehändigt werden. Er berichtet, daß er im Januar dieses Jahres schon einmal gefilzt wurde. Damals sei zwei Tage später bei den Leuten, deren Adressen er hatte, eine Razzia gewesen.

## TREFFEN VON KNASTGRUPPEN

MÜNCHEN 31. Mai — Das Kollektiv „Rote Hilfe München" wird in der Woche vom 7. bis 16. Juli eine Knastwoche veranstalten. Eine Ausstellung mit im Knast angefertigten Bildern, Kupfer- und Holzarbeiten, mit Plakaten und Fotos soll stattfinden. Auch über die Prozesse gegen die Agit-Drucker und gegen die zweite Juni Leute in Berlin soll informiert werden. Allerdings fehlt noch Material.

*„Wir brauchen vor allem gute Theaterstücke zum Knast, Adressen wie z.B. von der Theatergruppe 'Maloche'. Wer kennt gute Spielfilme, wie „chant d'amour" von Genet, oder dokumentarische Filme wie „die 2 Protokolle", ein Film über eine zukunftsweisende, moderne deutsche Strafanstalt, und wo bekommt man die? Habt ihr Material für die Ausstellung?"*

**Kontakt: Kollektiv Rote Hilfe München, Nietzschestr. 7b, 8000 München 40.**

## KALKAR–PROZESS IN DORTMUND

Dortmund 30.5.78 — Dem Dortmunder AKW-Gegner J. Heinze ist eine Anklageschrift zugegangen in der ihm vorgeworfen wird, er habe während der Zufahrt zur Kalkar-Demonstration im September 77 allein mit einem VW-Käfer die Autobahn gesperrt und dadurch einen Rückstau hervorgerufen, der am Stau-Ende Personen und Sachen erheblich gefährdet habe. Dies ist nach dem StGB mit Geldstrafe oder bis zu 5 Jahren Haft bedroht.

Diese Anklage ist ein erneuter Versuch, einerseits AKW-Gegner zu kriminalisieren, andererseits durch scheinbar legalistische Gerichtsverfahren das Verhalten der Polizei bei der Kalkardemonstration zu legitimieren.

Der Prozeß wird voraussichtlich in den nächsten Wochen vor dem Dortmunder Schöffengericht stattfinden (voraussichtlich Ende Juni). Im Rahmen des Prozesses kommen auf den Angeklagten wahrscheinlich erhebliche Kosten zu. Spendet daher bitte auf das Konto: H. M. Vollrath, PschA Dortmund, Kto. Nr. 871 87 – 465, Stichwort Kalkar.

(Der genaue Prozeßtermin kann nach Bekanntgabe in Dortmund, Tel.: 10 36 60, erfragt werden)

## PROZESS WEGEN BUBACK-NACHRUF

KAISERSLAUTERN 7. Juni — Wegen des Nachdrucks des Buback-Nachrufes (Mescalero-Artikel) findet am 19. Juni um 9 Uhr in Kaiserslautern ein Prozeß statt. Angeklagt ist ein Mitarbeiter der Studentenzeitung „Wampf" der Universität Kaiserslautern.

Kontakt: **„Wampf", c/o AStA Uni Kaiserslautern, Pfaffenbergstr. 97, 6750 Kaiserslautern.**

Zu dem Verfahren gibt es eine Dokumentation, die gegen 1,50 DM in Briefmarken bei der "Wampf" zu erhalten ist.

## PROZESS GEGEN ARMIN NEWERLA

STAMMHEIM Juni — Am 26. Juni um 10 Uhr beginnt im "Mehrzweckgebäude" in Stuttgart-Stammheim ein Prozeß gegen den Rechtsanwalt Armin Newerla. Er ist angeklagt, den Bundesanwalt Zeiss einen im Zusammenhang mit dem Tod von Holger Meins "Schreibtischmörder" genannt zu haben und soll wegen Beleidigung verurteilt werden.

**Kontakt: RA Funke, Eckenheimer Landstr. 19, 6 Frankfurt 1**

## TAGESZEITUNGS–DISKUSSION

### ERFAHRUNGEN MIT DEM ID

BAD SCHUSSENRIED
5. Juni

*„... anbei findet ihr einen Bericht darüber, was wir hier in Schussenried mit dem ID für Erfahrungen gemacht haben, wie wir ihn „verwerten". Der Bericht gibt die Erfahrungen des JUZE wieder, das seit November 77 ziemlich kontinuierlich im ID mit Berichten vertreten war. Er gibt aber auch einen Eindruck davon, wie wir in der Alternativzeitung MOTZER mit dem ID arbeiten:*

Bei uns in der Provinz in Oberschwaben kennen den ID nur ganz wenige Leute. Vielleicht drei Exemplare kursieren in unserem politischen Bekanntenkreis. Trotzdem hat für uns in Schussenried der ID eine äußerst wichtige Funktion bekommen. Es war mehr oder weniger Zufall, daß einer von uns vor etwa 7 Monaten den ersten Bericht über den Kampf für unser selbstverwaltetes JUZE nach Frankfurt schickte. Die Reaktionen waren verblüffend. Innerhalb von knapp zwei Wochen waren ca. 30 Anfragen, Briefe, Solidaritätsschreiben aus der ganzen BRD da, die meist explizit Bezug auf den ID-Bericht nahmen. Das bestärkte uns natürlich darin, die Berichterstattung fortzusetzen - bis zum bitteren Ende der JUZE-Schließung am 2. Mai. Insgesamt haben wir (JUZE und MOTZER) in den vergangenen 7 Monaten knapp 100 Briefe erhalten, die zweifelsfrei Reaktionen auf unsere Berichterstattung im ID waren.
Manche Leute in Jugendzentren im süddeutschen Raum, in Buchläden und dergleichen hängten die Berichte im JUZ oder im Schaufenster aus, Alternativ- und Schülerzeitungen übernahmen unsere Berichte direkt aus dem ID. Der ID übernahm quasi eine Multiplikator-Funktion in einschlägigen Kreisen. Wir glauben, daß fast die Hälfte der über 600 Demo-Teilnehmer am 8. April direkt oder indirekt über den ID mobilisiert wurden.

**Wie verwerten wir den ID?**

Die Verwertung des ID läuft auf einer quasi politischen und dann vor allem auch praktischen Ebene.
Wir studieren sehr aufmerksam die Erfahrungsberichte anderer Jugendhäuser, die mit Stadtverwaltungen und/oder Polizei ähnlichen Ärger haben wie wir. Gute Aktionsvorschläge oder auch inhaltliche Überlegungen wurden und werden in den wöchentlichen Mitarbeitersitzungen eingebracht und auf die örtliche Ebene umgesetzt (oder auch nicht!).
Man kann dazu ganz einfach sagen: Man lernt aus den Fehlern und Erfolgen anderer!
Der praktische Gesichtspunkt ist auch klar. Treffen, Feste und dergleichen, die was mit der Jugendzentrumsbewegung oder der Alternativpresse zu tun haben, erfährt man häufig zuerst aus dem ID.
Für den MOTZER verwenden wir vor allem kurze Repressionsartikel weiter, die wir dann meistens unverändert ins Lay-Out einkleben. Auch das vorläufige Ergebnis des Russell-Tribunals (1. Sitzungsperiode) haben wir für den MOTZER direkt aus dem ID übernommen.
Direkt gearbeitet haben wir auch mit dem Tages-ID während des Tribunals. Den haben wir hier vertrieben (30 Stück am Tag), ebenfalls die jeweiligen Plakate.
Übrigens: auch rund 20 Abonnenten hat der MOTZER durch den ID gekriegt, einen davon gar aus den Niederlanden.
Wir sind hier in Schussenried mit dem ID also mehr als zufrieden, weil wir bisher nur positive Erfahrungen gemacht haben. Vielleicht müssen wir abschließend noch folgendes betonen:
der ID wird unserer Meinung nach durch eine linke Tageszeitung (ein Projekt, das wir übrigens unterstützen) überhaupt nicht überflüssig. Während die Tageszeitung ein aktuelles Informations- und Meinungsmedium über die politische, kulturelle, ... Situation im In- und Ausland sein wird, das sich nicht zuletzt deshalb an einen größeren Kreis von Konsumenten (ja, Konsumenten) richtet, ist der ID ein Informationsdienst für Multiplikatoren, für Leute also, die ihn für die politische oder Medienarbeit direkt weiterverwenden, oder für Leute, die beispielsweise einfach interessiert, was in der Jugendzentrumsbewegung in der BRD so läuft. Deshalb haben im ID auch Berichte und Nachrichten aus Bad Schussenried oder anderen Kleinstädten, Berichte von kleinen und kleinsten Ereignissen in der linken Bewegung, die bei einer linken Tageszeitung mit Recht unter den Tisch fallen werden, ihre Daseinsberechtigung.
Die Lektüre der linken Tageszeitung wird also für Leute, die in der Alternativ-, AKW- oder Juzebewegung tätig sind, die Lektüre des ID nicht überflüssig machen.
Kontakt:
**Motzer-Leserzeitung, W.-Schussen-Str. 66, 7953 Bad Schussenried.**


*„Vielleicht sollten wir uns doch die heutige Zeitung kaufen!"*

BRAUNSCHWEIG
29. Mai

**Kontrollgegengewicht der Presselandschaft**

*Ich schick euch hier einen Artikel zum Thema linke Tageszeitungen. Ich hoffe ihr könnt damit 'was anfangen.*

*Dann möchte ich noch eine Kritik an der Aufmachung des ID loswerden:*

*In letzter Zeit geht ihr dazu über, auf der Titelseite Zeichnungen und Fotos abzubilden. Ich finde das grundsätzlich gut nur leidet das Inhaltsverzeichnis meiner Meinung sehr darunter und hat an Übersichtlichkeit verloren. Ich habe das ganz deutlich festgestellt, als ich zu einem Thema Artikel zusammen gesucht habe — in den älteren ID's ist das um einiges leichter, als in den letzten Ausgaben.*

29. Mai 1978
beim Teetrinken

Es ist lobenswert, wenn der ID in Nr. 230 versucht hat, die Diskussion um das Projekt linke Tageszeitung in Gang zu bringen.

So lobenswert der Anstoß auch zu werten ist, so sehr muß an den Anfang jeder Antwort darauf die Kritik an der Sprache dieses Artikel gestellt werden. Was dort verzapft worden ist, kann man nur mit einem "linguistischen Abgang eines Papierwichsers" umschreiben. So etwas ist dem Leser einer zukünftigen linken Tageszeitung jedenfalls nicht zuzumuten, es sei denn zu jedem Abonnement gibt's vorweg ein Fremdwörterlexikon. Und selbst dann wäre der Zeitaufwand beträchtlich; das Lesen dieser Zeitung würde zum abendfüllenden Hobby.

Eines der fundamentalen Probleme dieser Diskussion wird es sein, den Anspruch dieser Tageszeitung auszudiskutieren und klarzustellen. Soll diese linke Tageszeitung außer eines linken auch ein alternatives Blatt sein? – alternativ in dem Sinne, daß es das Abonnement einer bürgerlichen Tageszeitung überflüssig macht, bzw. dies vorwiegend zu Vergleichszwecken interessant bleibt, oder soll es eine leicht veränderte tägliche Auflage im ID-Konzept werden? Letzteres würde dann wohl zu dem im ID-Artikel schon angeführten und befürchteten Konkurrenzdasein mit den existierenden Alternativzeitungen führen. Aber genau das will wohl keiner. Die meisten alternativen Blätter beschäftigen sich mehr oder weniger mit regional bezogenen Problemen; in dieser Funktion sind diese Zeitungen ungeheuer wichtig und durch eine überregionale Tageszeitung nicht zu ersetzen.

Gerade hier sehe ich für eine linke Tageszeitung eine andere Perspektive; sie sollte überregional interessierende Themen mit Vorrang behandeln. Ich sehe ihre Funktion darin, zu Tagesthemen, die auch in der etablierten Presse behandelt werden, entsprechende unterdrückte Hintergrundinformationen zu geben und einen fortschrittlichen Kommentar zu führen. Ihre Funktion wird sicher auch sein, die etablierte Presse in gewisser Weise bloßzustellen und damit zum Kontrollgegengewicht der Presselandschaft zu werden. Dies ist sicher ein hohes Ziel, aber man sollte versuchen es anzustreben. Daß es dazu eines gewissen konsequenten und kontinuierlichen Journalismus bedarf um das vom bürgerlichen Staub oft bis zur Unkenntlichkeit verdeckte Mosaik der Wahrheit aufzustöbern, ergibt sich, so finde ich, von selbst.

Der schönste Klang ist fruchtbare Resonanz auf das Klappern der eigenen Schreibmaschine.

Auf daß die Diskussion weitergeht
Grüße

**Peter Reichelt, Humboldtstr. 21, 35 Braunschweig**

## DER SHABA-COUP UND ANTIIMPERIALISMUS

FRANKFURT
8. Juni

*Der folgende Artikel ist von einem Mitglied der ID-Internationalismus-Gruppe geschrieben worden. Er hat in der ID-Redaktion Diskussionen ausgelöst über die Frage, ob solche (Leit-)Artikel im ID einen Platz haben sollen und ob sie bisher nicht bedachte Zusammenhänge herstellen helfen oder ob es nicht Aufgabe des ID ist, sich auf die Vermittlung von Informationen zu beschränken, um politisch arbeitenden Gruppen und Individuen Material für ihre Arbeit zu liefern, und die Interpretation des Materials ihnen selbst zu überlassen. An Stellungnahmen zu diesem Problem/Artikel sind wir interessiert.*

**Der Shaba-Coup und Antiimperialismus**

Kaum zwei Wochen, nachdem der Konflikt um Shaba das Land für einige Tage in die Schlagzeilen der Weltpresse beförderte, versinkt es bereits wieder in der Vergessenheit. Ein Aufstand gegen ein korruptes Regime, von sowjetisch-kubanischer Hand lanciert, Greuelmassaker an Europäern und eine humanitäre Hilfsaktion der französischen Fremdenlegion, die die Ordnung wiederherstellen und die wertvollen weltwirtschaftlich so wichtigen Rohstoffquellen retten. Zurückbleiben ein paar hundert Leichen von Afrikanern, zu denen die zairische Armee sicher tagtäglich einige dazusäubern wird. Auch die in ihrem antiimperialistischen Bewußtsein entschärfte Linke sieht darin einen mehr exotischen Operettencoup, den Kampf der Super- und auch weniger bedeutender imperialistischer Mächte in einem Land, von dem man wenig bis nichts weiß, und dessen Menschen mit ihrem Denken und Zielen uns so fremd sind. Nach Angola, Kuba, Äthiopien, Eritrea, Vietnam, Kambodscha, usw. ist die Identifikation mit Befreiungsbewegungen aller Art so schwierig geworden und Alternativen, Atomkraftwerke, RAF und Brigate Rosse sind die Probleme, die uns betroffen machen.

Aber gerade während sich Befreiungsbewegungen und Antiimperialismus sich von uns immer weiter entfernen, rückt uns anscheinend eine imperialistische Realität immer näher auf den Leib.

Nach Vietnam, Chile und anderen Kampagnen gibt es zwar ein umfangreiches Wissen über die ökonomischen und politischen Mechanismen, derer sich der Weltimperialismus und darunter an bedeutender Stelle eben die BRD bedient, aber die Schwierigkeit das Wissen darüber mit der eigenen Betroffenheit zu verbinden und die Hilflosigkeit an dieser imperialistischen Realität etwas ändern zu können, hat bei weiten Teilen der Linken zur Verdrängung dieser Problematik geführt. Aber indessen hat sich im Lager der imperialistischen Mächte die Rollenverteilung geändert. Westeuropa hat an politischer und ökonomischer Bedeutung gewonnen und übernimmt an Stelle der USA immer mehr Funktionen des "Weltpolizisten", besonders in Afrika. Gerade der Shaba-Konflikt demonstriert dies und auch für uns wird viel deutlicher spürbar, daß der Ausgangspunkt dieser imperialistischen Operation in unserer unmittelbaren Umgebung liegt.

Zunächst die konzertierte Aktion der Westeuropäischen Presse, die in einer von rassistischen Elementen nur so triefenden Berichterstattung die Greuelmär der von massakergierigen "Wilden" bedrohten armen Europäern verbreitet und so psychologisch die Notwendigkeit einer militärischen "humanitären Hilfsaktion" vorbereitet. Kein Wort über das haßproduzierende Nebeneinander der weißen Villenviertel mit Swimming-Pools, Klimaanlagen, Autos und ständig gefüllten Tiefkühltruhen und der Wellblechbaracken der afrikanischen Minenarbeiter, die für 3.-DM Tageslohn sich gerade das nötigste zum Essen leisten können, um die harte Arbeit in den Minen und Kupferschmelzen durchzuhalten. Kein Wort aber auch über das Angebot der FNLC, die Sicherheit

und die Evakuierung der Europäer zu garantieren, was nicht nur Versprechungen waren, wie das Beispiel der evakuierten Amerikaner zeigt und so jede Fallschirmjägeraktion überflüssig gemacht hätte. Kein Wort auch darüber, daß der Chef der "Retter", der Kommandant des Fremdenlegionsregiments, einer der berüchtigsten Folterer des Algerienkriegs war und seine "Jungs" ihre Mission am besten zu erfüllen glauben, indem sie auf alles schießen was schwarz ist.

Aber "humanitär" war die Operation, wenn schon überflüssig, auch erst in zweiter Linie. In erster Linie aber ging es darum, Investitionen in Höhe von 60 Milliarden belgischen Francs zu schützen und politische Turbulenzen von einem Gebiet fernzuhalten, das Bergbauingenieure wegen seines Reichtums an Bodenschätzen einen "geologischen Skandal" nennen.

Wenn man nun unterstellt, daß die Regierungen in den westeuropäischen Ländern für neokolonialistische Militärinterventionen dieses Typs, die ja zu Zeiten des Nord-Süd–Dialogs sowohl international als auch innenpolitisch nicht mehr so ganz opportun sind, Gründe suchen muß, die die breite Zustimmung der Volksmassen zu einer solchen Operation herstellen, und wenn es den Massenmedien zusteht, durch die gezielte Verbreitung bestimmter Informationen unter Weglassung anderer dafür zu sorgen - dann muß man zugestehen, daß das in diesem Fall recht gut gelungen ist.

Zumindest einige Tage, bis die Fallschirmjäger gelandet waren, funktionierte die Manipulation fast perfekt. Rechte Medien arbeiteten knallhart an der Rechtfertigungsstory, (siehe FAZ vom 19.5. "Rettende Tat") und sahen "angesichts des Grauens" noch die steuernde kubanische und russische Hand, die geostrategisch das Eingreifen des Westens erforderte: liberale und linke Zeitungen berichteten zwar auch widersprüchliches, erkannten die "Rettungsaktion" schließlich aber doch als solche an. Bezeichnend ist auch die Verwendung eines Vokabulars, das hierzulande auch im Umgang mit dem Terrorismus wohl bekannt und somit auch geeignet ist, die Aufständischen in Shaba in diese Ecke zu drängen. ("unbeteiligte Zivilisten", "plündern und morden", "Massaker, Terror, Blutbad, Chaos", "Greuel und Entsetzen" und "Wasser aus dem Schwimmbad trinken müssen!")

Auch für die meisten Linken, mal abgesehen von den ewigen Besserwissern, wird der Informationswirrwarr der ersten Tage dazu geführt haben, daß sie in gewisser Weise der beabsichtigten Manipulation aufgesessen sind, und mehr oder weniger achselzuckend oder auch bestürzt die Militärintervention hingenommen haben. Insgesamt aber kaum ein eigenes Verhältnis zu der ganzen Geschichte entwickelten, obwohl doch die entscheidende Abstimmung der Nato-Minister in Stuttgart stattfand. Wenngleich die früher praktizierte Selbstverständlichkeit sich mit Befreiungsbewegungen in aller Welt zu identifizieren zu zahlreichen Schiffbrüchen und Enttäuschungen geführt hat und die Realität der Hunderten von Toten, weißen und schwarzen, in Shaba genug Anlaß und Fragezeichen über politische Bewegungen, auch Befreiungsbewegungen, sind, so hätte ein wenig mehr an aktueller und konkreter Information einige Klarheiten schaffen können! Schon ein oberflächlicher Blick auf die politischen und sozialen Verhältnisse in Zaire und Shaba, die Lebensbedingungen der weißen Kolonie und der afrikanischen Arbeiter und die von allen Seiten bestätigte spontane Freude der Afrikaner über den Einmarsch der FNCL lassen keinen Zweifel mehr an der Notwendigkeit und Berechtigung des Aufstands zu und erklären auch den Haß auf die weißen Ausbeuter. Aber auch der konkrete Ablauf der Ereignisse (s. kommentierte Chronologie) belegen ziemlich schlüssig, daß die Massaker letzten Endes durch das Verhalten Belgiens und Frankreichs und ihres zairischen Strohmanns Mobutu provoziert wurden.

Aber wenn dies Wissen um die eben erfahrene Manipulation unseres Bewußtseins durch die Medien als etwas, unbestrittener Weise auch alltägliches, abgehakt und zur Seite gelegt werden und somit keine Betroffenheit und Aktivität auslöst — (etwa im Sinne eine linke Tageszeitung zu schaffen, die als einzige im gleichgeschalteten Blätterwald aktuelle und konkrete Gegeninformationen schafft, wie dies in Frankreich "Liberation" und "Rouge" gemacht haben) so gibt es ein zweites Moment, das uns Imperialismus als etwas Nahes darstellt.

Die unmittelbare und sinnliche Erfahrung davon ist allerdings diesmal noch den belgischen und französischen Genossinn-en vorbehalten geblieben, die, wie die Genoss-inn-en der belgischen linksradikalen Wochenzeitung "Pour" plötzlich das Vergnügen hatten, am Eingang des Luftwaffenstützpunkts Melsbroeuk stehen zu können, dem Kommen und Gehen von Militärkolonnen und dem Abflug der Transportmaschinen zuschauen zu können, vielleicht einem wehrpflichtigen Genossen, der auch im Soldatnekommitee war und die Redaktion immer mit Nachrichten aus der Armee versorgte, noch einmal zuzuwinken, bevor ihm im fernen Zaire eine verirrte Kugel den Kopf zertrümmert.

Auch bei der Durchsicht der französischen linksradikalen Presse, die sehr ausführlich darüber berichtet, ist auffällig, daß der Militäraktion eine neue Qualität zugerechnet wird und sie asssoziativ in die Tradition der großen Kolonialkriege von Indochina und Algerien gerückt wird. Zwar hat französisches Militär nach Ende des "sale guerre" in Algerien Militärstützpunkte in Afrika und sonstwo ständig besetzt gehalten und befreundete Regierungen vor "Rebellen" geschützt und ist seit einigen Jahren massiv im Tschad und an der Seite von Marokko und Mauretanien gegen die Polisario engagiert, zwar gibt es für solche Spezialeinsätze besondere Einheiten, die aus Profisoldaten gebildet sind, die zuverlässig und moralischen Skrupeln gegenüber immun sind, was zu Zeiten der Soldatenbewegung und der höchst fragwürdigen Einsätze ja sehr nützlich ist - und insofern ist für Frankreich, anders als für Belgien ein Militäreinsatz im Ausland nichts Neues. Aber die grosse Anzahl der eingesetzten Soldaten, die Offenheit und Härte des Vorgehens, die großangelegte Vorbereitungs- und Rechtfertigungskampagne, die sich doch sehr schnell als zu durchsichtig erwies, die absurde These von den hauptsächlich humanitären Zielen der Aktion und dann auch noch kommandiert von einem berüchtigten Folterer aus der Zeit des Algerienkriegs und die knallharte Repression, mit der das Verbot der Demonstration gegen die Intervention durchgesetzt wird (88 Festnahmen nach der Jagd und Knüppeleien durch die Metrostationen um den Versammlungsort) und die sofortigen Klagen gegen die Zeitungen, die die unrühmliche VErgangenheit des Fallschirmjägerkommandanten erwähnten, machen den unmittelbaren Zusammenhang von imperialistischer Intervention nach außen und harter Repression nach innen direkt erfahrbar.

Wenn sich auch die französischen Fallschirmjäger inzwischen aus Kolwezi zurückgezogen haben, allerdings nicht so freiwillig wie das immer dargestellt wurde, sondern weil sie feststellen mußten, daß sie entweder viel massiver einsteigen müssen oder aber gegenüber schwarzen Guerilleros zu leicht verwundbar sind, so sind derartige Einsätze in Zukunft nur noch häufiger zu erwarten. Frankreich hat heute an erster Stelle sich zum "Ordnungsschaffer" in Afrika gemacht und dafür eine umfassende Strategie entwickelt, die die Last militärischer Operationen zuerst mal afrikanischen Hilfstruppen überläßt. Aber die Geschichte beweist ja, daß das nicht immer klappt.

Über die EG hat aber auch unser schönes Deutschland an dieser Politik teil und vermutlich gehört es inzwischen nicht mehr in den Bereich der allerkühnsten Visionen, daß die Bundeswehr, sei es nun im Rahmen irgendwelcher Uno–Friedensstreitkräfte oder gar zur Rettung irgendwelcher von Massakern bedrohter ehrbarer deutscher Siedler in ehemals Deutsch-Südwest zum Beispiel in tropische Länder ausrücken muß.

Und dann stehen wir vielleicht am Kasernentor — und denken nach!

**Wehrpflichtige und ihre Familienangehörigen fragen sich über den Sinn einer**

## HUMANOMILITÄRISCHEN INTERVENTION

BRÜSSEL Mai 1978 *Genossen der belgischen linksradikalen Wochenzeitung „POUR" standen vor den Toren des Luftwaffenstützpunkts ‚Melsbroeuk' und beobachteten die Vorbereitungen zum Abtransport der belgischen Fallschirmjäger nach Shaba.*

Donnerstag, den 18. Mai, 13.15 Uhr. Eine C-130 startet. Wir sind in Melsbroek, einem Militärflughafen, der heute eine ungewohnte Geschäftigkeit kennt. In regelmäßigen Abständen fahren die MAN-Lastwagen der Armee und Busse, die mit Fallschirmjägern besetzt sind, vorbei, etwa bis 16.00 Uhr.

Gendarmerie und Militärpolizei sind auch da und überwachen alles. Und auch die Presse ist anwesend. Man läuft hin und her. Man will etwas erfahren. Fliegen sie los? Weitere Flugzeuge starten im Hintergrund. Fragen ... und widersprüchliche Antworten. Es ist ein Puzzlespiel.

Es ist jetzt 14 Uhr. Seit heute morgen früh um 9 Uhr sind auch die Eltern da. Einige wurden durch einen kurzen Telefonanruf ihrer Söhne verständigt.

„Sagen Sie, ich suche meinen Sohn, Herve, ein großer schmächtiger, ohne Brille, kennst du ihn? Kannst du nicht mal nachsehen? " ruft eine Mutter einem Soldaten über den Zaun zu.

„Ja, aber in welcher Kompanie ist er? ... Er ist schon fort, vor einer Stunde."

Weinen. Unwillen, Revolte ... Trost. Die Eltern sind da, aber ohnmächtig. Man fragt die Fallschirmjäger.

„Seit wann bist du schon hier? Wann wurdet ihr verständigt? "

—„Ja wir, wir waren im Manöver in Freyr. Um 3 Uhr morgens hat man uns gesagt, daß wir einige Minuten später nach Melsbroek abfahren würden. Ich habe noch nicht geschlafen. Ich werde im Flugzeug ratzen."

Andere kommen aus Schaffen, aus Flawinne, Stockem und Brasschaet... Es gibt auch Einheiten zur Flugplatzverteidigung, Sanitäter, Infanteristen.

— „Ich habe gerade noch Zeit gehabt, meine Eltern zu verständigen. Ich habe mich nicht getraut meiner Frau Bescheid zu sagen. Wir haben gerade erst geheiratet. Wir haben ein Baby. Es ist hart ihr zu sagen, daß ich fahren muß."

— „Hast du Angst? "

—„Ja, ich war noch niemals dort. Also, das ist doch normal, wenn man sich nicht ganz wohl fühlt."

Ein Journalist, der vor zwei Jahren einmal in Zaire war, sagt zu ihm:„Weißt du, dort unten, die Rebellen, die sieht man gar nicht. Sie tragen keine Uniform. Und auf einmal, du hast gar nicht die Zeit viel zu bemerken, da liegst du schon halbtot da."

Darauf der Soldat:„Ah, wenn das so ist, dann schieße ich auf alles was schwarz ist."

Die Militärpolizei versucht Eltern und Kinder zu trennen, die sich über den Zaun hinweg unterhalten. Die Eltern reagieren so:„Das ist mein Sohn, ich habe doch wohl noch das Recht mit ihm zu sprechen, oder etwa nicht? Durch das Radio haben wir überhaupt erst davon gehört. Das ist beschämend. Wir sind nicht einmal verständigt worden."

Einige ziehen sich hinter einen Baum zurück, um zu diskutieren. Die Wehrpflichtigen haben Durst. Es ist heiß. Die Stimmung ist ziemlich verkrampft. Eine Boeing der belgischen Luftwaffe startet. Es ist 15.30 Uhr. Noch ein Schub Fallschirmjäger! Vor uns, hinter dem Gitter, eine lange Schlange. Da stehen die Fallschirmjäger mit freiem Oberkörper und warten, daß sie an die Reihe kommen. Jeder bekommt seine Gelbfieberimpfung. Anschließend warten sie im Gras oder hängen an dem Gitter. Sie mimen den Harten. „Wenn du Angst hast, schieß drauf los und leere dein Magazin, das ist der einzige Augenblick wo du dich gut fühlst."

Ihre Bewaffnung: ein FAL (automatisches Schnellfeuergewehr) und 300 Schuß (10 Magazine), Maschinengewehre und Handgranaten.

In der Mehrzahl sind sie jung: 18, 19, 20 Jahre höchstens. Es gibt Wehrpflichtige und freiwillige Berufssoldaten. „Siehst du, ich habe das Fallschirmjägerabzeichen der Koreakämpfer, ich bin ein Freiwilliger."

— „Wie alt bist du? "

— „19 ein halb Jahre."

Man hat ihnen gesagt, daß es eine humanitäre Aktion wäre. „Wir werden die belgischen Zivilisten retten." Man hat ihnen auch gesagt, daß sie vielleicht gar nicht kämpfen würden müssen.

Inzwischen verladen sie 30 Munitions-LKW's, leichte Panzerspähwagen, Jeep's, SA 24 (kleine Transportfahrzeuge), 81 mm Haubitzen, Medikamente...

Für eine „humanitäre" Aktion fehlt quasi nichts.

Die Diskussionen gehen weiter. Ein Vater erregt sich. „Ich bin arbeitslos, ich bin 47 Jahre alt, ich finde keine Arbeit mehr, jedesmal sagt man mir, ich sei zu alt. Ich habe drei Söhne. Zwei davon sind heut mit beim Abflug dabei. Aber nur weil es keine Arbeit gibt, haben sie sich bei den Fallschirmjägern verpflichtet."

Ein anderer:„Mein Sohn, der ist Ingenieur. Zivil findet er nichts. Heute nun muß er raus. Vielleicht stirbt er für nichts. Es ist doch nur wegen der Verteidigung der ökonomischen Interessen, daß man sie nach Shaba schickt. Alle wissen doch, daß es dort nur so nach Kupfer stinkt. Und was die Rettung angeht, schauen sie doch, die Amerikaner, die sind dort alle längst weg. Von denen sind nur noch 11 dortgeblieben, und auch nur deshalb, weil sie es selbst wollten."

Gegen 16.00 Uhr taucht VDB (Kürzel für den belgischen Verteidigungsminister) auf. Die Journalisten stürzen auf ihn zu und fragen, ob sie mit den Flugzeugen mitfliegen können. Unser Minister tut sehr pathetisch und besorgt:„Das ist keine Show hier. Diese Männer hier werden keinen Urwaldspaziergang machen."

Soldaten, die Maschinenpistole im Anschlag, stehen herum, um das den Journalisten nachdrücklich verständlich zu machen.

Die Eltern widersprechen:„Und 36 Stunden um die Wehrpflichtigen zu mobilisieren, ist das etwa keine Show? "

Die Zeit vergeht. Es ist 17.15 Uhr. Die letzten müssen jetzt endlich losfliegen. „Wenn du meine Eltern siehst... dann sagst du ihnen..." In 10 Minuten wird er in einer C-130 sein.

Es sind ungefähr 1750 Mann, die in Richtung Kamina losfliegen. Genauere Instruktionen werden ihnen vermutlich erst während des Flugs gegeben werden.

Für diese jungen Fallschirmjäger ist es ein Flug ins Ungewisse. In ein Land, das sie kaum kennen.

— „Alles was wir über die Situation in Zaire wissen, haben wir auch nur aus dem Radio."

# WESTLICHE INTERVENTION IN ZAIRE: "DIE SCHOSSEN AUF ALLES WAS SCHWARZ IST"

Zaire/Berlin
30.Mai

*Was in den letzten Wochen in Zaire geschehen ist, scheint verwirrend. Nach den Berichten in den bürgerlichen Medien ergibt sich folgendes Bild: Von sowjetischen und kubanischen Offizieren gedrillte schwarze Rebellen sind aus dem Busch ausgebrochen und haben in der südlichen Provinz Shaba unter den dort lebenden Weißen blutige Massaker angerichtet. Als rettende Engel kamen daraufhin 2000 französische Fallschirmjäger, um die bedrohten Weißen zu beschützen und zu evakuieren.*

*Ein Berliner Genosse ist der Blutspur der Ereignisse mit Hilfe der französischen und belgischen Presse gefolgt und ist dabei zu anderen Ergebnissen gekommen.*
*Hier ist sein chronologischer Bericht:*

*13.Mai:* Die FNLC - congolesische Befreiungsfront - besetzen nach einem sorgfältig ausgearbeiteten Plan sämtliche Schlüsselstellungen Kolwezis einschließlich des Flughafens. Kolwezi ist das Bergbauzentrum Shabas (Kupfer, Kobalt, Uran, Mangan, Eisen, Gold u.a.m.)und das ökonomische Herz Zaires. Die Aktion dauert 2 Stunden und trifft durch ihren Überraschungseffekt nur auf geringen Widerstand der zairischen Garnison und ihrer europäischen Militärberater.
Zur Zeit des Angriffs befinden sich in Kolwezi ca. 1700 Belgier, 400 Franzosen und 100 Amerikaner.
Ausgespart von der Besetzung bleibt zunächst noch eine Kaserne, in der sich 700 zairische Soldaten verschanzt haben sowie das daran angrenzende Stadtviertel, ein Wohnungs- und Bürokomplex der zairisch-belgischen Bergbaugesellschaft Gecamines. Bei großen Teilen der einheimischen Bevölkerung treffen die Aufständischen auf Sympathien. Nach Einnahme der zairischen Kasernen können sich die gut organisierten, aber schlecht ausgerüsteten FNLC-Kämpfer reichlich mit Waffen aller Art versorgen.

Bereits am gleichen Morgen werden Maßnahmen von der FNLC getroffen, um die Ruhe in der Stadt wieder herzustellen. In den schwarzen Vierteln Kolwezis ertönen ständig Aufrufe über Lautsprecher, daß Plünderungen und Diebstähle mit sofortiger Erschießung bestraft werden. Gleich zu Beginn werder Telefon, Strom und Wasser abgesperrt. Im Stadtzentrum wird ein ständiges Büro eingerichtet, in dem alle neuen Informationen zentralisiert werden. Zahlreiche europäische Angestellte der zairisch-belgischen Bergbaugesellschaft Gecamines müssen sich Paßkontrollen unterziehen, werde dabei aber nach späteren Aussagen korrekt behandelt.

*14.Mai:* Der zairische Außenminister appelliert an die Hilfe der USA, Frankreichs, Belgiens, Marokkos und der VR China "gegen die neue Invasion, die" - wie er behauptet - "unterstützt wird von den Russen, Kubanern, Algerien und Lybien".
*15.Mai:* Die FNLC schickt eine Botschaft ans belgische Außenministerium, in der sie sich bereiterklärt, in Kolwezi Delegationen der Staaten zu empfangen, deren Staatsbürger sich in der Stadt aufhalten. Nach ihrem Vorschlag soll dabei - in Zusammenarbeit mit dem Roten Kreuz - die Ausreise derjenigen Weißen organisiert werden, die das Land verlassen wollen. Dieses Angebot bleibt ohne jegliche Antwort, sieht man von der couragierten, aber einflußlosen Haltung des sozialistischen belgischen Außenministers Simonet ab, der sich unter dem französisch-zairischen Druck seinem bürgerlichen Koalitionspartner in Belgien unterordnen muß.

*16.Mai:* Bereits gegen 3 Uhr morgens springen in der Nähe des außerhalb der Stadt gelegenen Flughafens - nach Beobachtung der FNLC - hauptsächlich aus Weißen bestehende Spezialtruppen ab, während der zairische Präsident Mobutu über Radio die 'heroische Intervention von Elite-Einheiten zairischer Fallschirmspringer in Shaba' verkündet. Ein erster Angriff von 30 französischen Fallschirmspringern auf den Flughafen wird von der FNLC zurückgeschlagen. Am gleichen Tag verstärken sich die zairischen Bombardements von Mirage-Kampfflugzeugen, die zahlreiche Opfer unter der Zivilbevölkerung fordern.
Von diesem Zeitpunkt an werden von den später flüchtenden Weißen immer weniger FNLC-Offiziere und -Kader gesehen. Die oben genannten Kämpfe sowie die von der FNLC forcierte Anlegung eines Befestigungsringes im Umkreis von 10 km um die Stadt könnten eine Erklärung dafür sein.

In Kolwezi stellt die FNLC zu ihrer Entlastung - bzw. Verstärkung - aus einheimischen Jugendlichen eine bewaffnete Volksmiliz auf. Diese Ausweitung ihrer Basis führt offenbar - nach allerdings sehr wiedersprüchlichen Aussagen der Flüchtlinge - zu Disziplinlosigkeit. Plünderungen nehmen stark zu. Hauptsächliche Zielscheibe sind die für ausländische Gesellschaften arbeitenden Europäer und die korrupte, - meist aus anderen Regionen Zaires stammende — mobutistische Staatsbourgeoisie, deren ausschweifender Lebensstil eine ständige Provokation der einheimischen Bevölkerung darstellt. Westliche Medien diffamieren diese Aktionen als 'blutige Massaker der zum Lunda-Stamm gehörenden Rebellen an nicht zu ihrem Stamm gehörenden Einwohnern Kolwezis' sowie als 'eine mörderische Jagd auf alles, was weiß ist'. Dabei wird der soziale Hintergrund dieser Aktionen tunlichst verschwiegen und auf einen primitiven Rassismus reduziert.

Von der FNLC werden zur provisorischen Verwaltung Kolwezis Volkskommissare eingesetzt. Der Plan zur Bildung einer Revolutionsregierung aus 20 Mitgliedern - darunter 3 Belgier und 1 Franzose - kann in der kurzen Zeit nicht mehr verwirklicht werden.

*17.Mai:* Ein zweiter Angriff französischer Fallschirmspringer auf Kolwezi wird von der FNLC abgewehrt. Dabei kommt es zu Opfern unter der weißen Zivilbevölkerung, da die Fallschirmspringer besonders in den Villen Deckung suchen, in denen sich Europäer zusammengeschlossen haben.

An den Plünderungen, die in der Stadt von seiten der schwarzen Bevölkerung zunehmen, sind nach Angaben von Flüchtlingen in großem Maße auch die sehr schlecht bezahlten zairischen Truppen beteiligt, die die noch unter ihrem 'Schutz' stehende weiße und schwarze Bevölkerung ausrauben.

Der französische Ministerrat erklärt, daß er "die Bemühungen der Regierung Zaires und seines Präsidenten, mit dem er darüber in Kontakt steht, unterstützt, sich den Aktionen des Eindringens in Shaba zu widersetzen, um dort die Sicherheit wieder herzustellen".

*18.Mai:* Beim Kampf der FNLC um die letzte zairische Kaserne in Kolwezi kommen zahlreiche weiße Zivilisten ums Leben, die von den zairischen Truppen bewacht wurden und in panischer Flucht vor dem Angriff der Aufständischen mitten ins Kampfgeschehen geraten sind. Eine unbestimmte Zahl zairischer Soldaten wechselt die Fronten.

Ein Überlebender eines sog. Massakers der Rebellen an Weißen - aus den Angaben geht nicht hervor, ob es sich um das oben beschriebene handelt - berichtet später: 32 weiße Frauen, Männer und Kinder wurden von den zairischen Truppen in einer Villa tagelang gefangengehalten und bekamen nichts zu essen und nur wenig Wasser für die Kinder. Sämtliche Kinder erkrankten. Unter dem Eindruck des FNLC-Angriffs auf die Kaserne sei ihnen die Flucht gelungen, wobei sie bis auf einen von den zairischen Truppen erschossen worden seien. Die Gefangenschaft der Weißen sowie deren anschließende Ermordung durch zairische Truppen könnte erklärt werden auf dem Hintergrund der Kollaborationsbereitschaft weiter Teile der weißen Bevölkerung mit der FNLC sowie als der Versuch, der FNLC blutige Massaker an Europäern in die Schuhe zu schieben, um die westlichen Großmächte zum sofortigen militärischen Handeln gegen die FNLC zu veranlassen bzw. zu zwingen.

Nach tagelangen, ständigen diplomatischen Kontakten treten spätestens am 18.Mai - in Stuttgart - offizielle Vertreter aus Belgien, Frankreich, Großbritannien, den USA und der BRD zusammen, um die gemeinsame Militärintervention Frankreichs und Belgiens in Shaba abzustimmen. Dabei zeigen sich zwei entgegengesetzte Konzepte der Krisenlösung in Zaire, die erst später - nach dem faktischen Ablauf der Aktion - in Einklang gebracht werden. Die amerikanische Haltung ist äußerst widersprüchlich, während Präsident Carter eine zunehmend aggressive Haltung gegenüber der Ausweitung des sowjetisch-kubanischen Einflusses in Afrika vertreten will, sind ihm seine Hände derzeit noch durch den Kongreß gebunden. Dessen tendenziell isolationistische Mehrheit hat sich nach dem Vietnamdebakel die Entscheidungsbefugnis über ausländische Militäroperationen erkämpft. Carter beschränkt sich deshalb in Shaba auf eine indirekte militärische Hilfe, indem er die französisch-belgische Aktion logistisch unterstützt.

Noch während diese Verhandlungen laufen, verlassen französische Einheiten des 2. Regiments von Fallschirmspringern (REP), das für Einsätze im Ausland eingerichtet wurde, ihre Basis in Korsika mit unbekanntem Ziel.

Giscard d'Estaing rechtfertigt später offiziell seine eigenmächtige Entscheidung für den sofortigen französischen Großeinsatz mit dem Hinweis, daß ihm über Mobutus Geheimdienst ein (angeblicher) Befehl des FNLC-Chefs Mbunda zugeleitet worden sei, nach dem alle Weißen in Shaba ermordet und die technischen Einrichtungen der Provinz verwüstet werden sollen. Unter diesem äußerst zwielichtigen Vorwand, angeblich von den Rebellen bedrohte weiße Menschenleben zu retten, beginnt die internationale Großaktion zur Rettung der westfreundlichen Mobutu-Diktatur:

*19.Mai:* 9 Uhr: Das belgische Radio meldet - offenbar noch in der Meinung, es handele sich um eine rein humanitäre und nicht politische Aktion - den genauen Zeitpunkt des in 2 Wellen vorgesehenen Absprung von 800 französischen Fallschirmspringern über Kolwezi: 15 Uhr und 17 Uhr des selbigen Tages. Bei den Aufständischen bricht nach Augenzeugenberichten nach dieser Meldung Niedergeschlagenheit und Panik aus. Der Haß auf die Europäer, die - wie schon vor einem Jahr - als Retter der Mobutu-Diktatur auftreten, sowie auf die ansässige Mobutu-Klientel macht sich in der einheimischen Bevölkerung jetzt voll Luft: Das führt - nach bisherigen Berichten der westlichen Presse - zu Plünderungen großen Stils und zur Ermordung zahlreicher Frauen, Männer und Kinder. Nach Meinung zahlreicher Flüchtlinge wäre es nicht zu Massakern gekommen, wenn die Ankunft der Fallschirmjäger nicht über Radio angekündigt worden wäre. Daraus wird klar, daß die hochpolitische und keineswegs primär humanitäre Hilfe der Franzosen nicht - von der FNLC völlig unbedrohte - weiße Menschenleben gerettet,sondern vielmehr erst deren Opferung provoziert hat. Das eignet sich propagandistisch im Nachhinein natürlich glänzend als humanitäre Rechtfertigung der Notwendigkeit des Fallschirmspringer- Angriffs auf Kolwezi.

Als die französischen Fallschirmspringer um 15 Uhr über Kolwezi abspringen, treffen sie auf eine weitgehend tote Stadt, die angeblich bereits schwer geplündert, aber nicht zerstört ist. Allein noch ca. 100 gut bewaffnete FNLC-Kämpfer liefern ihnen harte Rückzugsgefechte. Der Großteil der über 4000 Mann starken FNLC-Truppen, von denen nur wenige getötet wurden, und eine unbestimmte Zahl der mit ihnen sympathisierenden Bevölkerung hat sich zu diesem Zeitpunkt bereits auf den provisorischen Befestigungsring außerhalb Kolwezis zurückgezogen. In dieser Region finden in den nächsten Tagen noch heftige Gefechte zwischen französischen Fallschirmspringern und kleinen FNLC-Truppen statt. Die FNLC führt auf ihrem Rückzug 7 französische Militärberater als Gefangene mit, jedoch keine weißen Zivilisten. Das widerlegt die legitimatorischen Lügenmärchen über Massaker und die Mitführung 100er weißer Zivilisten durch die FNLC. Dazu führen die Aufständischen einen Großteil des erbeuteten militärischen Materials mit, sowie ihre 200 Verletzten.

In Kolwezi leisten die französischen Fallschirmspringer "ganze Arbeit und fragen nicht lange, ob jemand Rebell oder Unbeteiligter sei" (Zeit, 26.5.). Dabei kommen mindestens 1 Jugoslawe und zahlreiche Schwarze ums Leben.

Flüchtlinge berichten später ebenfalls über parallele kaltblütige Massaker und wilde Plünderungen von Seiten der zairischen Truppen. Der Augenzeuge, R.Korczak, Werksführer in einem Montagebetrieb, berichtet über ein Massaker zairischer Truppen an etwa 30 Personen in einem Haus der Bergwerksviertels:"Die Soldaten Mobutus haben diese Menschen gesucht, um sie zum Flughafen zu evakuieren; dann haben sie sie in ein Haus gefahren und dort abgeschlachtet. Nur 2 konnten dabei entkommen. Man hat von Massakern gesprochen, tatsächlich wurden sie nur von der zairischen Armee begangen. Wir hatten mehr Angst vor dieser Armee als vor den Aufständischen, die sich in meinem Viertel sehr korrekt und diszipliniert verhalten haben. Die Armee Mobutus hat uns Lösegeld abgepreßt und unsere Häuser geplündert. Ich habe zairischeSoldaten gesehen, die sich um das Gepäck von Europäern stritten. Sie waren mehr damit beschäftigt, uns zu plündern als zu kämpfen" (Le Monde, 23.5.).

Zahlreiche Flüchtlinge bestätigen später, daß die zairische Armee nicht zögerte, mit automatischen Waffen oder Mörsern auf die Häuser von Europäern zu schießen. R.Korczak findet für die Plünderungen eine einfache Erklärung:"Die zairischen Soldaten sind sehr schlecht bezahlt und lieben es sehr zu trinken. Es mangelt ihnen daher an Geld." (Le Monde, 23.5.)

Der italienische Ingenieur M.Postorini antwortet auf die Frage, ob die zairischen Soldaten an der Seite der französischen Fallschirmspringer gekämpft hätten:"Hören Sie - Verzeihung - aber ich fand das zum Kotzen: die zairischen Soldaten - wenn man sie überhaupt Soldaten nennen kann - haben die gleichen Flugzeuge genommen wie wir, um Kolwezi zu verlassen." (Le Monde, 23.5.)

*20.Mai:* Auf dem Flughafen von Kolwezi landen die großen Transportflugzeuge der belgischen Armee mit 1800 belgischen Soldaten. Die belgische Regierung stellt sofort klar, daß es sich nicht um eine französisch-belgische Gemeinschaftsaktion handelt: „Es gab keine, es gibt keine und es wird keine kombinierten französisch-belgischen Operationen geben." Die Evakuierung der Europäer wird organisiert. 18 amerikanische Maschinen nehmen an dieser Aktion teil, die ein doppeltes Ziel verfolgt: den kämpfenden Truppen beim Nachschub und der Versorgung zu helfen und die Flüchtlinge auszufliegen. Auch Großbritannien schickt 4 Maschinen. Der französische Verteidigungsminister sieht die Mission des zweiten Regiments von Fallschirmspringern (REP), die Sicherheit wieder herzustellen, „als erfüllt" an.

Die Aufständischen wechseln nach ihrem Abzug aus Kolwezi ihre Taktik: sie gruppieren sich in kleinen, sehr mobilen Einheiten von 5 oder 6 Mann im Umkreis von 30 km um Kolwezi. Die französischen Fremdenlegionäre, die das Terrain schlecht kennen, sind auf ihrer Verfolgungsjagd — angeblich nach weißen Geiseln — dieser Taktik ihrer Feinde relativ hilflos ausgeliefert. Ein französischer Offizier berichtet: „Obwohl wir punktuelle Aktionen im Umkreis (Kolwezis) durchführen können, haben wir nicht die Mittel, das Land zu besetzen. Man müßte alles säubern können." (Le Monde, 26.5.) An dieser Stelle ist es wichtig zu bemerken, daß sich die FNLC seit ihrer letzten Invasion vom 8.März 1977 nie ganz aus Shaba zurückgezogen hat.

*21.Mai:* Über 1300 europäische Einwohner Kolwezis werden über eine Luftbrücke nach Brüssel bzw. Paris evakuiert. Mobutu äußert die Hoffnung, daß „die französischen Truppen noch einige Zeit in Zaire bleiben."

*22.Mai:* Die belgischen Truppen beginnen mit ihrem Abzug aus Kolwezi; lediglich 500 von ihnen bleiben in Kamina, einer Lufwaffenbasis im Norden Shabas, stationiert, um „die

Sicherheit von einigen hundert im Krisengebiet bleibenden Belgiern während der Zeit der Unsicherheit zu garantieren.'

*23.Mai:* Mobutu trifft in Paris auf der frz.- afrikanischen Konferenz ein, bei sich fast ausschließlich die prowestlich eingestellten Regierungen Afrikas getroffen haben. Er befürwortet den frz.- belgischen Vorschlag, eine afrikanische Sicherheitstruppe mit logistischer Unterstützung der Europäer für Shaba zu gründen.

*24. Mai:* Bei zahlreichen Scharmützeln, die von Anbeginn der frz. Invasion südlich und westlich von Kolwezi stattfanden, werden 2 weitere Fallschirmspringer getötet, so daß sich die Gesamtzahl der frz. Opfer auf 4 Tote und 14 Verletzte erhöht.

*25. Mai:* Die frz. Fallschirmjäger geben nach einwöchigem Einsatz in der Befürchtung, in einen verlustreichen Kampf verwickelt zu werden, die Verfolgung der Rebellen auf. Sie wollen sich in 3 Tagen auf dem Landweg entlang der Eisenbahnlinie nach Lubumbashi durchschlagen, dort eine Ruhepause (,Ruhe'-Herstellungspause) einlegen und dann nach Frankreich zurückfliegen.

*26. Mai:* Zum Ersatz der Franzosen und zur Stärkung der zairischen Regierungstruppen treffen die ersten 100 Marokkaner in Shaba ein.
Mobutu ordnet an, daß an einem 100 km breiten Streifen in Shaba an der Grenze zu Sambia und ANgola alle Zivilisten entfernt werden. Er gibt seinen Soldaten den Befehl „zu schießen, auf alles, was sich innerhalb dieses Gebiets bewegt." (Tagesspiegel, 28.5.)
Nach Informationen des CIA waren an der Shaba-Invasion keine kubanischen Truppen beteiligt, doch vermutet er, daß Kubaner bei der Ausbildung von FNLC-Truppen geholfen hätten (s. Tagespiegel, 26.5.)

## GENERALSTREIK IN PERU

LIMA/FRANKFURT
31. Mai

Die peruanische Militärregierung verkündete am 14. Mai die "Berichtigung" derjenigen Preise, die das tägliche Leben und die Aussicht auf Überleben für das peruanische Volk bestimmen: Steigerung von 120 % für Öl, 100 % für Mehl und Brot, 40 % für Milch, 60 % für den öffentlichen Transport und 75 % für Benzin, was dann die Grundnahrungsmittelpreise noch einmal erhöht. Der Dollarpreis steigt von 140 auf 200 Soles, was sich entsprechend auf sämtliche Importwaren auswirkt. Der — theoretisch — garantierte Mindestlohn wird um 700 Soles ≙ etwa 7 Mark monatlich angehoben. Die schon seit zwei Jahren galoppierende Inflation steigt auf 80 %, während die jährlich erreichbaren Lohnsteigerungen bei 10 - 20 % liegen; für die knappe Hälfte der Erwerbstätigen, die eine Arbeit haben.

Die Antwort im ganzen Land: Ab Montag, den 15. Mai, finden in vielen Städten der Provinz lokale Streiks statt, Demonstrationen, Überfälle auf Stationen der Guardia Civil, Anschläge auf Eisenbahnlinien, Straßen und Brücken, Selbstversorgungen in Supermärkten und staatlichen Warenlagern. Spontane Aufstände bis hin in die noch nie politisch "in Erscheinung getretene" Urwaldprovinz Madre de Dios, wo ein neu errichtetes Elektrizitätswerk in Brand gesteckt wird.

Hier einige Auszüge aus einem Bericht der regierungsamtlichen Tageszeitung "Comercio" vom 20. Mai: "Auf der Straße Chepen-Trujillo schichteten etwa 5000 Bauern riesige Steine aufeinander und überfielen Lastwagen, die Lebensmittel nach Trujillo bringen wollten". "In Huanuco gab es vier Tote und zahlreiche Verletzte, als etwa 4500 Personen mit Stöcken, Steinen und Sprengkörpern die Guardia Civil angriffen. Heute wurde versucht, die Brücke auf der Straße Huancayo-Lima zu sprengen, aber die Ordnungskräfte kontrollierten die Lage". "In Arequipa, Chiclayo, Ayacuvho, Moquegua und Cusco und anderen wichtigen Städten waren die Straßen mit Steinen und kaputten Flaschen blockiert. . ."

Die Massenhaftigkeit des Aufstands kann nicht nur als "Hungerrevolte" erklärt werden. Spätestens seit dem Generalstreik vom 19. Juli vergangenen Jahres gibt es ein Bewußtsein der Stärke gegenüber Polizei und Armee. Die Ablehnung der Militärdiktatur — die in den Vorjahren durch Reformversprechen eine ideologisch-nationalistische Bindung erreicht hat — ist jetzt allgemein verbreitet.

Am 18. Mai erklärt die Regierung den Ausnahmezustand und die Aufhebung der Grundrechte. Die zehn Monate vorher durch inneren und äußeren Druck in Gang gesetzte vorsichtige, demokratische Öffnung wird wieder vermauert. In derselben Nacht beginnt die Jagd auf die Linke: Führer der Betriebsgewerkschaften, Sprecher der revolutionären Parteien und Journalisten werden verhaftet, andere müssen in den Untergrund gehen, darunter auch die in den letzten Jahren ins Ausland [illegible]portierten, die erst in diesem Frühjahr wieder zurückkehre[illegible] konnten. Bereits zuvor wurden sämtliche Universitäten des Landes geschlossen, wobei die Rektoren unter Berufung auf die Autonomie der Hochschulen versuchten sich dieser Maßnahme zu widersetzen. Die Schulen waren ohnehin schon geschlossen, da die Lehrer — die noch schlechter als die Arbeiter bezahlt werden — am 8. Mai in einen unbefristeten Generalstreik getreten waren.

Am 19. Mai kursiert in Lima das Gerücht, die extreme Rechte, gestützt auf die Marine, habe einen Staatsstreich gemacht. Die Regierung sieht sich gezwungen, durch Radio und Fernsehen permanent zu versichern, daß sie noch an der Macht ist. Am nächsten Abend spricht der Staatspräsident Morales Bermudez an sein Volk und bittet es um Verzeihung für die leider ja notwendigen ökonomischen Maßnahmen — es sei der einzige Ausweg aus der Krise und dem drohenden Staatsbankrott. Und wer dagegen streiken würde, sei ein subversiver Vaterlandsverräter. Gleichzeitig verkündet er, daß die für den 4. Juni angesetzten Wahlen zu einer verfassungsgebenden Versammlung auf den 18. Juni verschoben sind.

Doch am Montag, den 21. Mai, beginnt ein auf 48 Stun[illegible] befristeter Generalstreik. Alle großen Gewerkschaftsverbände, in denen auch die sonst zersplitterte und zerstrittene Linke organisiert ist, rufen zu diesem Streik auf. In Lima bleiben die Fabriken geschlossen. Praktisch sämtliche Geschäfte, Restaurants, Büros waren dicht. Die drei großen Ausfallstraßen Limas, an denen sich die wichtigsten Elendsviertel und Fabriken konzentrieren, waren von den Pobladores (Elendsviertelbewohner) mit Felsbrocken, Steinen und brennenden Reifen kilometerweise blockiert. Im Laufe des Vormittags mußten sämtliche Flüge von und nach Lima gestrichen werden, da die Zufahrtswege lahmgelegt waren. Die Regierung setzte Armee ein, führt eine militärische Besetzung der 4 1/2 Millionenstadt durch und verhängt über mehrere Städte der Provinz das Kriegsrecht.

Die offiziellen Angaben über die Anzahl der Toten und Verwundeten schwanken. Die Zahl der Toten wird mit etwa 60 angegeben. Mindestens 5000 Personen wurden im ganzen Land verhaftet. 17 von ihnen wurden deportiert und zwar alle, mit Ausnahme der verhafteten Militär-Generäle, nach Argentinien (laut Regierungszeitung El peruano). Unter ihnen auch Gewerkschafts-Rechtsanwälte und ein Mitarbeiter der linken Wochenzeitung "Marka".

Der Generalstreik hat seine unmittelbare Forderung nach Zurücknahme der Preiserhöhungen zwar nicht erreicht, er wurde aber als Warnung für einen unbefristeten Generalstreik erklärt.

*Die peruanische Wirtschaftspolitik wird praktisch in New York und Washington diktiert. Die Auslandsverschuldung ist so angewachsen, daß 40 % des gesamten Exports den Zinsen und Amortisationen zum Opfer fallen. Wenn der Internationale Währungsfond (IWF) keine Verlängerungskredite gewährt, ist die in jeder Beziehung vom Ausland abhängige Wirtschaft bankrott. Das Diktat der IWF heißt: drastische Verminderung der öffentlichen Ausgaben, damit Wegfall der Subventionen auf Grundnahrungsmittel, Abwertung, vollständige Ausrichtung der Wirtschaft auf den Export.*

## "SELBSTMORD" IM RUG–FOLTERZENTRUM CASTLEREAGH IN NORDIRLAND

Nordirland 28. Mai — *Vom westdeutschen Irlandsolidaritätskomitee:* Am 10.Mai wurde der 27jährige Brian Maguire erhängt in seiner Zelle im Verhörzentrum Castlereagh aufgefunden; dies ereignete sich 36 Stunden nach seiner Verhaftung. Brian Maguire war weder angeklagt noch verurteilt und mithin auch nicht in einem "normalen" Knast, sondern er war den Folterverhören im berüchtigten Castlereagh-Zentrum ausgesetzt. Fast die gesamte irische Öffentlichkeit, Sportverbände wie selbst die Sozialdemokratie, Bürgerrechtsgruppen und selbst protestantische Politiker bestritten die Glaubwürdigkeit der offiziellen Erklärung der RUC-Polizei, es habe "sich um einen normalen Selbstmord" gehandelt und forderten stattdessen die Einsetzung einer unabhängigen Untersuchungskommission. Der katholische Pfarrer Faul recherchierte den Fall und gab seine Ergebnisse Amnesty International in London. So ist vor allem mysteriös, wie der Verhörte an den Strick gekommen sein soll, den man um seinen Hals fand. Die Ausstattung der Zelle besteht nämlich nur aus einer Pritsche und einem Laken, welches zum "Selbstmord" nicht benutzt wurde.

Die britische Nordirlandregierung verweigerte inzwischen die Einsetzung einer unabhängigen Untersuchungskommission und gab sich mit einer Kommission von eben jenen RUC-Bullen zufrieden, in deren Händen sich Maguire befunden hat. Auch dieser "Selbstmord" erinnert fatal an die Stammheimer Ereignisse.

Daß man von "Selbstmord" eben nicht sprechen kann, beweist ein weiterer Fall, der sich etwa eine Woche vorher ebenfalls in Nordirland ereignete: ein Mann wurde von der RUC-Polizei nachweislich verhaftet, seine Leiche fand man wenig später in einem Fluß. Die RUC hat offiziell keine Ahnung, wie der Verhaftete aus ihren sonst so sicheren Händen in den Fluß geraten konnte.

**Weitere Infos zur aktuellen Lage in Nordirland im INFO 12 des WISK, 637 Oberursel 15, Postfach 35**

HERAUSGEBER:
Frankfurter Informationsdienst e.V.
Hamburger Allee 45, 6000 Frankfurt 90, Tel.: 0611/704 352
Verantwortliche Redakteurin: Jutta Fries



## PLÖTZLICH WAREN CAMPER VOR DER FABRIK

DETROIT 21. Mai — In der einzigen nordamerikanischen Traktorenfabrik - Ford - in Romeo, eine der weissen Vorstädte von Detroit, hatte Leroy Wright immer eine Art Sonderstatus, weil er meist high war. Aber am 11. Mai stellte ihn der Meister an einen Arbeitsplatz, den er nicht schaffen konnte und versuchte, ihn madig zu machen und mehr Arbeitsleistung aus ihm herauszuholen.

Noch am gleichen Tag stand die Fabrik still. Die Hetze des Meisters mit Wright war der auslösende Punkt, aber nicht der einzige Grund des Streiks. Schon seit einiger Zeit hatte Ford versucht, die Bänder schneller zu drehen. Vor allem die Schweißer hatten sich beschwert, weil sie dank der schnelleren Produktion nur noch so miserable Stücke bekamen, daß sie jedes einzeln zurechthämmern mußten, damit es paßte.

Alle 1.700 Arbeiter ließen darum am 11. Mai innerhalb von einer Stunde die Traktoren Traktoren sein und besetzten die Kantine. Vor der Fabrik stellten sie 900 bis 1.000 Streikposten auf und bewaffneten sich mit Funkgeräten, um sich über CB-Funk („Citizens Band") verständigen zu können. Als das Management Verhandlungen ablehnte, holten die Arbeiter ihre Camper und Wohnmobile (Mobile homes) und schliefen und wohnten darin abwechselnd in Schichten vor der Fabrik. Siebzehn Streikern wurde gekündigt.

Die Arbeiter, meist Weiße, die erst wenige Jahre in der Fabrik sind, gehören zur Ortsgewerkschaft UAW (United Automobile Workers), deren Gewerkschaftszentrale sie aufforderte, sofort in den Betrieb zurückzugehen. Als Appelle vor dem Betrieb nichts nutzten, kaufte die Gewerkschaft Radiozeit bei den Detroiter Rundfunkanstalten und versuchte die Mitglieder über die Runkfunkgeräte umzustimmen.
Am 18. Mai erschien Ken Morris, der hauptamtlich als Sekretär der Gewerkschaft für die Region Zuständige, vor der Mitgliederversammlung der Ortsgewerkschaft und ließ unter dem Druck der Zentrale entscheiden, daß die Arbeiter am 22. Mai wieder in den Betrieb gehen. Morris wollten den Arbeitsbeginn lieber sofort, aber dazu war die Wut zu groß,und so konnte wenigstens der sofortige Arbeitsanfang verhindert werden.

*Näheres bei: Mark Levitan von den International Socialists in Detroit, Tel.: 001313 / 868-2837 oder 869-3137 (IS-Büro).*

## AUFRUF ZUM KERNENERGIESTOP

USA Juni 78 — Am 24. Juni 78 werden besorgte Bürger zum vierten Mal zum Bauplatz des Kernkraftwerks nach Seabrook, New Hampshire ziehen. Diese Aktion erfolgt nach 10 Jahren Widerstand gegen das geplante KKW durch Volksentscheid, Gerichtsverfahren, Öffentlichkeitsarbeit, Demonstrationen. Vor zwei Jahren gründete sich die "Clamshell Alliance" um den Bau durch gewaltfreie direkte Aktion und Aufklärungsarbeit zu stoppen. Am 30. April letzten Jahres gingen 2000 KKW-Gegner auf den Bauplatz. 1415 wurden nach 24-stündiger Besetzung verhaftet. Es war die bisher größte Aktion der KKW-Nein-Bewegung in den USA und zugleich ein Katalysator für weitere Aktionen im ganzen Land.

Am 24. Juni also ziehen wir nochmal dahin um den Bauplatz gewaltlos zu besetzen und die Wiederaufforstung dort in Gang zu setzen. Wir beweisen damit und mit anderen angemessenen Aktionen unser Engagement für eine Zukunft ohne Atomkraft. Ein klares NEIN zum KKW–SEABROOK (und anderswo) werden wir am 24. Juni aussprechen. Wir bitten daher um die Unterstützung der internationalen KKW-Nein-Bewegung, die sich auf verschiedene Weise ausdrücken kann. Schicken Sie bitte Solidaritätserklärungen an: **CLAMSHELL ALLIANCE, 62 Congress St., Portsmouth, New Hampshire, 03801, USA**

## DER START IST IMMER HIER UND JETZT

DARMSTADT 31. Mai

*Report über das „SYMPOSIUM INTERNATIONAL - invention social et ecologie urbaine", vom 20.5. bis 28.5.78 in La Rochelle, Frankreich, organisiert von der Pariser Gruppe „Dillemne" und bekanntgemacht durch das Network „Community Action in Europe". Kontakt: „community action europe-INFO BRD", c/o schupo, Frankfurter Str. 10, 6100 Darmstadt.*

„Als ich am Mittwoch, dem 17. Mai 78, in La Rochelle mit einem gemieteten Fahrrad aus dem Bahnhof rausfahre, ist von einem „internationalen Treffen lokaler Aktionsgruppen" noch nix zu merken. Gut, es soll ja erst am Samstag eröffnet werden. Endlich finde ich den „Square Valin", einen kleinen Park am Jacht- und Fischereihafen, am Rande des Touristenzentrums, der Altstadt. Es stehen erst zwei bunt angemalte Busse der „Ville de La Rochelle" da, der „Koordinations-Bus", wo die Gruppe „Dillemne" residiert und organisiert, und der „Sound-Bus", der Anweisungen und Aufforderungen verstärkt (Musik etc.). In der Mitte des Platzes ein Denkmal für die gefallenen Helden des ersten Weltkrieges, drumherum werden in den nächsten Tagen fünf große Zelte aufgebaut, für eine Flugblatt- und Plakat-Druckerei, eine Makro-Küche, die von einer bei La Rochelle beheimateten Landkooperative eingeführt wird, zwei Zelte zum gemeinsam essen, diskutieren und Filme angucken, eins mit Pfadfinder-Doppelstock-Betten und eins, genannt „Gonflable", ein „Aerodrome", durch Luftgebläse aufrecht rund gehalten, als Haupt-Info-Zentrale & Büro. Am Freitag gehts das erste Mal los: um 11 Uhr Empfang in der „Stadthalle", Ansprache des Bürgermeisters, Marcel Crepeau, gleichzeitig Präsident des „Mouvement des radicaux de gauche" in Frankreich, einer Partei, die frei übersetzt „Bewegung der Linksradikalen" heißt. Anschließend Ansprache eines „progressiv-Ökologen Labori", der Samstagmorgen auf dem Square Valin nochmal einen zweistündigen Auftritt hat. In der großen Halle des Bürgermeisters gibt es anschließend gratis Drinks, Kekse und Cigarettes.

Samstagnachmittag die erste Plenumsversammlung der anwesenden Akteure aus „Randgruppen-Bewegungen" von den tausend Ecken Europas. Diese Art der Symposiumseröffnung war ziemlich fremd für die meisten, mensch kam sich als fehl am Platze vor und konnte es nicht glauben, daß diese feinen Herren wirklich sie, die Leute aus der Basisbewegung, eingeladen haben.

Aber irgendwie wird die Imagepflege der VLR (Ville de La Rochelle, aber auch VIVE LA REVOLUTION) verständlich, Ökologie ist 'in' in France! Langsam spricht sich rum, daß der Video-Bus, der inzwischen gekommen ist, vom staatlichen Umweltministerium mitgetragen wird, daß das Ministerium für Jugend und Kultur dabei ist, daß irgendwoher auch 6.000 Francs zum Sammeln von ca. 100 Video-Bändern über Aktionen und Gruppen hergekommen sein müssen, daß nicht klar ist wer alles Zugang zu dem Material hat. Es wird kritisiert, daß, bevor mensch sich gegenseitig persönlich vorgestellt hat, die „freundliche" Aufforderung kommt, sich der „Video-Gruppe" zur Verfügung zu stellen.

Als abends noch ein Film der Gruppe „Paul Emile Victor" über die Verschmutzung des Meeres und Gegenmaßnahmen gezeigt wird, der, weil von namhaften Firmen der Öl- und Elektrobranche finanziert, nicht die Ursachen angreift, und der anwesende Bürgermeister des kleinen Bretagnestädtchens Portsalle, das zuerst und am meisten von dem Amoco-Cadiz-Shell-Öl geschädigt wurde, und zudem erst ein paar Jahre zuvor das Torey-Cannon-Öl abgekriegt hat, in der Diskussion nur oberflächliche Fragen gestellt bekommt, und dann, als die Frage nach Aktionen der betroffenen Bevölkerung verstärkt gestellt wird, von den „Veranstaltern" die Veranstaltung aufgelöst wird, ist die Stimmung perfekt mies.

Da bleibt keine andere Wahl, als Sonntag mit Arbeitsgruppen zu starten: „weitergehende Kommunikation zwischen den Anwesenden nach dem Symposium" und „Vorbereitung des nächsten, Wien '79, Treffens von Community Action". Dadurch angeregt, kommt Bewegung zur Selbstorganisation des Symposiums auf. „The Planners Network", eine nachbarschaftlich in San Francisco verankerte Gruppe fortschrittlicher Stadtplaner ohne Akademikertum zeigt einen Film über die Besetzung eines späteren „Internationalen Nachbarschaftshauses", die nordisch-spirituelle Landkommune und „Globale Erziehungsstätte" THY - 'für eine neue Gesellschaft' aus Nord-Dänemark zeigt Dias und stellt die jetzige Situation dar, Christiania-Geschichte und -Erfahrungen vermischen sich mit der ASH Bonames-Darstellung und Erfahrungen aus dem Frankfurter Häuserkampf („Hausbesetzungen sind momentan in der BRD nicht möglich, zumindest nicht in Frankfurt" ... ? ? ). Barcelona, Milano, Lubjana/Jugoslawien, London, Paris, La Rochelle und andere, Amsterdamer Squatts (Hausbesetzer), eine ‚Internationale der Hausbesetzer' hat sich auf einmal versammelt.
(ASH = Arbeiterselbsthilfe)

Draußen, vor dem Soldaten-Denkmal, sitzt die Gruppe „Sanfte und dauernde Energieformen", sie redet meist wissenschaftlich, nur manchmal über ein Projekt wie „Autonomes Haus" oder „Ökodorf". „Geburt ohne Schmerzen", die „Frau in der Basisbewegung" versammelt sich 'autogestionaire' (? ).

Rechtsprechung und Rechts-Entwicklung (im doppeldeutigen Sinne) wird ausführlich diskutiert, sogar „Strategien für soziale Veränderungen in Europa" werden öffentlich bekanntgegeben. Viel Stoff, aber dafür eben eine Woche !! Die Vorbereitungen der United Nations für ihre „Weltkonferenz über Wissenschaft und Technologie für Entwicklung", im interantional-offiziellen Sprachgebrauch UNCSTD '79 genannt, werden in einer Arbeitsgruppe vorgestellt. „Was haben wir Linksradikale und Alternativpeople mit der UNO zu tun? " wird gefragt. Wir stellen fest, daß eine U.N.-Konferenz (siehe im Moment die spezielle Abrüstungssession in New York) eigentlich immer eine gehörige Weltöffentlichkeit mit sich bringt, aber diese Journalisten nur selten „Alternativen" zu den etablierten und systemkonformen und vor allem psychologisch aufgearbeiteten Aussagen der „Offiziellen" verabreicht bekommen. (Ein Teilnehmer schildert seine Erfahrungen mit einer '72er UN-Konferenz, in Stockholm, wo zwischen 3.000 und 4.000 Leute „Counter" machten, damals wurde die Öko-„Guerilla Green Peace" mit ihrer „Anti-Walfang-Kampagne" bekannt.)

Daraufhin, d.h. nach eingehenden Diskussionen über unsere Standpunkte, darüber, was wir eigentlich wollen, und was nicht (letztendlich kommt dabei ‚WELTREVOLUTION', natürlich selbstorganisiert, auch hinterher..., heraus), schlagen die Wiener Leute vor, das nächste Symposium '79 dort zu haben, und zwar vom 15.8. – 23.8.1979. Sie erklären sich bereit, die Koordination vor Ort zu übernehmen, nach Möglichkeiten für Treffpunkte, Schlafplätze, Essen zu schauen, aber nicht DIE ‚Counterkonferenz' zu UNCSTED zu organisieren. Die Organisation des '79 Symposiums soll von vornherein DEZENTRAL und selbstverantwortlich von denen getragen werden, die schon bald sagen können, sie wollen kommen. (Die Vorstellung von Lastwägen selbstverwalteter Betriebe und Kollektive aus ganz Europa, beladen mit Nahrungsmitteln, Musikzeug, Transparenten und Regenbogenfahnen kam auf und verschwand nicht wieder...). Der Vorschlag wurde von den mehr als 150 versammelten in La Rochelle angenommen.

Als erstes „Planziel" wurde eine Teilnehmerzahl von 400 in Selbstorganisation erfahrenen und in Gemeinschaftsleben Lebenden festgestellt. Bon... Ein paar weitere, notwendige Einzelheiten zur „offiziellen" Vorbereitung dieser „Weltkonferenz über Zukunftsstrategien des Multi-Kapitals": es ist recht unauffällig, WIE die Garde der Multis sich durchzusetzen versucht:

WIEN ist erstmal der Heimatort Generalsekretär Waldheims, zweitens Residenz des „nach beiden Seiten offenen" österreichischen Bundeskanzlers Kreisky, der wiederum ein guter Freund Und Parteibruder „unseres" Willy's ist, der derzeit als Präsident der „Sozialistischen Internationalen" und Vorsitzender der „ „Offenen Nord-Süd-Gesprächsrunde" versucht, die Marionetten der „zu entwickelnden Länder" im Chor einzustimmen: für angemessene Investitionen, ja, auch Sonnenenergie-Anlagen von SIEMENS und MESSERSCHMIDT/DORNIER, aber auf ATOM-KRAFT KANN NICHT VERZICHTET werden. Der merkt vielleicht gar nicht, was er so macht...

Sicherheitshalber haben ein paar Leute noch was organisiert: da war doch der sogenannte „4. Punkt der UNCSTD-Agenda ‚Wissenschaft und Technologie für die Zukunft' ", der von den „offiziellen Regierungsvorbereitungen" abgetrennt wurde und zur Bearbeitung einer „NICHT-REGIERUNGS-ORGANISATION" übertragen wurde. So kommt es jetzt, daß in Absprache mit dem General-Sekretär der UNCSTD, Mr. Frank da Costa aus Mexico, Mrs. Eleonora Masini von der „WORLD FUTURE STUDIES FEDERATION", zu erreichen über ein POSTFACH in ROM, mit der Organisation einer „Weltkonferenz über Zukunftsstudien" betraut wurde. Diese „World Future Studies Federation (WFSF)" hat natürlich „Nationale Affinitätsgruppen" in Wien z.B., in Paris..., und in BERLIN (!). HORST BUCHHOLZ in Berlin hat nun die ORGANISATION der „WORLD FUTURE STUDIES CONFERENCE(WFSC)", die im Mai 79 in BERLIN startet. H. Buchholz ist nämlich zweierlei: einerseits Geschäftsführer des e.V. „Gesellschaft für Zukunfstfragen",... diese GZ e.V. gibt z.B. ein sehr teures Magazin heraus, Ossip K. Flechtheim und Robert Jungk sind EHREN-Mitglieder (!), Vorstandspräsident der GZ ist ein Ministerial-Direktor PETER MENKE-GLÜCKERT mit Sitz in BONN... (schöne „Nicht-Regierungs-Organisation"). Zurück zum Hans B.: Der ist zweitens DIREKTOR des INSTITUTES FÜR ZUKUNFSTFORSCHUNG (IFZ), Gieselbergstr. 15, in Berlin, dieselbe Adresse wie GZ e.V., ist ja auch so ziemlich dasselbe. Das IFZ hat beispielsweise im Auftrag des „Umweltbundesamtes" Bürgerinitiativen auf die Qualität ihrer Kopperation mit den Parlamenten „untersucht", es untersucht so allerlei im Auftrag des existierenden Staates: z.B. wieviel Schadstoffe die Bevölkerung ohne gänzlich umzuklappen noch aushält... Der Aufruf zum Bürgerinitiativen-Verkehrskongreß der Westtangenten-Leute aus Berlin lautete im Januarheft der GZ z.B. schlimm, daß BI's notwendig sind, um die SCHLIMMSTEN AUSWÜCHSE KORRIGIEREN zu helfen... ja,ja, so, so.

Um das ganze noch besser abzusichern, bietet die „DEUTSCHE STIFTUNG FÜR INTERNATIONALE ENTWICKLUNG", ebenfalls mit Sitz in Berlin, den „herzlich eingeladenen Teilnehmern an der Weltkonferenz für Zukunftsstudien, die aus Entwicklungsländern kommen", die Möglichkeit eines Vorbereitungsseminars UNMITTELBAR VORHER an... Mai 79 in BERLIN!!! (Um klar zu machen, was diese „DSE" so macht: z.B. Kurse für „Modernes Management in Persien" für Studenten aus Teheran... wer von IRAN macht wohl ‚modernes Management'? ) Und das läuft offiziell alles als Nicht-Regierungs-Organisation, wir lernen über die Vorteile der Gewalten- und Aufgabenverteilung innerhalb der herrschenden Klasse...

Warum wurde in La Rochelle im UNCSTD-Workshop all das recherchiert? Weil daraus folgendes abgeleitet werden kann: Wir haben bis MAI 79 jetzt genau ein Jahr Vorbereitungszeit, genau wie das Zukunftsforschungs-Establishment, doch der Unterschied besteht in der Vorgehensweise: während MULTI psychologisch geschickt zurückhaltend und verschleyernd vorgeht, versucht BASIS Klarheit zu schaffen und OFFEN zur AKTIONS-Entstehung zu kommen. Während MULTI mit einem kleinen Stab fest angestellter Leute Forschung für die Zukunft betreibt, arbeiten bei BASIS viele, viele, viele Selbstorganisierte und Kommunizieren munter miteinander. Während MULTI eine Interne Superkonferenz veranstaltet, könnte BASIS wirklich eine WELT-Konferenz draus machen:

Zum Beispiel durch örtliche Aktivitäten bezüglich „Wissenschaft und Technologie", mit Nachbarn aus Schrott-Teilen Sonnenkollektoren bauen, und dabei Wege zur Autonomie aufzuzeigen, mit Kindern oder Rentnern z.B. auf Plätzen, die für Kapital-Akkumulation oder -Konsumption vorgesehen sind, mit am Ort besorgtem Material 'ne Windmühle zu bauen, oder mal wieder nach den Leer Stehenden Häusern zu Gucken, ... vor allem erst mal die Freunde besuchen und mit denen darüber reden, ob wirklich SCHON ALLES ZU SPÄT IST.

Das „COMMUNITY ACTION IN EUROPE NETWÖRK" hat in La Rochelle beschlossen:

einen Aufruf zur Teilnahme am '79 Symposium „Alternativen in Europa": jetzt bitte schon bald FEEDBACK nach Wien geben: „Wien-Alternativ" c/O Postfach 987, A-1011 WIEN, Austria (gilt für alle Gruppen, die sich in der Themenbeschreibung von La Rochelle einfinden können und Selbst-Organisation aller Lebensbereiche anstreben ...)

einen Aufruf an ALLE BASIS-MEDIEN, kontinuierlich über die Vorbereitungen zur Alternativen- und offiziellen UNCSTD zu berichten, wobei besonderen Wert auf die Animation der Lokalen Gruppen gelegt werden sollte... (Resource z.B. der „community action in europe — NEWSLETTER", der bald schon monatlich kommen soll, und bei SCHUPO angefragt werden kann...)

einen Aufruf an alle Basis-Aktions-Gruppen, sich auf einem Blatt Papier, möglichst beidseitig, sowohl in der Landessprache als auch in Englisch, selbst darzustellen, und dieses Blatt als einen Beitrag von der Basis — von unten zur „UNCSTD" (a peoples INPUT into UNCSTD) zu kennzeichnen, und an die Herausgeber-Gruppe des NEWSLETTER OF ALTERNATIVE EUROPE, die ASH, Am Burghof 20, 6000 Frankfurt-Bonames zu senden (dort wird NEWSLETTER gedruckt) ... (WWA in Europe).

einen Aufruf, durch Dezentralisierung der Diskussion für Aktion in Gemeinschaft dem „WORLD PLAN FOR DEVELOPEMENT-ACTION" (ein UN-Dokument) zur Durchführung zu verhelfen ... raus aus der Schublade...

Für ein anderes Land auf diesem Gelände... kein copyright... salut!

Kontakt: **„Community action europe-Info", c/o Schupo, Frankfurter Str. 10, D-6100 Darmstadt.**

## BÜRGERINITIATIVE HOHELUFT: WARUM WIR NICHT KANDIDIEREN

*Hamburg 22. Mai* *Ein Flugblatt der Hamburger Bürgerinitiative Hoheluft vor den Wahlen:*

In Hamburg tritt diesmal bei den Bürgerschaftswahlen die "Bunte Liste" gegen die Rathaus Parteien an. Wer zunächst in diese Alternative große Hoffnungen gesetzt hatte, müßte jetzt — nach einigen Wochen "bunten Wahlkampfs" — bitter enttäuscht sein. Wir glauben zwar auch, daß "die Bunten" den etablierten Parteien einen Denkzettel verpassen werden — aber so recht freuen können wir uns nicht darüber. Denn ihr Wahlkampf ist mittlerweile "kunterbunt" geworden, geleitet allein von der fixen Idee, "koste es was es wolle" die 5%-Hürde zu überspringen. Politische Inhalte bleiben bei der Jagd auf Stimmen immer mehr auf der Strecke.

Dafür gibt es leider inzwischen genügend schlechte Beispiele:

Der Wahlausschuß (WA) der "Bunten Liste" – der mehrheitlich aus KB-Vertretern (!) besteht – weigerte sich, offen zu einer Demonstration in Hamburg gegen die Verurteilung der Grohnde-Angeklagten aufzurufen! Auch eine geplante Großdemonstration in Hannover mit demselben Ziel wird nicht offen unterstützt (sie findet jetzt am 10. Juni statt). Wenn man bedenkt, daß AKW-Gegner bis zu 22 Monate Gefängnis bekamen, dann ist diese Entscheidung einfach ungeheuerlich!

Es wurde u.a. dagegen eingewandt, der WA könne keine politischen Entscheidungen treffen. Noch auf derselben Sitzung wurde allerdings ein Mai-Aufruf beschlossen...

Genauso vorgeschoben ist das "Argument", es gäbe viele politische Ereignisse, die gleich wichtig seien wie der Grohnde-Prozeß. Denn diese Prozesse sind ein bisher einzigartiger Angriff auf eine Massenbewegung und suchen allerdings ihresgleichen! Es wurde auch gesagt, die "Bunte Liste" dürfe eine Manifestation gegen die Grohnde-Prozesse nicht unterstützen, weil das einzelne Initiativen die staatliche Unterstützung kosten könne. Dieses "Argument" ist natürlich immer wieder verwendbar. Es bedeutet, daß wir unseren Widerstand in dem Rahmen halten sollen, den uns die Herrschenden als Narrenfreiheit zugestehen. Bisher haben wir das nicht getan ...

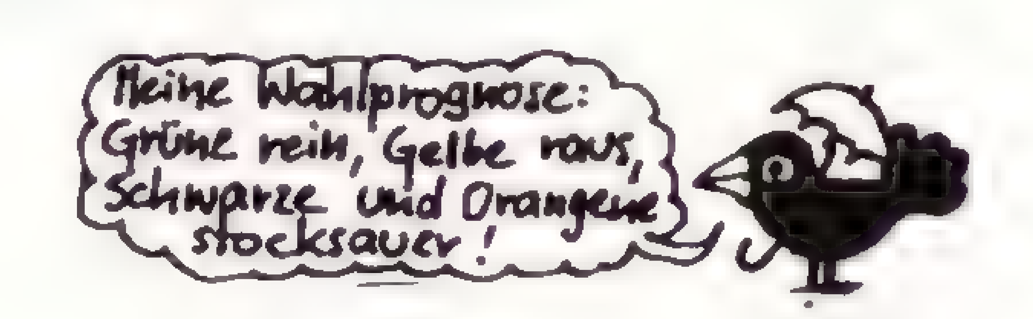
Offensichtlich die gleiche Linie findet sich im Presseausschuß der "Bunten Liste" wieder: Vertretern der BI Hoheluft (die zu den am weitesten links stehenden Teilnehmern der "Bunten Liste" zählen) wurde die Mitarbeit verwehrt.

Die zwei bisher erschienenen Wahlzeitungen wurden in Eigenregie erstellt, ohne den Wahlausschuß, der das Bündnis immerhin etwas weiter repräsentiert miteinzubeziehen. Bei der Erstellung der 2. Wahlzeitung wurde – anders kann man es wohl kaum bezeichnen – Zensur geübt: Ein Artikel zu den "Grohnde-Prozessen" scheiterte an "Platzmangel" (in den Wahlzeitungen der "Bunten Liste" gab es bisher nicht einen Artikel zu diesem Thema!). Eine Selbstdarstellung des Kandidaten und Rechtsanwalts Uwe Maeffert wurde in ihren Formulierungen abgeschwächt und entschärft! Ein Artikel des Kommunistischen Studentenverbandes (KSV - beteiligt sich an der "Bunten Liste"), der zum Parlamentarismus Stellung nahm, wurde gar nicht erst abgedruckt. Alle diese Entscheidungen sind allein und selbstherrlich vom Presseausschuß getroffen worden und auch innerhalb der "Bunten Liste" zustandegekommen.

Auf der Sitzung des WA am 27.4. wurde mit denselben Argumenten wie oben (Grohnde-Prozesse) eine schriftliche Stellungnahme zu den Prozessen gegen 10 Antifaschisten, die jetzt vor dem Landgericht Hamburg stattfinden, abgelehnt. Auch hier sind Gefängnisstrafen zu erwarten! Auf dieser Sitzung wurde auch beschlossen, den WA nur noch alle 2 Wochen tagen zu lassen; zwischendurch führt der Wahlvorstand – der nur noch aus KB-Vertretern besteht – die "Geschäfte". Die schon Delegierten delegieren weiter ...

Leider gibt es für diese Praxis noch einige Beispiele mehr. Im Anfangsstadium wurde noch davon gesprochen, die Wahlbeteiligung für "ein offensives Vertreten unseres praktischen Widerstands" und die "Stärkung der Basisaktivitäten" zu nutzen. Davon ist heute längst keine Rede mehr. Im Gegenteil, das einzige, was heute noch die führenden Vertreter der "Bunten Liste" bewegt, ist, ob sie die 5%-Hürde schaffen oder nicht. Stimmenfang um jeden Preis... Nur so sind die oben aufgezählten politischen Entscheidungen zu erklären. Zu allen "brenzligen" Fragen wie der Kriminalisierung von AKW-Gegnern und Antifaschisten, unseres Widerstands usw. wird eine klare Stellungnahme oder gar offene Solidarisierung bewußt vermieden, um nicht etwa potentielle Wähler zu verprellen.

Indem sich die maßgeblichen Vertreter der "Bunten Liste" immer weiter davon entfernen, was uns stark gemacht hat, – der praktische Widerstand gegen die Mißstände dieser Gesellschaft – passen sie sich immer mehr den "parlamentarischen Spielregeln" an und wollen sich so für das Rathaus salonfähig machen. Das wird auch teilweise offen zugegeben: auf der WA-Sitzung am 6.4. sprach sich ein Vertreter gegen eine Stellungnahme der "Bunten Liste" zu den Grohnde-Prozessen mit der Bemerkung aus: "Es kommt bei der Wahlagitation hauptsächlich auf Stimmen an." Das ist allerdings dieselbe unehrliche, betrügerische Haltung, wie wir sie auch bei den bürgerlichen Parteien in Wahlzeiten beobachten. Ein Vertreter des KB äußerte: "Wir müssen nach rechts gehen, um die Leute nach links zu kriegen". Wie weit die "Bunte Liste" mittlerweile nach rechts gegangen ist, zeigt ihr fast schon unpolitischer, kunterbunter Wahlkampfstil ("Holger Strohms Mannschaft (!!) muß ins Rathaus"). Uns erinnert dieser Stil allzusehr an "afri-cola" Werbung im Fernsehen.




Hieß es auch noch in einer der ersten Stellungnahme im Okt. 77: "Abzulehnen ist auch eine Kandidatur, die neue Illusionen über die Möglichkeit parlamentarischer Arbeit hervorruft", so ist heute auch davon längst nichts mehr zu spüren. Im Gegenteil, die noch breit bei den Menschen vorhandenen Illusionen über die tatsächlichen Einflußmöglichkeiten im Parlament werden kräftig geschürt. So äußerte Holger Strohm (Spitzenkandidat) u.a.: "Um Veränderungen durchzuführen benötigt man die Mehrheit, und die werden wir nicht auf Anhieb bekommen."

Nun ist Holger Strohm (leider!) – wie das von einigen gesagt wird – beileibe keine Ausnahme mehr. In der Wahlzeitung der "Bunten Liste" (Nr. 1) heißt es in einer Selbstdarstellung: Man sei eine "ernsthafte Gefährdung" für die Parteien (...). Sicher nicht so, daß wir mit unseren zehn (?!) Abgeordneten von heute auf morgen die Arbeitslosigkeit abbauen, genügend Lehrer einstellen ... und alle weiteren Mißstände beheben können."

Sicher, mit zehn Abgeordneten schafft das die "Bunte Liste" noch nicht, um diese "Veränderungen durchzuführen benötigt man die Mehrheit", wie H. Strohm schon sagte.....

Hier werden ganz handfeste Erfahrungen der Basisinitiativen mit den Institutionen dieses Staates einfach kaltschnäuzig über den Haufen geschmissen. Illusionen vieler Menschen, die langsam am Zerbrechen waren, insbesondere durch die Anti-AKW-Bewegung, werden hier wieder aufgebaut. Dieser Vorwurf muß insbesondere dem KB gemacht werden, der politisch und organisatorisch die "Bunte Liste" beherrscht und eben diese Erfahrungen zugunsten einer möglichst hohen Stimmenzahl ignoriert.

**Wir fordern die Bunte Liste auf: Die Demonstration am 10.6. in Hannover gegen die Kriminalisierung von AKW-Gegnern offen zu unterstützen und sich mit den Betroffenen zu solidarisieren!**

**Sich klar mit den Angeklagten im AntifaschistenProzeß in Hamburg zu solidarisieren und dazu eine Öffentlichkeitsarbeit zu machen!**

**Kontakt: BI Hoheluft, Rüdiger Jörß, 2 HH 50, Max-Brauer-Allee 189**

Zu den Landtagswahlen in Bayern:

## UNS NÜRNBERGERN STINKT'S

NÜRNBERG
5. Juni

Wir arbeiten in verschiedenen Basis- und Bürgerinitiativen — in der AKW-Initiative, in Frauengruppen, Kinderinitiativen, Gewerkschaftsgruppen, Schülerinitiativen, in der Selbstorganisation der Zivildienstleistenden usw. — und wir alle denken mit Grausen an die kommenden Landtagswahlen in Bayern.

Während in allen anderen Bundesländern, in denen bald gewählt wird, Umweltschutz- und andere Bürgerinitiativen schon seit geraumer Zeit über Alternativen zu den drei großen Parteien diskutieren, ist es bei uns totenstill: Wir haben das Gefühl, als möchte keiner daran erinnert werden, daß im Oktober Strauß und die CSU die Wahl gewinnen werden.

In Niedersachsen gibt es die Grüne Liste Umweltschutz (GLU) schon seit einiger Zeit, in Hamburg kandidierte die Bunte Liste — Wehrt Euch, in Schleswig-Holstein hat sich gerade eine GLU gegründet, in Bremen und Hessen wird über d[illegible]e Dinge diskutiert. Nur bei uns will keiner der halbwegs v[illegible]nünftigen Menschen etwas von der Wahl hören, es scheint uns wie ein allgemeiner Verdrängungsprozeß, der jeden Mut zum Widerstand abtötet! Die SPD scheint sich inzwischen endgültig aufgegeben zu haben: Es heißt, sie wolle in diesem Jahr einen ganz besonders 'volksnahen', 'bayerischen' Wahlkampf führen — was das bedeutet, können wir uns ungefähr vorstellen.

Wir meinen nicht, daß es unter allen Umständen möglich und nötig ist, auch in Bayern kurzfristig eine alternative Kanditatur auf die Beine zu stellen, uns stinkt es aber ganz gewaltig, dermaßen resigniert die Wahl abzuwarten, sie wie einen Schicksalsschlag hinzunehmen und uns in die 'innere Emigration' zurückzuziehen!

Wir machen deshalb einen Vorschlag: wir organisieren ein bayernweites Treffen, eine Art Wahlkongreß, zu dem alle kommen sollten, die sich — wie wir — nicht mit allem abgefunden haben.

**[illegible]minvorschlag: 24./25. Juni (Samstag/Sonntag) oder 8./9. Juli (Samstag/Sonntag)**

**Ort: Nürnberg**

**Kontaktadresse: Klaus Meyer, Keßlerplatz 15, 85 Nürnberg Tel.: 0911/558361.** Dort ist auch ein Diskussionspapier zu haben.

## ALTERNATIVES UMWELTFESTIVAL IN BERLIN

WESTBERLIN
5. Juni

*Wie bereits im ID 230 angekündigt, findet in Berlin auf den Oktoberfestwiesen vom 4. Juni bis 16. Juli ein alternatives Umweltfestival statt. Für die noch kommenden Wochenenden sind folgende Schwerpunkte geplant:*

Wochenende 9./10./11.6.
Schwerpunkt: Umweltzerstörung, Selbstzerstörung, Freizeit, Gesundheit, Ernährung.
Stichworte: Alpenzerstörung durch Skifahren, Gewässerzerstörung, Schilfgürtel, Ölpest in der Bretagne, Wald,Parks, Bäume, Essen — Streß — Beton — Asphalt — Architektur.
Diskussionsthema am Samstagabend:
Sorgfältiger mit sich umgehen
Sorgfältiger mit anderen umgehen.
Sorgfältiger mit der Umwelt umgehen.
Rahmenprogramm: Symposion, "Alternative Technologie und Architektur"

Wochenende 16./17./18.6.
Schwerpunkt: Frauen und Ökologie, Umweltzerstörung als Ausdruck der herrschenden Männergesellschaft
Frauenwerkstätten, Frauenworkshops sind vorgesehen.

Wochenende 23./24./25.6
Schwerpunkt: Von einander lernen, Bürgerinitiativen und Alternativbewegung
Freitag 23.6.: Lesertreffen der 'Alternative' Zeitung für Ökofreaks, Sonnenfreunde, Zweifler und natürlich auch für Arbeitslose.
Samstagnachmittag, 24.6.: Berliner Alternativprojekte kommen zu Hauf/Alternativmarkt — macht Alternativen.
Samstagabend, 24.6.: (Podiums)diskussion: Gemeinsam überleben — gemeinsamleben. Ziehen BI's und Alternativen am gleichen Strick?
Sonntag, 25.6.: Alternative Ökonomie — Ökonomie der Alternativen, Alternativen im Wendland — Überlegungen zu Gorleben

Wochenende, 30.6./1.7./2.7.
Schwerpunkt:Energieplanung in Berlin — Alternative für eine Großstadt
Samstag/Sonntag: Kleingruppen zu Senatsplanung, Prognosen, Alternativen.
Sonntagnachmittag: Aktive Fantasie — fantastische Aktionen, Überlegungen zu Berlin und Gorleben.
Freitag, 30.6.: Aktionstag Gorleben soll leben..

Wochenende, 7./8./9.7.
Schwerpunkt: Ökologie und Gesellschaft
Freitag, 7.7.: Ökologie und Dritte Welt (Indianer, Zaire ...)
Samstag, 8.7.: Grüne Listen — Bunte Listen, Strategien für Berlin.
Sonntag, 9.7.: Wir sind die Vielfalt, wir sind das Leben — Vielfalt der Strategien: Stromzahlungsboykott, langfristige Alternativen, langfristige Formen des Widerstands

Wochenende, 14./15./16.7.
Schwerpunkt: Wie geht's weiter — für uns
Samstag, 15.7.: Die Grupeen, die sich beim Fest zusammengefunden haben, und die, die noch keine Gruppen gefunden haben und was machen wollen, treffen sich und lesen ihre Zukunft.
Sonntag, 16.7.:
10.00 Großes Umweltfrühstück — Jeder bringt was mit
12.00 Perspektiven — Wir, die Vorbereitungsgruppe, erzählen unsere Vorstellungen; die Diskussion vom Samstag wird fortgesetzt.
15.00 Kinderfest nicht nur für Kinder
18.00 Große Abschlußfete

**Kontakt: Fabrik für Kultur, Sport und Handwerk, Kurfürstenstr. 14, 1000 Berlin 30, Tel. 030/26124**
**Spendenkonto: Postscheckamt Berlin-West 9151-100 Forum Kreuzberg**

## GROHNDE–PROZESS: EIN JAHR OHNE BE–WÄHRUNG FÜR ESO

HANNOVER 2. Juni *Eso wurde am 17.5.78 wegen seiner Teilnahme an der Grohnde-Demonstration am 19.3. zu einem Jahr ohne Bewährung verurteilt. Hier das Schlußwort Esos zum Prozeß und dem Urteil:*

"Wer von uns wäre nicht gegen Gewalt? Die andere Seite diskutiert nicht über Gewalt, sie übt sie aus und gießt sie in Gesetze." (Bremer Doku) Da Sie so freundlich sind und mir als Angeklagten das letzte Wort erteilen, werde ich Ihre Geduld nicht auf eine allzu harte Probe stellen. Die Gründe meiner AKW-Gegnerschaft kennen Sie ja. Bleibt einem nur noch über das bisher Geschehene einige Anmerkungen zu machen. Da sich weder Politiker und Presse usw. nach der Demo vom 19.3. nicht zu schade waren, eine äußerst üble Hetzkampagne zu starten, wundert es mich überhaupt nicht, daß diese Art der Vorverurteilung und Verleumdung auch hier auf fruchtbaren Boden gefallen ist.

Unser durchaus berechtigter Widerstand gegen das AKW-Programm, von dem ich mich in all seinen Formen in keinster Weise distanziere, wurde in Bürgerkriegsmanier seitens der Schmiere (Bullen) zusammengedroschen. Wir hier in Hannover Angeklagten sollen stellvertretend für die 20 000, welche in Grohnde waren, verurteilt werden.

Da bei der Demo vom 19.3. es sich um bürgerkriegsähnliche Auseinandersetzungen gehandelt haben soll, so wie um einen schwerwiegenden Angriff auf die Rechtsordnung (aus der Begründung des OLG Celle), wundert es keinen, daß die Staatsgewalt hier mit Imponiergehabe ihre Macht zur Schau stellt. Da wird mit nie gekannten Aufwand das Gericht gesichert, Prozeßbesucher in übelster Weise gefilzt, Ausweise fotokopiert, da hocken ständig 20 - 25 Schmiermichel (Bullen) im Gerichtssaal, damit ja keiner der Zuschauer seinen Unmut zu äußern wagt. Da werden Haftbefehle ausgestellt, die ihre Berechtigung nur aufgrund von ominösen Spietzelberichten bekommen. Da gibt es vertrauliche Dienstanweisungen, welche gespickt sind mit Schikanen gegen Besucher und Angeklagte. Wenn man erst einmal in diesen "Heiligen Hallen Justizias" ist, packt einen das kalte Grausen. Dort hocken die "Hohen Priester" in ihren schwarzen Roben. Für sie ist das Urteil schon gefällt, alles andere artet zur Farce aus. Es ist ein nicht gerade erhebendes Gefühl, diesen Justizrobotern gegenüber zu sitzen und zu erleben, wie man Stück für Stück eingemacht wird. Keiner der wesentlichen Anträge (Einstellung der Verfahren, Zusammenlegung oder Befangenheitsantrag) kommt durch.

Die Aussagen der Belastungszeugen sind eine einzige Katastrophe. Nicht bei einem klappt es vernünftig. Da werden Behauptungen aufgestellt, Tatsachen verdreht, sich gegenseitig widersprochen, da ist von Knüppelschlägen auf's Ohr die Rede, welche dann lediglich eine 3 mm Schürfwunde verursachen, von Zwillen, welche mit einem Magazin versehen sein mußten, um überhaupt eine so hohe Schußfolge zu ermöglichen (Ein Angeklagter soll ca 15 mal in einem Zeitraum von 2 Minuten geschossen haben). Obwohl der Beamte den Schützen die ganze Zeit im Auge gehabt haben will, kann er nicht mal die konkrete Helmfarbe angeben. Insgesamt sind es 5 verschiedene Farben, von denen die Rede ist.

In meinem Fall kann ich nur noch mal ausdrücklich betonen, daß ich von Anfang an keinen Knüppel gehabt habe. Alles andere, was die beiden Schmiermichel behaupten, ist gelogen. Ich, der ich in der letzten Reihe stand und den Rückzug mit versuchte zu sichern, soll in ca. 1 Minute mir einen Knüppel besorgt haben, 4 mal auf einen Schmiermichel geschlagen haben, zu Boden gefallen, den Knüppel am Boden liegender Weise so weit geworfen haben, daß keiner der eifrig suchenden Schmiermichel ihn gefunden hat und außerdem noch einem Schmiermichel in den Stiefel gebissen haben.

All diese Ungereimtheiten können den Staatsanwalt Borchers nicht erschüttern. Ganz im Gegenteil! Zwar sagt er, diese Prozeße seien keine politischen, er selbst ist aber politischer STA. Und die ganzen Prozeße laufen in bewährter Staatsschutzmanier ab. Auf das Plädoyer von Borchers braucht man nicht im einzelnen einzugehen, da dieses im Grundmuster feststeht und er lediglich einige Fakten im jeweiligen Fall auf die betreffende Person einfügt. Obwohl von der Beweislage her nichts, aber auch gar nichts bewiesen werden konnte, erdreistet Borchers sich, für mich, als Gallionsfigur der AKW-Bewegung, 16 Monate ohne Bewährung zu verlangen. Abschließend zusammengefaßt kann man nur noch einmal folgendes sagen. Hier soll einigen wenigen stellvertretend für die ganze AKW-Bewegung uns Angeklagten der Hals umgedreht werden. Die AKW-Bewegung soll weiter in die kriminelle Ecke gedrängt werden. Das politische Ziel lautet, den Verantwortlichen für die Schweinerei vom 19.3. einen Persilschein für ihr menschenverachtendes Vorgehen auszustellen! Wir, die Angeklagten, stehen jetzt zwar vor Gericht, aber die Geschichte spricht nicht uns, sondern all jene welche mit all ihren Kräften das mörderische AKW-Programm betreiben, schuldig. Ich fordere daher:

EINSTELLUNG ALLER STRAF- UND ERMITTLUNGSVERFAHREN!
AUFHEBUNG DER HAFTBEFEHLE!
STILLEGUNG UND ABRISS ALLER IN BETRIEB ODER BAU BEFINDLICHEN AKW'S!
KEINE WAA IN GORLEBEN UND ANDERSWO!

Zum Schluß noch einige Worte unseres verehrten Meisters Francois Villon:
*„Auch diese Herren vom Gericht, die mag ich nicht,*
*da sitzen sie mit steinernem Gesicht auf ihrem Paragrafenthron*
*und brennen jedem, der nicht blecht ein Schandmal auf die Stirn.*
*Sie werden ihren Lohn bald kriegen, für dieses hin und hergebogene Recht,*
*daß ich bei dieser Jagd der Hauptmann werde sein,*
*das werden Sie mir wohl verzeihn.*
*Man schlage diesem Lumpenpack das Maul mit dem Hammer kurz und klein,*
*was übrig bleibt, das wäscht der Regen mir vom Frack.*
*Ich bin Villon, das braucht mir keiner zu verzeihn!*
*Notwendige Nachschrift:*
*Ihr seht, ich habe nicht vorbeigezielt mit meinem Wisch,*
*denn hätte ich verspielt, wär schon ein Strauch heraus aus meinem Bauch gewachsen oder Bitterlauch.*
*Drum soll man nie vor den Gewalten der hohen Obrigkeit den Schnabel halten."*

Eine Woche später war es dann soweit: Obwohl noch nicht alle Zuschauer im Saal waren, begann der Richter mit der Verlesung des Urteils. Ein Jahr ohne Bewährung war das Ergebnis von 16 Verhandlungstagen. Die Zuschauer, welche empört darauf reagierten, wurden in altgewohnter Weise aus dem Saal geknüppelt. Da ich mich nicht mit diesem Terrorurteil identifiziere, verließ ich ebenfalls den Saal so daß das Gericht seine Begründung vor leeren Bänken verlas. An dieser Stelle möchte ich zunächst einmal meinem Verteidiger höchstes Lob zollen. Er hat mich in brillianter Weise verteidigt. Ebenfalls meinen Dank an die, welche uns Angeklagten mit ihrer Solidarität im Gerichtssaal unterstützt haben. Leute macht weiter so! Bringt jeden mit, den ihr kennt, damit auch er in den Genuß einer Lehrstunde in Staatsbürgerkunde kommt. Wir Angeklagten und alle, welche mit uns gegen AKW's kämpfen, lassen uns von diesen Urteilen nicht einschüchtern. Ganz im Gegenteil! Es bestärkt nur den festen Willen, weiterzumachen! Darum, Freunde, zeigt diesen Profitgeiern und ihren Sympathisanten die Zähne!

*Wie schon in den Tageszeitungen zu lesen war, ist Klaus Werner Hahn (ebenfalls Grohnde-Verfahren) mangels Beweisen freigesprochen worden. Seit dem 1.6. läuft jetzt der Prozeß gegen Christian Matschkus. An den ersten beiden Prozeßtagen wurden die schon üblichen Anträge der Verteidigung verhandelt: Antrag auf Einstellung des Verfahrens, Aussetzung der Verfahren bis die ersten Grohnde-Urteile rechtskräftig sind, Antrag auf Aufhebung der Sicherheitsverfügungen (Einziehen der Ausweise der Prozeßbesucher) und Befangenheitsanträge gegen Richter und einen Ablösungsantrag gegen Staatsanwalt Borchers. Bis auf die letzten wurden alle Anträge abgelehnt, der Oberstaatsanwalt hat jedoch die Ablösung von Staatsanwalt Borchers verlangt und über den Befangenheitsantrag gegen Richter Kobold wird nächstes Mal, am 8.6., entschieden. Weitere Verhandlungstage sind der 14.6. und der 22.6., jeweils 9 Uhr im Landgericht Hannover.*

*Außerdem bittet die Infogruppe der Hannoverschen BI's alle Abonnenten der Prozeßberichte noch einmal Geld zu überweisen: Konto Nr. 26780 127 Stadtsparkasse Hannover Blz 250 501 80 (Goetz Buchholz).*

## ATOMKRAFTGEGNER FREIGELASSEN

BERLIN
1. Juni

*Detlev, der auf der 1. Mai Demonstration der GEW-Berlin verhaftet wurde (siehe ID 229/232), wurde nach einmonatiger Haft am 1. Juni überraschend freigelassen. Dazu schickte uns die Weddinger Anti-AKW-Gruppe folgendes Flugblatt:*

Statt des üblichen Abendessens wurde Detlef die Entlassung auf den Tisch gelegt.

Hurra, DETTE ist wieder da !

Wir mußten ihn vom Knast abholen, weil er die 1000 Postkarten, Briefe und Telegramme gar nicht alleine transportieren konnte. Naütrlich gab's zuerst mal ne dufte Fete.

Ne Begründung von Seiten der Staatsanwaltschaft gibt es bis jetzt noch nicht. Richter Rupender lehnte erstmal die Haftbeschwerde ab. Nachdem dann der Staatsanwalt gewechselt hat (warum wohl? ), wurde der Haftbefehl ohne Auflagen gegen Detlef aufgehoben. Die Anklage läuft natürlich weiter!

Wir glauben nicht, daß Detlef nur aufgrund der breiten Aktivitäten/Öffentlichkeitsarbeit aus dem Knast gekommen ist. Es ist zwar ne Menge gelaufen, aber die GEW und die meisten AKW-Gruppen haben sich rausgehalten.

Wo fängt Eure Betroffenheit an ?

Vielmehr ist die Freilassung ein Akt reiner Willkür. Aber die Einschüchterung ist den Schweinen nicht gelungen, für uns ist die Diskussion mit Detlefs Entlassung nicht gestorben. Detlefs Prozeß gegen den Staat ist dadurch noch nicht ausgestanden. Wir befürchten, daß er mindestens zu einem Monat verknackt wird.

Sie werden ihn nicht freisprechen - - - aber wir sie sowieso nicht!

Detlef ist frei, aber was ist mit den Agitdruckern, Grohnde-Angeklagten etc......?

Wir gehen nicht unter in unseren Niederlagen,
sondern in den Kämpfen, die wir nicht kämpfen !

**Anti-AKW-Gruppe Wedding, Anderer Laden, Bellermannstr. 1, 1000 Berlin 65**

## ERNEUT GROHNDE–ANGEKLAGTER VERHAFTET

HAMBURG
7. Juni

*Aus Hamburg erreichte uns dieser Bericht:*
„Karl Winter ist am 24.5. verhaftet worden. Karl ist einer der Grohnde-Angeklagten, die mit uns zusammen am 19.3.77 am Bauplatz in Grohnde demonstrierten.

Seit dem 13.1. d.J. lief ein Haftbefehl gegen Karl W., da er zu dem an diesem Tag beginnenden Prozeß gegen ihn am Landgericht (LaGer) in Hannover nicht erschien. Wie viele AKW-Gegner. so lehnte auch Karl die Zuständigkeit oder Berechtigung der Gerichte ab, sein Tun und Handeln zu beurteilen.

Karl ist in Hamburg an der Elbe während eines Spazierganges von zivilen Beamten eingekascht worden. Letzte Woche brachte man ihn in den Knast nach Hannover, wo er bis zu seinem neuen Prozeß einsitzt. Der neue Prozeßtermin steht noch nicht fest, daher rechnen wir damit, daß Karl noch längere Zeit im Knast sitzen muß.

Karl Winter sitzt in ISOLIERHAFT - deshalb ZEITUNGEN, BÜCHER, BRIEFE REINSCHICKEN ! Konkret läuft das so ab, daß man sich wegen eines Zeitungsabonements oder ähnlichem am Besten vorher mit der untenstehenden Kontaktadresse absprícht (damit es keine doppelten Abos gibt o.ä.)."

**Seine Knastadresse: Karl Winter, JVA Hannover, Schulbenburger Landstraße, 3000 Hannover.**

Wegen einer Besuchserlaubnis muß man an folgende Adresse schreiben:

**Landgericht Hannover, 12. Große Strafkammer, z.Hd. Vorsitzender Richter aL Täglichsbeck, Volgersweg 3, 3 Hannover.**
**Kontakt für nähere Einzelheiten:**

**Rüdiger Jörß, Max-Brauer-Allee 189, 2000 Hamburg 50, Tel.: 040 / 43 47 95.**




## BASTA CONTRA ATOMMÜLL

Kassel
6. Juni

Auch in Borken, 30 km südwestlich von Kassel, soll in der nächsten Zeit ein Atomzentrum entstehen. Ein Atomkraftwerk hat die Preussische Elektrizitäts AG (PREAG) schon 1974 beantragt; ein Atommüll-Lager für abgetrennte Brennelemente aus Atomkraftwerken mit 1500 t Kapazität soll auch gebaut werden. Den Erörterungstermin für das Atomkraftwerk erwarten wir für Ende 78/Anfang 79 (nach den Landtagswahlen!). Das Atommüll-Lager kann ohne Beteiligung der Öffentlichkeit genehmigt werden. Die Bürgeraktion Stop Atomenergie (BASTA) Kassel hat nun die 4. Auflage der Broschüre "Gefährdung durch Atomanlagen - Kein AKW und Atommüll-Lager bei Borken" herausgegeben. Wir

haben darin sowohl die allgemeinen Gefahren von Atomkraftwerken als auch die besondere Lage in Borken beschrieben. Format DIN A 5, 68 Seiten, Kosten 1,50 + 0,50 DM Porto u. Verpackung, für BI's 1.00 DM + Porto u. Verpackung. Bestellungen bei: **Anti-Atom-Büro Kassel, Emmerichstr. 20a, 3500 Kassel, T. 0561/7 53 07** gegen Voreinsendung von Briefmarken oder Überweisung auf das Konto: J. Wulfhorst, Anti-Atom-Büro, 35 Kassel, Nr. 145 888 4 bei der Stadtsparkasse Kassel, BLZ 520 501 51.

## HERZINFARKT DURCH MARGARINE

BERLIN
30. Mai

*In Margarine, Speiseölen und Speisefetten sind giftige Bestandteile aus Rapsölen (Raps ist, was auf den Feldern so schön gelb aussieht) und Fischölen (partiell hydrierte Fischöle) enthalten, die die Verbreitung des Herzinfarkttodes in der Bundesrepublik fördern. Ein Berliner Arzt schrieb dazu einen Brief an das Bundesministerium für Jugend, Familie und Gesundheit, den wir hier teilweise veröffentlichen.*

Nach den Daten des Statistischen Bundesamtes in Wiesbaden haben 1976 die Herzinfarkttote um 2200 Fälle zugenommen. Insgesamt stehen Herz-Kreislauferkrankungen als Haupttodesursache in der BRD an erster Stelle.
Durch eine Fülle von Arbeiten wurde in den letzten Jahren die Gefährlichkeit von Rapsölen und partiell hydrierten Fischölen bei Tierversuchen dokumentiert. Rapsöle und partiell hydrierte Fischöle werden u.a. zur Produktion von Speisefetten und Margarinen verwandt. Die Erntemengen von Rapsöl haben sich innerhalb der letzten zwanzig Jahren in unserem Land folgendermaßen erhöht:

1954: 15 000 Tonnen, 1972: 249 000 Tonnen, 1975: 199 000 Tonnen.

Die Giftigkeit von Rapsölen ist im Tierversuch als erwiesen anzusehen. Von Bedeutung für das Ausmaß der Schädigungen ist dabei die Menge von Erucasäure, die bei der Aufnahme zur Verfügung steht. Ein Eruscasäureanteil unter 2 % führt bei Tierversuchen zu keinen wesentlichen krankhaften Veränderungen am Herzgewebe. Steigt der Erucasanteil auf über 2 % so werden im Tierversuch u.a. folgende Veränderungen beschrieben:
Fetteinlagerung in der Herzmuskulatur, Veränderungen im Sinne eines Herzinfarktes, negative Wirkung auf Haut und Behaarung, biochemische Veränderungen von energietransportierenden Substanzen, wachstumshemmende Wirkung, erhöhte Stressanfälligkeit, Stoffwechselveränderungen in Schilddrüse, Nieren, Nebennieren, Milz und Hypophyse.

In Schweden wurde der Anteil von Erucasäure (ein Bestandteil des Rapsöls) in Speiseölen und Margarinen 1972 auf 5 % reduziert. Canada limitierte in der gleichen Zeit den Erucasäureanteil in Fetten und Ölen ebenfalls auf 5 %. In der Bundesrepublik wurde erst am 24. Mai 1977 "die Verordnung über den Höchstgehalt an Erucasäure in Lebensmitteln — Erucasäure-Verordnung" erlassen. Paragraph 1 Abschnitt 2 der Verordnung besagt, daß Lebensmittel, die unter Zusatz von Speiseöl, Speisefett oder ihren Mischungen hergestellt werden und einen Gesamtfettgehalt von mehr als 5 vom Hundert haben nicht gewerbsmässig in Verkehr gebracht werden dürfen. Auch die neu gezüchteten, erucasäurearmen Rapsöle haben im Tierversuch zu infarktähnlichen Veränderungen am Herzen geführt, wenn auch in geringerem Ausmaß.

Nun sind Tierversuche nicht bedingungslos auf Menschen übertragbar. Negative Beobachtungen sollten uns jedoch zu verstärkten Anstrengungen im Forschungsbereich veranlassen, um die Rolle von Schadstoffen in unserer Nahrung aufzuklären. Zur Zeit können Hersteller in der Bundesrepublik bis 1979 potentiell schädliche Nahrungsmittel anbieten, ohne daß für sie eine Deklarations- oder Aufklärungspflicht besteht, wie es mittlerweile bei Zigaretten z.B. selbstverständlich ist. Der Verbraucher ist bei der Kontrolle überfordert.

*Kontakt: Dr. med. Hans Martin Maaz, Freie Universität Berlin, Fachbereich Medizinische Grundlagenfächer (FB 1), Institut für Physiologie (WE 2), Arnimallee 22, 1 Berlin 33, Telefon: (030) 838-2528*



Wir sind traurig und entsetzt über den

Tod

unseres Freundes

RÜDIGER AMMON

* 2.1.1951

+ 4.6.1978

Er starb am „Tag der Umwelt". Er hatte am Fahrradkorso und am „Alternativen Umweltfestival" in Berlin teilgenommen und wollte mit seinem Fahrrad nach Hause. Da raste ein Auto gegen ihn.

Er hatte sich mit uns und 8000 anderen Umweltschützern eingesetzt für eine menschlichere Stadt, gegen die totale Vereinnahmung der Menschen und der Landschaft durch Autoverkehr, durch Beton, Lärm und Maschinerie.

Für uns sind Verkehrstote nicht Preis des Fortschritts!

*Diese Todesanzeige wurde von Teilnehmern des Umweltfestivals und mehreren Bürgerinitiativen in Berlin unterzeichnet.*

## 2. JUNI IN BAD SCHUSSENRIED

BAD SCHUSSENRIED
2. Juni

15 Leute erinnerten sich nach der wöchentlichen JUZE-Sitzung an die Ermordung von Benno Ohnesorg am 2. Juni 1967. Deshalb beschlossen wir, kurz nach 22.15 h noch eine kleine Gedächtnis-Demo durch unsere Kleinstadt zu machen. In einem unserer Fahrzeuge befanden sich noch vier Fackeln. Und dann marschierten wir los – schweigsam.

Wir waren noch keine 500 Meter marschiert, da traten unsere grünen Freunde von der Kurras-Zunft auf den Plan. Ein Streifenwagen fuhr die ganze Zeit auf der menschenleeren Hauptstraße neben uns her.

Dann bogen wir ab und zogen Richtung Kurpark. Wir waren noch keine Minute dort, als uns ein Bulle im Schutz der Dunkelheit zu Fuß zu observieren begann. Seine Kollegen passten derweilen im etwas abseits stehenden Streifenwagen darauf auf, daß er nicht zu Schaden komme. Als wir dann noch zum Haus des Bürgermeisters weitergingen, gerieten die Freunde & Helfer in höchste Erregung. Ihren Streifenwagen postierten sie direkt vor dem Haus des Bürgermeisters. Doch wir hegten heute ausnahmsweise keine bösen Absichten gegen unseren Bürgermeister und kehrten kurz darauf um.

Allerdings hatten wir vorher knapp 300 Gramm Kaliumpermanganat in den Wasserteich im Kurpark geworfen, um ihn als Erinnerung an den 2. Juni blutrot zu färben. Doch die Dosierung war zu schwach – wie wir anderntags bedauernd feststellen mußten.

Bevor wir uns nach gut einer Stunde kurz vor 23.30 Uhr endgültig auflösten, machten wir auch noch die Bekanntschaft mit der seit ein paar Tagen in der Stadt agierenden Wach- und Schließgesellschaft, die mit zwei schnellen VW-Golfs ihre Runden zieht (vgl. ID 232).

ÜBRIGENS: Die polizeilichen Ermittlungen wegen des Sit-Ins am Pfingstsamstag (vgl. ID 232) kommen jetzt in Schwung. Die ersten Leute haben polizeiliche Vorladungen bekommen. Offiziell wird gegen die Betroffenen wegen Nötigung ermittelt. Wer zur Vernehmung überhaupt aufs Revier geht, verweigert die Aussage.

Kontakt: **(über) MOTZER – Leserzeitung, c/o W. Schussen-Str. 66, 7953 Bad Schussenried.**

## JUGENDLICHE OBDACHLOSE HATTEN ERFOLG

TROISDORF
6. Juni

*Ein Mitglied der Schülerinitiative Sankt Augustin in Troisdorf schickte uns folgenden Bericht:*

„Die „Initiative Wohnungsnot" hat ihr erstes Ziel erreicht! Wie schon im ID 230 berichtet, protestierten jugendliche Obdachlose mit einer Bettdemonstration in der Innenstadt gegen die Haltung der Stadt, die die berechtigten Forderungen nach einem billigen Jugendwohnheim in der Ölbergstraße ignoriert haben. Wie berichtet schenkte die Stadt auch hier (außer Polizei natürlich) den Jugendlichen keine Aufmerksamkeit. Daraufhin beschlossen die Jugendlichen weitere Protestmaßnahmen. Sie zelteten 3 Wochen lang (bei miesen Regenwetter und „freundlichen" Besuchen der Polizei) auf den Aggerwiesen an der Ölbergstraße bis sie von einem Großaufgebot Ordnungshüter aufgelöst wurden. Immerhin hatte die Hartnäckigkeit Erfolg. 10 Obdachlose durften nun endlich in die Ölbergstraße einziehen. Merke: Wer sich nicht wehrt – lebt verkehrt!"

## PROVINZTREFFEN IN WERTHEIM

WERTHEIM
6. Juni

*Von Teilnehmern am Provinztreffen:*

Vom 2. – 4. Juni 1978 fand in Wertheim ein großes Provinztreffen von Alternativgruppen Jugendzentren und Alternativzeitungsgruppen statt. Organisatorisch getragen wurde das ganze von den Zusammenschlüssen Provinz Franken-Hohenlohe und Unterfranken AK, der Regionalzeitung TRAUM-A-LAND und den Deutschen Jungdemokraten.

Das Ganze begann am Freitagabend mit einer Podiumsdiskussion über die Situation der Jugendlichen in der Provinz zu der neben Judos, Jusos, DGB-Jugend, Traumaland und JZ-Zusammenschluß noch Junge Union, Landjugend, Bund Deutscher Katholischer Jugend und Evangelische Jugend eingeladen waren. Von den rechten Gruppen blieben Junge Union und Landjugend ganz fern und die konfessionellen Jugendgruppen diskutierten nur aus dem Publikum mit, weil ihnen das Podium nicht ‚ausgewogen' erschien. An der Diskussion nahmen 200 Jugendliche teil. Im Anschluß daran gab es eine Folk-Fete mit selbstgemachter Musik.

Am Samstag – es waren zu diesem Zeitpunkt Gruppen aus Amorbach, Buchen, Mosbach, Marktheidenfeld, Schweinfurt, Kitzingen, Tauberbischofsheim, Wertheim, Stuttgart-Degerloch, Lohr erschienen – fand aus aktuellem Anlaß (ein Wertheimer Arzt versucht das Jugendhaus durch Einspruch und öffentliche Diffamierung zu verhindern) eine Demonstration mit 200 Leuten statt. Danach begann der Info-Basar mit Büchertischen, Siebdruck, Kinderfest, Musik-Sessions. Um die Main-Tauber-Halle entstand eine Zeltstadt mit 40 Zelten. Dennoch waren die teilnehmenden Gruppen nicht zufrieden, da doch weniger Leute kamen als erwartet (aus der Region ca. 200) und durch die Hitze die Aktivitäten gelähmt wurden.

Am Abend fand dann eine große Rockfete statt, zu der 600 Leute erschienen, die aber auch hinter den Erwartungen zurückblieb und uns dadurch ein Defizit bescherte. Es spielten Notendruck aus Wertheim, Rocking Chair aus Lauda, Tommy aus München und Munju aus Würzburg. In der Halle herrschte sehr gute Stimmung trotz Schwüle und teilweise warmem Bier. Im Anschluß daran traf mensch sich am Lagerfeuer. Am Sonntag fuhren viele Leute zusammen baden oder trafen sich in Diskussionsgruppen im Schatten. Die Auswärtigen machten sich am Nachmittag bereits auf die Heimreise.

Das Provinztreffen war insofern ein Erfolg als sich sehr viele Leute trafen, die sich sonst nicht getroffen hätten, daß mensch Leute wiedersah, die schon jahrelang nichts mehr von sich hören ließen und die Kontakte unter den Gruppen verbessert wurden. Es war von seiner Durchführung her ein Jugendzentrumstreffen der mehr aktiven Leute. Nicht erreicht werden konnten die Wertheimer Jugendlichen, die nicht direkt zum Kreis der Aktion Jugendhaus gehören, der ca. 50 Leute umfaßt und die das Schwimmbad und die Fußball-Weltmeisterschaft vorzogen. Die politischen Gruppen der Region wurden repräsentativ erfaßt und über die Arbeitszusammenhänge wurde eine Öffentlichkeit hergestellt (z.B. die Zeitung Traumaland bekannt gemacht). Durch die Demo wurde praktische Solidarität gezeigt, aber dennoch konnte ein gewisses Provinzghetto der Alternativscene nicht durchbrochen werden.

Wir haben uns selbst die beste Solidarität erwiesen, indem wir uns gegenseitig besser kennengelernt haben und so unser Vereinsamungsgefühl überwinden konnten. Wir waren aber nicht in der Lage, das Zusammentreffen politisch-inhaltlich besser zu nutzen um über Probleme zu reden und unsere Positionen weiterzuentwickeln. Die Probleme der Alternativscene wurden bei diesem Provinztreffen deutlich und die Grenzen sichtbar: Wir sind eine Minderheit, wir müssen ums Überleben kämpfen, aber wir dürfen uns nicht selbst einigeln. Wir haben

uns selbst Mut gemacht, um mit gutem Feeling zurückzufahren, aber wir werden uns nicht überschätzen: das Provinztreffen war unser Fest. Unsere Arbeit aber läuft in den Kleinstädten. Feste ohne Hintergrund verzerren das Bild von dem, was politisch wirklich läuft und wie wichtig wir wirklich sind.

Es wäre gut, wenn andere Gruppen, die solche oder ähnliche Provinztreffen machen, ihre Erfahrungen einmal austauschen würden, d.h. konkret uns schreiben würden. Zum Provinztreffen ist eine Sondernummer der Regionalzeitung Traumaland erschienen, die für 1,50 DM (Preis incl. Porto) von Rainer Moritz, Mühlenstr. 63, 6980 Wertheim bezogen werden kann. Ebenfalls dort ist ein DIN A 2 Poster zu 1,50 DM in Briefmarken erhältlich.

Kontakt: **Aktion Jugendhaus, Postfach 14, 6980 Wertheim.**

## IST DER KINDERKALENDER PORNOGRAPHISCH?

WEST–BERLIN
5. Juni

*Aus einer Presseerklärung der Herausgeber des Kinderkalenders:*

Anfang April hatten wir den verhafteten Agit-Druckern unseren Kinderkalender 78 ins Gefängnis geschickt. Der Kalender wurde von Richter Zelle beschlagnahmt, weil der Verdacht bestände, es handelte sich um eine pornographische Schrift. Zudem wurde den Gefangenen nur eine Ablichtung unseres Briefes ausgehändigt, weil die Originale – wie der Kalender – "als Beweismittel zur Untersuchung der Tat und zur Ermittlung der Täter in Betracht kommen". Der inhaltliche Kern des Verdachts: (aus dem Beschluß des Richters):

> "So werden in den beiden kurzen Erzählungen "Auf der Teppichstange" und "Die Kinder war'n allein zu Haus' " Vorgänge, in denen bei Kindern sexuelle Lustempfindungen erregt werden unter Verwendung gemeiner Ausdrücke, wie Pissen, Arschloch, Pimmel, und Möse so geschildert, daß die beschriebenen Kinder zu physiologischen Reiz-Reaktionswesen oder zu auswechselbaren Objekten geschlechtlicher Begierde herabgewürdigt werden."

Potz Blitz! Da haben wir uns im Kinderkalender fünfundzwanzig Seiten lang bemüht, Kindern gerade das Gegenteil von dem zu vermitteln, was uns vorgeworfen wird: nämlich ein lustvolles, angstfreies Verhältnis zum eigenen Körper und zur Sexualität, eben nicht auf Kosten anderer. Darüberhinaus wollten wir Kinder über die Verlogenheit der offiziellen Sexualsprache informieren und ihnen Ängste nehmen und Aufklärung bieten in Bezug auf die sogenannten "Sittlichkeitsverbrecher", für die Kinder in der Tat Sexualobjekte sind . . .

Offenbar besteht auch ein Zusammenhang mit der Anklage gegen die Agit-Drucker. Wir haben den Verdacht, daß mit diesem Vorwurf gegen uns versucht werden soll, uns als "Unterstützer" der Agit-Drucker zu diffamieren. Die Agit-Drucker wurden verhaftet, weil in ihrer Druckerei das Info-Bug gedruckt worden war, das mehrfach wegen des Abdrucks von Erklärungen militanter Gruppen beschlagnahmt worden war.

**Kontakt: Kinderbuchladen Kreuzberg, Grossbeerenstr. 28 b, 1000 Berlin 61.**

## KAUFHOF DIETZENBACH SOLL GESCHLOSSEN WERDEN (? )

DIETZENBACH
9. Juni

Seit Mitte Mai wird gemunkelt, daß das Kaufhof Regionalzentrum in Dietzenbach (15 Kilometer südlich von Frankfurt) geschlossen werden soll. Bei der Kaufhof-Zentrale in Köln hat sich offensichtlich ein Konzept durchgesetzt, zu dem ein Regionalzentrum, wie es in Dietzenbach steht, nicht mehr paßt. Das Regionalzentrum Dietzenbach ist für den Wareneinkauf und die Belieferung von acht und für den Kundendienst von zwölf Kaufhof-Filialen zuständig, sowie für die Verwaltung dieser Filialen (Statistik, Rechnungswesen und Buchhaltung). Das soll nach dem neuen Verbundsystem geändert werden: Eine Filiale soll jeweils für mehrere andere mit-verantwortlich den Einkauf bestimmen. Die Lagerhaltung soll weitgehend auf die Lieferanten abgeschoben werden, mit einem Satz: Das Regionalzentrum Dietzenbach wird wegrationalisiert - 340 Arbeitsplätze fallen weg. Möglicherweise werden einige Abteilungsleiter übernommen und in den Leitfilialen „angebaut", aber der Rest der Belegschaft wird auf die Straße gesetzt werden.

Die Kaufhof-Zentrale hat einen Verbundausschuß gebildet, der, wie der Name schon sagt, für die Einführung des Verbundsystems sorgen wird, und dessen Vorsitzender Oberle ein alter Verfechter des Verbundsystems ist. Auf Anschreiben des Kaufhof-Betriebsrates, der im übrigen hauptsächlich mit Abwarten beschäftigt ist, hat sich der Ausschuß nach Dietzenbach eingeladen und für den 12./13. Juni Gespräche mit dem Betriebsrat angekündigt. Der Betriebsrat hat seine Korrespondenz mit dem Vorstand der Kaufhof AG ans Schwarze Brett gehängt, aber aus der Belegschaft war bisher nur zu vernehmen, daß das ja wohl nicht alles sei, was der Betriebsrat wisse und tun könne.

Der Kaufhof-Vorstand jedenfalls habe sich sehr eingehend mit der Ertragssituation der Region Dietzenbach beschäftigt, schrieb Oberle an den Betriebsrat. „Dabei wurde lediglich ein Beschluß gefaßt, daß der Verbundausschuß beauftragt werden soll, Untersuchungen im Regionalzentrum und den angeschlossenen Häusern durchzuführen und abzuprüfen, ob die Führung der Häuser im Verbund Ertragsverbesserungen bewirkt. Weitere Entscheidungen sind bisher nicht gefallen.", sagt Oberle.
Es wird nicht schwer für den Kaufhof, sein Regionalzentrum aufzulösen, da es auf gemietetem Gelände steht und der Warenbestand innerhalb von vier Wochen leicht abzutransportieren ist - die CDU-Regierung der Stadt wird gegen unternehmerische Überlegungen nichts einzuwenden haben und dem Kaufhof nicht, wie die ehemalige SPD-Regierung mit Bestechungs-Schenkungen kommen.

*Kontakt (vielleicht): DGB-Ortskartell, Schäfergasse 15, 6057 Dietzenbach.*

**Kundin vom Verkäufer überrannt**

**In dem Moment, wo Erna B. die Tasche ihrer Wahl in die Hand genommen hatte, rannte der Verkäufer Dieter K. auf sie los. Er konnte nicht mehr rechtzeitig anhalten, so daß beide ins Taschenregal stürzten.**
**Erna B. konnte erst nach ärztlicher Bahandlung mit Beulen und Tasche das Kaufhaus wieder verlassen.**
**Der Grund: Dieter K. arbeitet im Kaufhaus auf Prämienlohn.**

## DIE SPRACHE VON FUNKTIONÄREN

BERLIN 5. JUNI Auf der Berlin-Seite der Nummer 9 der Zeitung „Metall" vom 8. Mai 1978 (Zeitung der IG-Metall), die als Extrateil von den Berliner Funktionären der Gewerkschaft selbst gestaltet wird, fand sich ein Artikel über den diesjährigen 1. Mai, der in seiner Sprache deutlich daran erinnert, daß der 1. Mai von Adolf Hitler 1933 zum offiziellen Feiertag gemacht wurde. Da heißt es über die Arbeiter:

**„Sie blieben nicht zu Hause, und sie überließen auch nicht den Polit-Abenteurern und Kriminellen die Straße an diesem 1. Mai 1978. Zwar versuchten auch diesmal die Chaoten, die sich Kommunisten nennen, die Veranstaltung zu stören, doch weder das Gekeife einer Chaotin, noch das geistlose Gebrüll der sie umgebenden Polit-Idioten, noch der Aufzug der Gesichtsmasken tragenden Anarchisten konnten darüber hinwegtäuschen, daß der weitaus größte Teil der Kundgebungsteilnehmer ein ernstes Anliegen mit dieser Demonstration verband."**

Verantwortlich für diese Sätze sind die Funktionäre der Verwaltungsstelle Berlin der IGM — Heinz Voigt und Horst Wagner.

## DER GROSSE HETZER SCHWALBACH (UND SEINE OPFER)

LÜBECK 12. Mai *Hans Schwalbach ist Bezirksleiter der Gewerkschaft Öffentliche Dienste, Transport und Verkehr im Bereich Nordwest und mittlerweile hinreichend bekannt als Gewerkschaftsspitzel Nummer Eins. Er bedroht unliebsame Gewerkschafter mit Ausschluß und Entlassung und führt wüste Kampagnen auch gegen Leute, die mit der ÖTV nichts zu tun haben. Hans Schwalbach ist gleichzeitig Aufsichtsrat beim Atomplaner NWK und Landtagsabgeordneter der SPD in Kiel - und er arbeitet mit der CDU und mit dem (oder für den) Verfassungsschutz. Er gehört zu denen, die sich öffentlich mit ihrer guten Zusammenarbeit mit den Staatsschützern und ihrer erfolgreichen Hetze gegen alles Linke brüsten.*

**Gegen das Russell-Tribunal und alle, die dafür sind.**

Zu dem Rundbrief des DGB-Vorsitzenden Vetter (siehe ID 215), in dem allen DGB-Bezirken und -Kreisen die Unvereinbarkeit von Russell-Tribunal-Unterstützung und Mitgliedschaft in einer DGB-Gewerkschaft mitgeteilt wird und die Jurymitglieder in übelster Weise als Terroristen dargestellt werden, gab es ein Rundschreiben des ÖTV-Hauptvorstands, das allen ÖTV-Gewerkschaftern gebietet, „sich in keiner Weise an der Vorbereitung und Durchführung des 3. Internationalen Russell-Tribunals zu beteiligen". Das hat Hans Schwalbach nicht genügt, weshalb er in einem Begleitschreiben vorschlug, den sofortigen Gewerkschaftsausschluß für alle dennoch Aufmüpfigen anzuwenden.
Und so verfuhr er auch entsprechend: Vier Lübecker ÖTV-Mitglieder sind jetzt von Gewerkschaftsausschluß bedroht (siehe ID 223), weil sie im Januar einen Aufruf zur Veranstaltung „Demokratische Grundrechte in Gefahr - wir wehren uns!" unterzeichnet haben. Betroffen sind die Betriebsratsvorsitzende Brigitte Schulteck, ein bei der Kirche beschäftigter Sozialarbeiter, der Vorsitzende des gewerkschaftlich orientierten Lübecker AStAs und ein Arzt, der SPD-Bürgerschaftsabgeordneter war und im Bundesvorstand der Humanistischen Union ist. Im Auftrag von Schwalbach verlangte der ÖTV-Sekretär Winckelmann von Brigitte Schulteck, sie solle sich schriftlich distanzieren vom Russell-Komitee, dem Frauenzentrum und zwei Atomkraftgegnern, die Vertreter der Bürgerinitiative sind, und wieder ist ein SPD-Mitglied dabei. Schwalbach reinigt in einem Aufwasch die Gewerkschaft und die Partei.

Der „Angeklagten Schulteck" flatterten im Laufe der Zeit einige Briefe ins Haus, die schon vorbereitet waren - Formulare, auf denen nur noch die Unterschrift fehlte -, um die Distanzierung zu erzwingen. „Ich bestätige hiermit ausdrücklich, daß ich keiner gemeinten Organisation angehöre, mit ihr sympathisiere oder für deren Ziele eintrete. Ich erkenne die obigen Unvereinbarkeitsbeschlüsse an und werde mich für ihre Verwirklichung in der Gewerkschaft ÖTV einsetzen." Wer das unterschreibt, bestätigt auch die Strafbarkeit des Sympathisantentums und bietet seine Spitzeldienste an, wer es nicht unterschreibt, hat gerade sein berufliches Todesurteil zugestellt bekommen, denn „Sie können das nicht verschweigen, letzten Endes wird uns das so oder so bekannt werden", sagte Schwalbach am Telefon. Und dann passiert, was all den anderen schon passiert ist:

**Gewerkschaftsausschlüsse und Berufsverbote a la Schwalbach**

Als ein 1974 in Lübeck aus der ÖTV ausgeschlossener Kinderarzt später mit Berufsverbot belegt und am 11.8.1975 vor der Extremistenkommission des Landes Schleswig-Holstein verhört wurde, war Schwalbach Kronzeuge für die 'Erkenntnisse' des Kultusministeriums: „Ich brauche nur kurz Herrn Schwalbach anzurufen, wenn hier einige Punkte strittig sind", so KuMi-Vertreter Schulz-Hardt. „Zweifel an der Verfassungstreue" seien aufgekommen; denn „eine so angesehene Gewerkschaft wie die ÖTV schließt nicht ohne Grund jemand aus"!
Der am 9.2. dieses Jahres fristlos gekündigte Kieler ÖTV-Sekretär Manfred Schwanbeck (siehe ID 222) enthüllte, daß Schwalbach seine Kündigung und das sich anschließende Gewerkschaftsausschlußverfahren nur mit Hilfe des Verfassungsschutzes betreiben konnte und dies auch noch offen zugab. Schon vor seiner Einstellung als ÖTV-Sekretär war er vom Verfassungsschutz „durchleuchtet" worden - ohne Ergebnis. Dennoch ließ Schwalbach die Überwachung fortsetzen: Am 6.2.78 wurde die Wohnung Manfred Schwanbecks durchsucht, der Schreibtisch gewühlt. Zur fristlosen Kündigung wurden dann alte, von ihm in der DGB-Jugend verfaßte Papiere präsentiert, die eine Mitarbeit im Spartacus-Bund belegen sollten, der unter die Unvereinbarkeitsbeschlüsse im DGB fällt.

Gegen den früheren Redakteur bei der „Metall", Heinz Brandt, erstattete Schwalbach Anzeige wegen Beleidigung, weil jener am 19.2.77 in Itzehoe den „Atomfilz" angeprangert hatte. Schwalbach verlor den Prozeß.

Selbst in die von Stoltenberg und Springer-Konzern inszenierte Kampagne gegen den NDR schalteten sich Schwalbach und Kumpanen ein. Man sei „zu der Erkenntnis gekommen, daß unter einem Intendanten Neuffer Journalisten tätig werden können, die in einer öffentlich-rechtlichen Anstalt ihre Sorgfaltspflicht verletzen und Pressefreiheit mit Narrenfreiheit verwechseln dürfen".

**Und: Herrn Schwalbachs kleine Nebenbeschäftigungen**

1975 führte der Bezirksvorstand unter Vorsitz von Hans Schwalbach ein gemeinsames Gespräch mit den „Kollegen" aus der ÖTV-Abteilung Verfassungsschutz hinter verschlossenen Türen durch. Bekannt wurde, daß sich beide Seiten in diesem Gespräch der intensiven Unterstützung versichert haben.

Zusammen mit dem NWK-Gesamtbetriebsrat organisierte Schwalbach am 5.11.76 den Aufmarsch der in 22 Bussen aus ganz Norddeutschland nach Brokdorf herangefahrenen 1.000 NWK-Mitarbeiter für den Ausbau von Atomkraftwerken. 50,- DM erhielt jeder NWK-Demonstrant für seine Teilnahme.

Überall im Land machte sich NWK-Aufsichtsrat Schwalbach für Atomkraftwerke stark. „,... zum Kernkraftrisiko: Seit die Sozialdemokraten vor über 15 Jahren ihren Parteitag unter der Parole 'Kampf dem Atomtod' führten, regt sich heute kein Mensch mehr über die unvergleichlich viel größeren Gefahren

eines atomaren Konfliktes auf". So zynisch trat er auf einer SPD-Diskussionsveranstaltung in Lübeck auf („LN", 8.1.77). Gemeinsam mit seinem MdL-Kollegen Alfred Prezewowsky, dem Landesvorsitzenden der Arbeitsgemeinschaft für Arbeitnehmerfragen in der SPD (Afa), möbelte er in diesem Sinne Betriebsgruppen in seinem Bezirk auf.

*Zu der fruchtbaren Zusammenarbeit zwischen Herrn Stoltenberg von der CDU und Herrn Schwalbach von der SPD/ÖTV hier ein Gedicht von Erich Fried:*

Stoltenschwalberg bachumschlungen
(ÖTV, nimms genau)

Schwalberg
Stoltenbach
Schwalenbach
Stolberg
Stoltenschwall
Bergbach ...
und morden
den Bach hinunter

Schwalbach und Stolt
wachsen auf einem Holt

Ein Schwalbach
macht noch keinen deutschen Herbst

Doch ein zwei drei
viele Schwalbäche
treten aus ihren Ufern
und können das Land überschwemmen
wenn niemand sie eindämmt.

## BEIM LIEBEN GOTT UND DER GEWERKSCHAFT GIBT'S KEINE ZUFÄLLE

FRANKFURT
24. April

*Die Gewerkschaften setzen sich bei ihren ‚Säuberungen' sehr locker über die Maßstäbe der Beweisführung hinweg, die beispielsweise bürgerliche Gerichte mindestens auf dem Papier einhalten müssen. Der ID hat darüber ausführlich aus Anlaß des Russell-Tribunals berichtet (ID Nr. 224, S. 74). Hier ist wieder eine Kostprobe. Die Forderungen, die der Lehrer Klaus Knöss vom Frankfurter Abendgymnasium auf Versammlungen der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft vertreten hat, erkennt der Gewerkschaftsvorsitzende Frister scharfsinnig als Teufelswerk des Kommunistischen Bundes Westdeutschland. Daß die Köpfe außerhalb und innerhalb des KBW niemals zu den selben Schlüssen kommen könnten — um diesen Nachweis bemüht er sich nicht. Frister schreibt, er könne nicht beweisen, daß Klaus Knöss im KBW oder der befreundeten „Gesellschaft zur Unterstützung der Volkskämpfe" (GUV) sei. Dann geht es forsch weiter:*

„Doch konnte dies alles für die Entscheidung des Hauptvorstandes außer Betracht bleiben. Nach den Unvereinbarkeitsbeschlüssen des DGB kommt es nicht auf die formale Mitgliedschaft in einer Organisation an, sondern ausschließlich auf die Tätigkeit für eine solche Organisation oder die Unterstützung einer solchen Organisation. Diese Tätigkeit für den KBW ist mehrfach nachgewiesen.

Im Info 2/1977 des Bezirksverbandes Frankfurt a.M. der GEW haben Sie in einem Artikel gegen das „Aktionsprogramm zur Reform des öffentlichen Dienstrechts" des DGB Stellung genommen und dabei KBW-Forderungen wiedergegeben und positiv bewertet („Abschaffung des besonderen Dienstrechts" und „Weg mit dem Beamtenrecht").

Im Info 6/76 setzen Sie sich für die damals vom KBW erhobene Festgeldforderung von 135 DM ein. Im Info 11/76 vertreten Sie dann die neue Festgeldforderung des KBW in Höhe von 170 — 190 DM. ...

Der Hauptvorstand hat auch die Frage erörtert, ob vielleicht nur zufällig KBW-Forderungen übernommen worden sind oder Gewerkschaftsforderungen vertreten worden sind, die auch der KBW aufgegriffen hat. Angesichts der Häufung der Vorgänge war es nicht möglich, Zufälligkeiten anzunehmen, und die wortgleiche Verwendung der Agitationsparolen des KBW ließ es auch nicht zu, davon auszugehen, daß sie bei Ihrer publizistischen Tätigkeit in der GEW vom Gewerkschaftsinteresse ausgegangen sind. ..."

*Der KBW sollte sich doch mal den Spaß machen, zwanzig Frister-Forderungen nachzubeten und zu sehen, wie sich der Mann aus der Gewerkschaft ausschließt. Knöss ist inzwischen an eine andere Schule, nach Nidda, versetzt worden. Sein GEW-Bezirksverband hat gegen die Versetzung und gegen den Gewerkschaftsausschluß protestiert. Jene Forderungen, die Frister wiedergibt, seien aus den verschiedensten politischen Richtungen unterstützt worden.*

Kontaktadresse: **Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft, Bleichstraße 38 a, 6000 Frankfurt 1, Tel. 0611/ 29 18 18.**

## GEKÜNDIGTE SOZIALARBEITER SETZEN SICH ZUR WEHR

Hamburg
30. Mai

Im April 1977 verweigerten Gefangene der Jugendanstalt Vierlande zehn Tage lang das Mittagessen, (s. ID 178), nachdem ein Stück Fell mit langen schwarzen Haaren im Essen gefunden worden war. Im Zuge der nachfolgenden Ereignisse wurden allen vier in der Anstalt tätigen Sozialpädagogen, die die von den Gefangenen gemeinsam getragene Essensverweigerung für berechtigt gehalten hatten, gekündigt.

Nach ihrer Klage vor dem Arbeitsgericht Hamburg stellte das Gericht am 7.12.77 fest, daß die Kündigungen nicht gerechtfertigt waren und verurteilte das Strafvollzugsamt, die Sozialpädagogen in Strafanstalten mit Ausnahme der Jugendanstalt Vierlande weiter zu beschäftigen. Das Strafvollzugsamt weigerte sich am 8.12.77 zunächst, die Sozialpädagogen zu beschäftigen. Erst als ihr mit Zwangsvollstreckungsmaßnahmen gedroht wurde, gab die Behörde den Sozialpädagogen das theoretische Thema "Sozialarbeit in Justizvollzugsanstalten" zur Bearbeitung. Dabei stellte sie ihnen frei, diese Arbeit in Bibliotheken oder zu Hause anzufertigen. Das im Sommer 77 ausgesprochene Verbot, die Hamburger Strafanstalten zu betreten oder Briefe an Gefangene zu schreiben erhielt sie aufrecht.

Am 31.1.78 drohte schließlich das Arbeitsgericht dem Strafvollzugsamt ein Zwangsgeld von täglich DM 400.-- pro Sozialpädagogen an, falls das Strafvollzugsamt auch nach dem 1.3. 78 die Sozialpädagogen entgegen dem Urteil nicht in einer Vollzugsanstalt beschäftigen würde. Ende Februar erklärte sich das Strafvollzugsamt schließlich bereit die Sozialpädagogen in der Jugendarrestanstalt Wandsbek bzw. Justizvollzugsanstalt Glasmoor zu beschäftigen. Dort sind sie derzeit noch tätig, ohne daß es zu den vom Strafvollzugsamt vorhergesagten Konflikten mit den Mitarbeitern gekommen ist.

Am 29.5. dieses Jahres fand die Verhandlung über die vom Strafvollzugsamt eingelegte Berufung gegen das Urteil vom 7.12.77 statt. Das Urteil wird am 16. Juni erwartet. In ihrer Berufungsbegründung stellt das Strafvollzugsamt über die im April 77 stattgefundene Essensverweigerung folgende "Thesen" auf:

„... *hier werde eine Form der Auflehnung geprobt, die die Jugendlichen bei einer Wiederholung in Freiheit nur in die Konfrontation mit der Gesellschaft bringen würde. Bei solch organisierten Massenaktionen werde der einzelne zur Nummer*

*innerhalb der Masse degradiert. Ihm werde das Verhalten durch eine Mehrheit aufgezwungen, die ihm befehle, was er zu tun und zu lassen habe. Die Entscheidung sei ihm selbst enthoben. Sein Handeln werde ihm vorgeschrieben. Dies habe nichts mit zu fordernder Eigeninitiative, Selbstverantwortung und Entscheidungsfähigkeit zu tun."*

**Kontakt: Thomas Eissing, Rechtsanwalt, Schäferkampsallee 45, 2000 Hamburg 6, Tel. 44 07 01**

## „WIR MÜSSEN RADIKALER SEIN ALS DIE LINKEN"

Frankfurt 30.Mai *Die beiden Frankfurter Jürgen Roth und Heiner Boehnke wohnen in der Hermannstrasse. Eben da treibt auch W.Kosbab, ein Mann mittleren Alters, sein Wesen. Er verteilt Flugblätter, pappt Aufkleber an Briefkästen oder ist zumindest für diese presserechtlich verantwortlich. Kosbab ist Mitglied der „Volkssozialistischen Einheitsparte", kurz VEP. Diese, eine neonazistische Splittergruppe von in Frankfurt vermutlich nicht mehr als dreißig Mitgliedern, grenzt sich scharf gegen andere faschistische Gruppen wie die NPD und NSDAP/AO ab, weil ihr die Vertreter dieses rechten Flügels nicht radikal genug sind. Sie versteht sich als aktive rechte Kadergruppe, die für einen einheitlichen europäischen Block eintritt – gegen die Blöcke UdSSR und USA (daher auch die Sympathie für die KPD). Die VEP beruft sich unter anderem auf Gregor Strasser und seinen Bruder, die Theoretiker des Arbeiterflügels in der NSDAP während der Weimarer Republik waren.*

*Heiner Boehnke und Jürgen Roth haben dem Volksgenossen Kosbab einen Besuch abgestattet und ihn mit gespieltem Interesse am Beitritt nach seiner Organisation und ihren Zielen befragt. Dabei ließen sie ein Tonband laufen. Im folgenden bringen wir Auszüge aus diesem Gespräch, das am 21.Mai zwischen [illegible]45 Uhr und 14 Uhr stattfand. Wir benutzen die Abkürzungen "K" für Kosbab und "RB" für Roth/Boehnke.*
*Das Tonbandprotokoll ist mittlerweile in den Händen der Frankfurter Polizei. Es dient als Hintergrundmaterial für eine Anzeige wegen "Volksverhetzung", die Roth und Boehnke gegen Kosbab wegen des verteilten Flugblattes erstatteten. Eine Reaktion auf diese Anzeige liegt bis dato nicht vor:*

K: Passen Sie mal auf. So, wir haben auch Anarchisten da. Wir neigen aber mehr zu einem libertinären Anarchismus, weil wir ja auch gegen diese Imperialismen sind.

RB: Wenn man Flugblätter verteilt, was bringt das?

K: Passen sie mal auf. Ich persönlich beispielsweise bin im Betriebsrat. Wir haben DKP-Mitglieder und KB-Mitglieder und denen sage ich oft: Ihr Idioten, ihr lauft durch die Straßen und schreit: wir sind gegen Argentinien, etc. und alles so ein Zeug. Ihr arbeitet genau in einem Sinne der unleninistisch ist. Ihr habt euch durch diese Aktionen von der Masse isoliert. Was bringts? Ganz einfach. Ich bin mehr fürs Differenzieren. Es geht um Folgendes: Wenn man sich bereit machen will, muß man erstmals provozieren, um die Leute anzusprechen. Man muß das Volk zum Denken bringen. Man muß sie zu eigenen Schlußfolgerungen bringen. Die Kommunisten sehen kaum einen Unterschied zu unserem Programm. Der einzige Unterschied ist die Geschichtsauffassung. Aber die sozialen Forderungen für die breite Masse, auch die Forderung nach Demokratie. Wir sagen bewußt, reale Demokratie und Volksherrschaft. Wir waren an Bürgerschaftswahlen in München beteiligt, haben den OB aufgestellt. Die haben auch das Schlagwort: Gegen Korruption, für reale Demokratie. Was verstehen wir unter Demokratie? Daß z.B. die Abgeordneten mit an Wahlversprechungen gebunden sind. Daß sie Rechenschaft ablegen.

RB: Die volkssozialistische Einheitsfront, aus welchen Gruppen bestehen die?

K: Zum einen aus der NSDAP-AO, um gotteswillen nein. Da ist eine harte Abgrenzung. Wir haben uns nach rechts und links abgegrenzt.

RB: Wie sind die Reaktionen auf die Flugblätter?

K: Die äußern sich, daß sie die Kontaktstellen aufsuchen und sich informieren und zum großen Teil auch beitreten.

RB: Aber wir sind doch immer noch ein verlorenes Häufchen?

K: Es kommt letzten Endes nicht auf die Größe an, sondern auf die Qualität und auf die Schlagkraft. Wir arbeiten in Gewerkschaften, wir haben Leute in den Parteien. Wir müssen noch radikaler sein als die Linken!

RB: Aber wie können wir denn kämpfen?

K: Der zweite Punkt wäre ein gewaltsamer Aufstand. Das wäre Selbstmord. Selbst wenn das ein Partisanenkrieg wäre, der sich zum Volkskrieg entwickeln würde. Das wäre Selbstmord. Und zwar deshalb: Selbst wenn das siegreich wäre, im gleichen Moment würden die Imperialisten nicht vor dem letzten Mittel zurückschrecken, der Neutronenbombe.

RB: Aber machtpolitisch richtig wäre ein Partisanenkrieg doch?

K: Richtig, richtig. Aber das wäre verantwortungslos, wenn wir das machen würden. Die dritte Möglichkeit wäre, wenn wir im nationalen Bereich harte Kader heranziehen. Darunter verstehe ich weniger Massenorganisationen, sondern mehr Leute, die im entscheidenden Moment in der Lage sind, die Massen zu führen. Das ist die nationale Seite. Und dann könnten wir das im ganzen europäischen Bereich durchziehen.

RB: Habt ihr keine Angst, daß die Polizei gegen euch vorgeht?

K: Natürlich. Der Verfassungsschutz ist genauso präsent wie bei Linken oder anderen Rechten. Wir haben auch in unserer eigenen Organisation Verfassungsschützer, die ich persönlich kenne. Die haben aber nichts in der Hand.

RB: Haben Sie Schwierigkeiten mit der Polizei?

K: Allerdings. Wenn wir verboten plakatieren, kommen wir dran. Wenn wir etwas schreiben, was gegen Gewaltparagraphen ist, ganz klar, daß es ran geht. Was denken Sie, was im einzelnen alles läuft an Prozessen. Aber wir sagen ja den Leuten nicht nur was gemacht werden muß, sondern auch wie. Die sind ja selbst daran schuld. Wir sagen: wie verhalte ich mich wenn, wie mache ich das in der politischen Arbeit.

RB: Hier gibt es ja viele Linke, gerade in dem Umkreis Nordend. Kann man was machen. Flugblätter werfen ist die eine Seite, an Briefkästen etwas dran kleben. Aber mehr?

K: Das bringts nicht. Wir haben auch erst mit Kleber gearbeitet. Also zunächst keine Kleber. Wenn es verkehrt hängt, kommen wir in verkehrten Geruch, das einzige sind Flugblätter und persönliche Kontakte, Überzeugungsarbeit und das speziell in die Linke hinein.
Wir haben viele Mitglieder der kpd-ml abgeworben! Wir lesen Strasser, wir lesen auch Marx und Lenin, auch Bakunin, auch Hitler.

RB: Mit den KZ's, ist das auch eine Lüge?

K:Wir geben jetzt ein Buch heraus, über die KZ's. Ich werde Ihnen eines sagen. Wir geben bewußt das Buch heraus. Wir streiten es nicht ab. Das wäre ja unlogisch. Sondern es ist ein Erlebnisbericht eines KZlers. Der Titel sagt schon alles. Der rote Terror im KZ.

RB: Ihr habt, hast du gesagt, einen Computerfachmann bei euch, der euch alle Informationen gibt, die ihr braucht, geht das überhaupt?

K:Ich will dir eins sagen! Wenn wir auf einen bestimmten Mann wert legen, bekommen wir den ganzen Lebenslauf. Ich weiß benahe lückenlos alles über ihn, welche Versammlungen er besucht hat etc.

RB: Ihr habt doch auch den Doku-Verlag?

K: Da haben wir Listen von allen Linken, da wird alles registriert. Ich kann euch hier Listen von allen Linken geben in Frankfurt, im Nordend, von Journalisten und Schriftstellern. Gar kein Problem. Wir werten Zeitungen und Flugblätter aus und erstellen Listen.
In unserer Partei ist kein Spitzel, den wir nicht haben wollen. Die meisten von uns, die an der Spitze sind, haben politische Erfahrungen in jeder Hinsicht. Die kennen sich untereinander so gut, daß es undenkbar ist, daß etwas schief läuft. Undenkbar... Wir haben auch Verfassungsschutz in unserer Partei. Das macht nichts, die schonen wir. Was sollen wir die rausschicken, die schicken uns dann raffiniertere. Das System hat sich bewährt.

RB: Viele seid ihr ja auch nicht?

K: Na ja, wir bringen mehr auf die Straße als die NPD. Nicht Inzucht, sondern nach draußen raus — Aktionsgemeinschaft.

RB: Wie ist es denn, wenn wir bei euch Mitglied werden wollen, wir interessieren uns schon sehr dafür, das überprüft ihr doch sicher auch. Aber wir haben gute Referenzen.

K: Wer zur Parteiwill, muß ein Jahr als Kandidat tätig sein, da wird alles überprüft von euch. Das ist hart. In der Nähe von Frankfurt haben wir ein Ausbildungszentrum, da werden Seminare abgehalten, theoretisch wie auch praktisch und militante Sachen durchgegangen.

*Fazit von Jürgen Roth und Heiner Boehnke nach diesem Gespräch: Hört auf die Stimmen derjenigen genauer, die sich militantradikal gebärden und von der Volksrevolution reden. Wer weiß, wie das Beispiel der Volkssozialistischen Einheitsfront zeigt, ob es nicht Faschisten oder gekaufte Agenten sind?*

## ANTIFASCHISTEN VERPRÜGELT

DELMENHORST
6. JUNI

*Die folgende Presseerklärung wurde von der Initiative gegen Faschismus in Delmenhorst an die Presse gesandt, dort jedoch kaum berücksichtigt.*

Am Samstag den 27. 5. 78 protestierten mehrere Hundert Antifaschisten gegen eine Kundgebung der neofaschistischen NPD. Kurz nach 12 Uhr wurden acht Antifaschisten von der Polizei festgenommen. Nachdem die Nazi-Anführer der Polizei Anweisung gegeben und auf Antifaschisten gedeutet hatten, von denen sie sich besonders gestört fühlten, handelte die Polizei prompt, schickte Greiftrupps aus und prügelte willkürlich in die Demonstranten. Deutlich war zu beobachten, wie auf die Festgenommenen heftig eingeschlagen wurde,einer von ihnen blieb benommen liegen. Er mußte nach seiner Entlassung aus dem Polizeiarrest ein Krankenhaus aufsuchen. Wegen einer schweren Gehirnerschütterung muß er dort stationär behandelt werden. Ein älterer Delmenhorster, der sich heftig gegen die Willkür und Brutalität der Polizei beschwerte, wurde heftig ins Gesicht geschlagen und mehrere Meter mitgeschleift. Der Mann bekam einen Herzanfall und mußte von den Demonstranten versorgt werden. Etwa 200 Demonstranten bildeten dann einen Demonstrationszug und forderten vor dem Polizeigebäude die sofortige Freilassung aller Festgenommenen. Nach einem Zug durch die Fußgängerzone endete die Demonstration mit einer Abschlußkundgebung in der Innenstadt. Weitere Leute, die bei dem Polizeieinsatz geschlagen oder getreten wurden, sollen sich doch bitte bei der Initiative gegen den Faschismus melden."

*Später gingen dann noch weitere Meldungen und Augenzeugenberichte ein:*

Ein Festgenommenener berichtete: „Sie prügelten gerade mit mehreren auf eine Frau ein, als ich dazukam. Ich schrie sie an und zerrte den einen am Arm. Da umringten sie mich und ich erhielt Schläge mit dem Gummiknüppel. Plötzlich hatte einer einen schweren Holzknüppel. Ich kann mich nur noch an einen dumpfen Schlag erinnern. Im Krankenhaus war ich dann vier Tage. Einem anderen wollten sie ein Messer unterschieben. Offensichtlich ein Versuch, den brutalen Polizeieinsatz zu rechtfertigen."

*Die Initiative schreibt dazu:*

„Sicherlich sind noch nicht alle Einzelheiten des Ablaufs bekannt. Meldet euch bitte, wenn ihr wichtige Fakten wißt oder interessante Fotos habt. Wir werden in nächster Zeit einen Videofilm der Vorfälle zeigen."

**Kontakt: Initiative gegen Faschismus, H.–J. Vogel, Lange Straße 7, 2870 Delmenhorst**

## WEHRSPORT HOFFMANN HAT NEUES HAUPTQUARTIER

NÜRNBERG
5. Juni 78

*Von der Aktionseinheit gegen die Wehrsportgruppe Hoffmann:*

Karl-Heinz Hoffmann, Führer der militärisch gedrillten faschistischen „Wehrsportgruppe" (siehe auch ID 158/59) hat sich ein neues Hauptquartier, ein Schloß, gekauft. Wie zu erfahren war, hat dieses halbzerfallene Gebäude 50.000 Mark gekostet. Für die Renovierung sind mindestens weitere 100 bis 200.000 Mark aufzubringen. Über die Geldgeber ist wie immer nichts zu erfahren. Das Schloß steht mitten in dem Ort Ermenreuth/ Neunkirchen. Nachdem Hoffman aus dem Almoshofener Schlößchen rausgeworfen wurde, ist dieser neue Kauf für uns eine Provokation und Herausforderung zugleich. Der Kauf wurde über die Stadt (Bezirksregierung) Bamberg abgewickelt, die angeblich von ihrem neuen Käufer nichts (!) wußte. Wo bleibt da der Verfassungsschutz, sonst hat er doch immer sehr genaue Informationen, wenn es gegen Demokraten geht.
Wir schlagen nun vor, in Ermreuth selbst und in der umliegenden Gegend eine Aktion gegen Hoffmann zu machen. Dazu stellen wir uns vor,im Großraum Nürnberg-Fürth-Erlangen zu einem Autokorso zu mobilisieren. In den umliegenden Dörfern sollen dann Flugblätter verteilt werden, um über Hoffmann aufzuklären. Gleichzeitig sollen Unterschriftenlisten gegen den Kauf des Schlosses ausgegeben werden. In Ermreuth selbst sollte dann, wenn möglich eine Demonstration laufen. Anschließend soll ein großes antifaschistisches Fest in der Nähe auf einer Wiese veranstaltet werden. Mit Musik, Essen. Beiträgen, Ständen usw.

**Aktionseinheit gegen die Wehrsportgruppe Hoffmann, Nürnberg, c/o L. Dicke, Postfach 150473, 85 Nürnberg, Tel. 374045**

## ZWEI GEWALTFREIE MÄRSCHE IM SOMMER

Juni 1978 In diesem Jahr gibt es zwei „Internationale gewaltfreie Märsche für Entmilitarisierung". Der erste beginnt am 16. Juni in San Climente de sescebes, führt über Figueras, Toroelle de Montgri, Pals, Flaga und Asco und endet am 23. Juli in Barcelona. Der zweite Marsch soll vom 27. Juli bis 10. August auf Sardinien stattfinden.

Informationen, Flugblätter, Plakate, T-Shirts gibt es bei der „Gewaltfreien Aktion", Schmale Gasse 4, 7032 Sindelfingen-Maichingen.

Die Aktion bittet außerdem um finanzielle Unterstützung. Spendenkonto: Olaf Paulsen, PSchA Stuttgart, Nr. 159 78-709, Kennwort: „Marsch in Katalonien".

## RUNDBRIEF 12 DES SEKRETARIATS DES RUSSELL–TRIBUNALS

BERLIN Juni 1978 *Daraus ist u.a. folgendes zu entnehmen:*

Folgende Kommissionen wurden eingerichtet:

„1. Zur Frage der Zensur (u.a. in öffentlichen Bibliotheken)
2. Zur Frage von Menschenrechtsverletzungen im Zusammenhang mit Strafverfahren
2a. Unterkommission der vorgenannten, die prüfen wird, ob und inwieweit Haftbedingungen Gegenstand des Tribunals werden können und müssen.
3. Eine weitere Kommission untersucht Fälle von Repressionsmaßnahmen aufgrund der Unterstützung des Russell Tribunals."

In diesem Zusammenhang wird darauf verwiesen, daß die Gewerkschaftsausschlüsse nicht durch eine spezielle Kommission behandelt werden, daß jedoch die Jury auf der nichtöffentlichen Sitzung Ende Juni zur Fertigstellung des Endberichts erneut die Diskussion über die Frage: „Steht die Praxis der Berufsverbote im Zusammenhang mit diskriminierenden Praktiken anderer Institutionenen, insbesondere von Gewerkschaften, Berufsorganisationen und Kirchen? " aufnehmen wird.
Das Sekretariat plant für Mitte oder Ende September ein Treffen der deutschen Unterstützungsgruppen, auf dem über die von der Jury auf ihrer internen Sitzung getroffenen Entscheidungen berichtet werden soll. Die Öffentlichkeitsarbeit, die bis zur zweiten Sitzungsperiode zu leisten sein wird, ist ein weiterer Diskussionspunkt.

Sebastian Cobler hat sich von der Sekretariatsarbeit zurückgezogen. Ein Auszug aus seinem Brief:

„Liebe Freunde,

mit dem Ablauf der ersten Sitzungsperiode des Russell Tribunals möchte ich meine Tätigkeit im Sekretariat beenden.

Es sind gesundheitliche und berufliche Gründe, die mich zu dieser Entscheidung veranlassen: die Arbeit während der vergangenen zehn Monate sind meiner Gesundheit nicht gut bekommen, so daß ich mich in der nächsten Zeit etwas schonen muß. ...

Mein Entschluß ist mir umso schwerer gefallen, als bei aller Belastung die Zusammenarbeit mit Euch ein eindrucksvolles und spannendes Erlebnis und eine ebensolche Erfahrung für mich gewesen sind. Mir liegt deshalb viel an den folgenden Bemerkungen:

Ich kann nicht ausschließen, daß innerhalb der Unterstützungsbewegung darüber spekuliert wird, ob möglicherweise unüberbrückbare politische Differenzen zwischen den Mitgliedern des Beirats, des Sekretariats und mir der Anlaß für meinen Rücktritt gewesen sind. Allein schon die bis heute geleistete Arbeit zeigt, daß dies nicht zutrifft, und Ihr könnt sicher sein, daß etwaige Versuche, uns gegeneinander auszuspielen oder meinen persönlichen Entschluß politisch „auszuschlachten", meine Zustimmung nicht finden werden. Es ist selbstverständlich, daß ich das Tribunal weiterhin nach meinen Möglichkeiten unterstütze.

Hierzu und zu der von verschiedenen Seiten an der Vorbereitung der ersten Sitzung geübten Kritik einige Stichworte aus meiner Sicht:

Es ist sicherlich notwendig, bei der Aufarbeitung des bisherigen Tribunalsverlaufs auf das Verhältnis von Beirat und Sekretariat zur Unterstützerbewegung einzugehen und dies zu klären. Dasselbe gilt aber auch für deren Haltung zum Tribunal.
Zum ersten ist ja vor allem und nicht zu unrecht, wie ich meine, im Zusammenhang mit dem eigenartigen Hamburger Polit-Poker der Vorwurf erhoben worden, daß dem Informationsaustausch mit der gesamten Unterstützungsbewegung bisweilen ein eher symbolischer Wert beigemessen worden ist. Dies sollte korrigiert werden, wobei mir bewußt ist - und damit spreche ich das andere erwähnte Problem an - , daß die politische Uneinheitlichkeit dieser Gruppen und ihrer Erwartungen an das Tribunal eine Kommunikation und Kooperation nicht gerade leicht machen: Soweit ich sehen, ist es doch ein mehr oder weniger unbestimmtes, ein herumtaktierendes-herumlavierendes oder ein instrumentelles, in den seltensten Fällen aber ein ungebrochenes Verhältnis, das hierzulande zu einer radikalen Verteidigung der Freiheitsrechte eingenommen wird. Daß dieses Dilemma der bundesdeutschen Linken - von den noch unentschlosseneren Liberalen ganz zu schweigen - auf die Arbeit von Sekretariat und Beirat zurückwirkt, liegt auf der Hand und kann nicht einfach selbstgefällig diesen vorgeworfen werden.
... "

Der Rundbrief 12 ist zu beziehen vom:

**Sekretariat des III. Internationalen Russell Tribunals, Ahornstr. 5, D-1000 Berlin 30.**

## RUSSELL–UNTERSTÜTZUNGSGRUPPEN TREFFEN SICH IN FRANKFURT/MAIN

*Marburg 3.6.78 Russell-Initiativen aus Frankfurt, Marburg, Köln, Hamburg, Tübingen, Karlsruhe Münster (anwesend waren auch die Sekretariatsmitglieder Diederich und Haritz) einigten sich bei einem Trefffen in Marburg darauf, daß es sinnvoll und notwendig ist, eine Arbeitskonferenz aller Russell-Unterstützungs-Initiativen zu veranstalten, um vor der internen Sitzung der Jury Ende Juni über Forderungen an die Jury und das Selbstverständnis der Unterstützer-Bewegung zu diskutieren. Eine weitere Arbeitskonferenz wird für September (nach der Jurysitzung) vorgeschlagen. In einem Brief an alle Russell-Unterstützungs-Initiativen schreiben sie:*

Wir laden Euch deshalb ein zur Arbeitskonferenz am Samstag und Sonntag, 24. u. 25. Juni 78 in Frankfurt, Fachhochschule – Fachbereich Sozialarbeit – Ffm.-Nordweststadt, Limeskorso 5, U-Bahnhaltestelle der Linie U 1 "Nordweststadt"; Beginn Samstag um 10 h bis Sonntag 14 h.

Als Diskussionspunkte schlagen wir vor:
– Zum Selbstverständnis der Unterstützergruppen (Verhältnis von Unterstützergruppen und Jury, Erfahrungen der Unterstützergruppen, Einschätzung der Menschenrechte, keine Aussparung von Menschenrechtsverletzungen), Inhaltliche Vorgaben von Unterstützern an die Jury (z.B. Gewerkschaftsausschlüsse und Haftbedingungen politischer Gefangener); Perspektiven einer allgemeinen Repressionsarbeit auch über das Russell-Tribunal hinaus (konkrete Projekte der Unterstützergruppen bis zur 2. Sitzungsperiode, Ausweitung der Unterstützerbewegung, Thematisierung weiterer Bereiche von Repression).

An der vorgesehenen Tagungsstätte sind Möglichkeiten für eine zeitweise Tagung in mehreren Arbeitsgruppen gegeben. Die Frankfurter Gruppe wird für Übernachtungsmöglichkeiten und Verköstigung nach ihren Kräften Sorge tragen. Wir bitten, Teilnehmer und Wünsche nach Schlafplätzen bei den unten genannten SCHRIFTLICH mitzuteilen. Wir bitten ferner, von Russell-Initiativen erstellte Publikationen für eine ausführliche Bibliographie mitzubringen. Eventuell mitgebrachte Positionspapiere bitte in größerer Zahl vorlegen.

Mit freundlichen Grüßen

**Kontakt: Alexander Schubart, Frankfurt, Jaspertstr. 87, Tel. 0611/ 54 06 85 und Barbara Brunn, Frankfurt, Bornwiesenweg 75, Tel. 0611/ 597 1496.**

## PLAKATE ZUM RUSSELL–TRIBUNAL GESUCHT

Göttingen
5. Juni

Aus Anlaß des im Juni stattfindenden Kunstmarkts plant die Göttinger Russell-Initiative eine Plakatausstellung zum Russell-Tribunal. Wir suchen hierfür insbesondere Plakate anderer örtlicher Initiativen zu den verschiedensten Bereichen der Repression, Aufrufplakate zu Russell-Veranstaltungen etc. Darüberhinaus sind wir an Material zum Thema "Zensur in der Kunst" das bisher weniger bekannt ist (wie z.B. das Plakat der "Zungenkuß" oder das Gedicht "Der Todesvogel" von W. Schulz) interessiert; ebenfalls zwecks Zusammenstellung einer Ausstellung. Das Material soll nach Zusammenstellung auch anderen Initiativen zur Verfügung gestellt werden. Schickt bitte entsprechendes Material an:
**"Russell-Initiative" Göttingen, c/o Buchladen Rote Straße, Rote Straße 10, 3400 Göttingen.**

## UNSER BÜRO SOLL ZERSTÖRT WERDEN

BERLIN
1. Juni

*Rechtsanwältin Ingrid Lohstöter berichtet, wie sie in den Verdacht kam, Till Meyer befreit zu haben und was ihr dabei widerfuhr:*

Am Nachmittag des 29. Mai 1978 gegen 16 Uhr sprang plötzlich ein mit einer gezogenen Maschinenpistole bewaffneter Polizist durch das mit Frauen und Kindern besetzte Wartezimmer. Er stieß die Tür zu dem Büroraum auf, und nahm an der Tür mit auf die Bürofrau gerichteter Maschinenpistole Stellung. Auf seinem grünen Umhang stand mit riesigen orangereflektierenden Lettern: Polizei. Ein Stahlhelm zierte seinen Kopf. Drei weitere ebenso gekleidete Polizisten folgten ihm, stürmten durch das ganze Büro, besetzten den hinteren Ausgang und bezogen Stellung.

Vier Zivilbeamte und zwei Staatsanwälte kamen hinterher. Mitten im Wartezimmer in Gegenwart sämtlicher Mandantinnen wurde der Durchsuchungsbeschluß verkündet. Aufgrund einer richterlichen Aussage eines Justizbeamten bestehe der hinreichende Verdacht, daß ich an der Befreiung von Till Meyer beteiligt gewesen sein soll. Die Durchsuchung würde zur Auffindung entsprechender schriftlicher Unterlagen führen. Das Durchsuchungsprotokoll mußte am Ende der Durchsuchung um 18.30 Uhr mit dem Vermerk "Durchsuchung ohne Erfolg" ausgefüllt werden. Dies gilt ebenso für meine Wohnung wie für die Wohnung meiner Eltern in Westdeutschland.

Dennoch hat der Staatsschutz bereits einen erheblichen Erfolg zu verbuchen. Sämtliche Frauen haben das Wartezimmer fluchtartig verlassen. Die Angst stand ihnen im Gesicht. Ich mußte die Sprechstunde abbrechen. Die angemeldeten Mandantinnen mußten, nachdem ihnen von mit Maschinenpistolen bewaffneten Beamten die Tür aufgemacht worden war und ihre Personalien überprüft worden waren, nach Hause geschickt werden. Nur eine Mandantin wollte sich nicht nach Hause schicken lassen. Sie war aus dem Wedding gekommen und brauchte unbedingt anwaltlichen Rat. Meine Kollegin sprach dann mit ihr, merkte aber, daß die Mandantin mit zitternder Stimme sprach und sich gar nicht konzentrieren konnte.

Als ich dann zur Durchsuchung meiner Wohnung publikumswirksam aus dem Büro abgeführt wurde, begegnete mir ein Mandant, der mir erst nach langem Zureden seine Klageschrift aushändigen wollte. Er rechnete nicht damit, daß ich fristgemäß in seiner Sache etwas tun könnte.

Die weitere Diffamierung besorgte ein Vertreter der Staatsanwaltschaft, verstärkt durch entsprechende Aufreißer der Presse, insbesondere der Springer-Presse: "Meyer-Ausbruch: Anwältin in Haft", "Die Rechtsanwältin: Heute muß sie zum Haftrichter". Dies begleitet durch den Kommentar, daß nun offenbar ein erster Erfolg bei der Fahndung nach den Befreiern Till Meyers gelungen sei. Überregional bewirkte neben der "Welt" die heutige Nachrichtensendung das gleiche.

Worauf das Ganze abzielt, ist klar. Unser Büro wird zerstört, die Mandanten verunsichert und verjagd werden. Mehrere riefen im Lauf des 30. Mai bei uns im Büro an und fragten bestürzt, was denn nun aus ihrer Sache würde. Bezeichnend ist auch, daß während der Hausdurchsuchung sich zunächst der Beamte der Kriminalpolizei bei Telefonanrufen mit "Polizei" meldete.

Zum Glück bekam ich hiervon im Gefängnis nicht viel mit. Nach meiner erkennungsdienstlichen Behandlung wurde ich zwar zur Dienststelle des Staatsschutzes gebracht, doch trotz meines Drängens nicht vernommen. Um 22 Uhr wurde ich dann in die Frauenstrafanstalt in der Lehrter Straße abgeliefert. Es ist schon ein komisches Gefühl. wenn dort, wo mir sonst als Rechtsanwältin alle Türen bereitwillig aufgeschlossen werden, sich nun Türen hinter mir verschließen und ich im Loch sitze. Nach stundenlangem Warten auf einer engen Abgangszelle wurde ich am nächsten Tag ab 12.15 Uhr vernommen. Bei der Vernehmung erfuhr ich dann, daß ein Justizbeamter ausgesagt hatte, ich hätte in der Hauptverhandlung im Lorenz-Drenkmann-Prozeß zu meinem Mandanten Gerald Klöpper gesagt: "Meyer weiß Bescheid" oder "Sag Meyer Bescheid, am Sonnabend während der Besuchszeit läuft die Aktion". Dies soll der Beamte auch vor einem Vernehmungsrichter ausgesagt haben. Selbstverständlich habe ich eine solche Äußerung nichts getan, da ich von der bevorstehenden Befreiungsaktion gar nichts wußte.

Als ich am Samstag während der Sprechstunde mit meinem Mandanten von der Befreiungsaktion von meinen Kollegen erfuhr, waren wir beide völlig überrascht und fassungslos.

Ich habe bereits entsprechende Beweisanträge gestellt, den neben mir sitzenden Verteidiger und Herrn Klöpper dazu zu hören, daß eine solche Äußerung nicht gefallen ist. Darüberhinaus muß aber auch jedem Menschen, der zu einigermaßen vernünftigen Gedanken fähig ist, klar sein, daß ich eine solche Äußerung auch deshalb gar nicht getan haben kann, da jeder im Gerichtssaal weiß, daß jedes Wort von den zahlreichen Staatsschützern mitgehört und mitgeschrieben wird und ein ungehörtes, unkontrolliertes Gespräch gar nicht möglich ist.

Ich betrachte die gesamte Vorgehensweise gegen mich als Ergebnis der geschürten Hysterie gegen Anwälte im allgemeinen und Frauen im besonderen. Dies alles ist eine gezielte Aktion, um mich als Verteidigerin von Herrn Klöpper im Lorenz-Verfahren auszuschließen und die Vertrauensverteidigung erneut zu sabotieren. Gerade aber auch als Frau war und bin ich

ein gefundenes Fressen für eine Hetzkampagne, da ja die Befreiungsaktion auch von Frauen durchgeführt worden und dann natürlich auch eine Frau als Fahndungserfolg präsentiert werden muß.

Jetziger Stand: Seit dem 30. Mai 1978, 17 Uhr, bin ich wieder auf freiem Fuß. Die Staatsanwaltschaft hat nicht den Erlaß eines Haftbefehles gegen mich beantragt. Gegen den Vertreter der Staatsanwaltschaft, der dies bereits am Tag zuvor als feststehende Tatsache mitgeteilt hatte, werde ich Schmerzensgeld wegen Rufmordes geltend machen. Weiter werde ich gegen den Justizbeamten eine Strafanzeige erstatten.

Sollte tatsächlich versucht werden, so bereits dem "Tagesspiegel" vom 1. Juni 1978 zu entnehmen, mich von der Verteitigung auszuschließen, werde ich mich dagegen energisch wehren. Mein Mandant und ich werden es nicht hinnehmen, wenn seine Verteidigung quasi als Strafe für die Befreiung von Till Meyer behindert werden soll.

**Ingrid Lohstöter, Kottbusser Damm 72, 1000 Berlin 61, Rechtsanwältin.**



Berlin, 31.5.78

*Zu den Beschuldigungen gegen Frau Lohstöter und zu ihrer Verhaftung schreiben Berliner Frauengruppen:*

Eigentlich hätten die genannten Vorwürfe nicht für eine Festnahme ausgereicht, da aber die Befreiung angeblich von Frauen unter Benutzung von gefälschten Rechtsanwältinnenausweisen durchgeführt wurde, mußten die unter Zugzwang stehende Strafverfolgungsbehörden als raschen Fahndungserfolg ebenfalls eine Frau vorweisen. Die willkürliche Festnahme und die damit einhergehende Diffamierung in den Massenmedien sollen eine schwere Beeinträchtigung Frau Lohstöters Berufsausübung bewirken.

In ihrer Arbeit im Rechtsanwältinnenbüro engagiert sie sich besonders für Frauen. Sie vertritt z.B. viele Frauen, die von "Notruf und Beratung für vergewaltigte Frauen" betreut werden, in Vergewaltigungsprozessen. Frau Lohstöter arbeitet auch im Berliner Frauenhaus mit. Durch die diffamierenden Schlagzeilen befürchten wir eine Verunsicherung ihrer Mandantinnen, z.B. der mißhandelten Frauen. Das bedeutet eine konkrete Belastung unserer tagtäglichen Arbeit, weil wir seit langer Zeit gut mit Frau Lohstöter zusammenarbeiten und es wenige Rechtsanwältinnen gibt, die sich in vergleichbarer Weise für die Belange von Frauen einsetzen. Wir sind nicht gewillt, eine derartige Beeinträchtigung unserer Arbeit hinzunehmen. Wir protestieren gegen diese Art von Diffamierung und Kriminalisierung, die auch die gesamte Frauenbewegung betrifft, aufs schärfste.

Frauenhaus Berlin, Notruf und Beratung für vergewaltigte Frauen, Frauenzentrum Berlin, Feministisches Frauengesundheitszentrum Berlin.

## HANNA KRABBE IM DURSTSTREIK

KÖLN OSSENDORF
27. Mai

*Erklärung von Hanna Krabbe, die in Köln-Ossendorf isoliert gefangengehalten wird:*

Ich werde nach wie vor isoliert. Während des letzen 5-wöchigen Hungerstreiks hat die Anstaltsleitung erklärt, ich könnte 'sofort nach Abruch des Streiks wie alle Gefangenen des Hauses am allgemeinen Hofgang und Aufschluß teilnehmen' (Loth am 6.4.).

Allein die Erinnerung daran hat mir den Abruch eines Besuchs eingebracht, wegen — so hieß es jetzt — 'grob verzerrender Darstellungen'.

Was dagegen zynischerweise vom Staatsschutz als 'Integration' bezeichnet wird, ist folgendes:

Nach Abruch des Streiks wurde ich nach Haus 15 verlegt, dessen untere Etage vollständig leergeräumt war. Alle Jugendlichen waren rausgeschafft und Frauen, die noch mehr als paar Wochen abzusitzen hatten, nach Willich verlegt. Bis heute sind die Hälfte der Zellen nicht belegt. Sieben leere Zellen bilden eine der Isolationsschichten, mit der ich von den anderen Gefangenen getrennt werde. Gefangenen wurde von den Bullen geraten, besser nicht mit mir zu reden, weil das den Entzug von Urlaub oder anderen sogenannten Vergünstigungen nach sich ziehen könnte. Jede Gefangene, die mit mir spricht, wird registriert. Nach wie vor ist der Flur leergeräumt, werden die Gefangenen im Haus eingeschlossen, wenn ich aus der Zelle komm, zum Beispiel zum Duschen. Um überhaupt am Hofgang teilnehmen zu können, muß ich mich vorher durchsuchen lassen, hinterher nackt ausziehen. Zusätzliche Provokationen durch weitere Kontroll- und Umziehmaßnahmen sind an der Tagesordnung. Die Erwähnung der Haftbedingungen bei Besuchen oder im Briefverkehr wurde untersagt. Bis heute ist mir die Teilnahme am allgemeinen Aufschluß verboten. Auch die 'Beobachtung', die seit dem 18.10. läuft ist nicht aufgehoben.

Nachdem auch jede Anfrage meinerseits in Bezug auf die Realisierung der früher gemachten Zusagen ohne Reaktion bleibt, bin ich am 26. Mai in den Durststreik getreten. Ich fordere die endgültige Aufhebung der Isolation. Teilnahme am Hofgang und am Aufschluß unter denselben Bedingungen, die für alle anderen Gefangenen gelten.
oder

die Zusammenlegung mit anderen Gefangenen aus der RAF.

Hanna Krabbe

## BETRIFFT: HUNGERSTREIK

*Frankfurt*
*5. Juni*

*Ein Gefangener aus einem deutschen Knast schickte uns den folgenden Brief:*

Betr.: Hungerstreik
ab heute trete ich in einen unbefristeten hungerstreik. bei meiner gestrigen zellenrevision wurden u. a. ein buch, das mir im untersuchungsgefängnis vom untersuchungsrichter genehmigt wurde und ein schnellhefter mit adressen beschlagnahmt. in der 3 1/4 std. kontrolle wurde meine zelle total auf den kopf gestellt und nur schreibsachen beschlagnahmt. den hungerstreik breche ich ab, wenn ich meine sachen wiederhabe. meine arbeit in der küche kann ich durch den hungerstreik nicht verrichten und wünsche außer einer freistunde an der frischen luft ganztags unter verschluß zu sein.

mit der ihnen gebührenden hochachtung

## GEFANGENEM WIRD MIT PSYCHATRISIERUNG GEDROHT

Bochum 6. Juni — Der Gefangene Norbert Fleschmann, der in der Justizvollzugsanstalt Bochum in Strafhaft sitzt, ist wegen Beleidigung der Bediensteten der JVA Bochum angeklagt. Den Strafantrag stellte der Anstaltsleiter Berg. Anlaß war ein Brief, den Fleschmann 1977 geschrieben hat. Darin bezeichnete er die ärztliche Versorgung in der JVA Bochum als miserabel, teilte mit, er habe Strafantrag gegen den Arzt dieses "Kazett's" gestellt und verglich die Führung der Anstaltsleitung mit der eines Nazi-Regimes.

In einer Hauptverhandlung vor dem Amtsgericht in Bochum-Wattenscheid im Februar 78 versuchte Norbert F. auf Mißstände in der JVA Bochum hinzuweisen. Weder Richter noch Staatsanwalt schienen von seinen Äußerungen beeindruckt und zeigten sich empört über den Versuch, den fortschrittlichen Strafvollzug in die Nähe der längst vergangenen Kazett-Praktiken zu rücken.

Das Gericht hielt es für nicht ausgeschlossen, daß Norbert F. ein Querulant sei. Er solle zunächst mal auf seine strafrechtliche Verantwortlichkeit im Landeskrankenhaus Eickelborn (bei Lippstadt) untersucht werden. Noch ist dies nicht geschehen. Norbert F. sitzt weiter in Bochum und ist den Repressalien ausgeliefert , mit denen kritische Gefangene unterdrückt und gebrochen werden sollen.

Zeitungen werden angehalten, sein Urlaubsantrag wird abgelehnt (da der Gefangene nicht an der Erreichung des Vollzugsziels arbeitet), er wird laufend in andere Abteilungen verlegt, um Kontakte zu anderen Gefangenen zu verhindern, Briefe nach draußen - auch an den ID - die für ihn lebenswichtig sind, werden wegen darin enthaltener "beleidigender Äußerungen" zurückgehalten. Norbert F. hat bisher mit einem Hungerstreik, den er im Mai beendete, versucht ein Ende der repressiven Behandlung durchzusetzen.

**Kontakt: Norbert Fleschmann, JVA Bochum, Krümmede 3, 4630 Bochum 1**
**Sein Anwalt ist: Horst Korte, Friedrich-Ebert-Str. 149, 3500 Kassel**

## ERMITTLUNGSVERFAHREN ZUM TOD VON JAN–CARL RASPE EINGESTELLT.

FRANKFURT 1. Juni — Am 18. April 1978 stellte die Staatsanwaltschaft des Landgerichts Stuttgart das Ermittlungsverfahren wegen des Todes von Jan-Carl Raspe ein. Jetzt hat der Frankfurter Anwalt Weidenhammer für die Mutter des Toten dagegen Beschwerde eingelegt.

In der Beschwerdeschrift wird unter anderem auf Äußerungen des Herrn Filbinger, dokumentiert in der BILD-Zeitung, verwiesen, wonach "diese Kriminellen . . . im Interesse unserer Gesellschaft rasch unschädlich gemacht werden", und auf Berichte, wonach "eine kleine Gruppe hoher Beamter" die Exekution von Untersuchungsgefangenen "durchgespielt" haben soll.

Dann folgt ein Absatz besonderer sprachlich-juristischer Ausformung, den wir ungekürzt wiedergeben:

"Diese Umstände sind insgesamt geeignet, Zweifel bei der überwiegend ungläubigen aber kritischen in- und ausländischen Öffentlichkeit in das vorgelegte Untersuchungsergebnis zu wecken. Andererseits mag es einigen Gläubigen in diesem unserem Land erscheinen, als habe Bundesinnenminister Prof. Dr. Maihofer, unmittelbar nach dem Tod der Stammheimer Untersuchungsgefangenen, ausweislich seiner öffentlichen Bekundungen, es handle sich um Selbstmorde, das Ergebnis der kriminaltechnischen und gerichtsmedizinischen Spurensicherung kraft göttlicher Eingebung — wie in einer antiken Tragödie — vorhersehen können. Die vorgeschilderten Ungereimtheiten legen es im Interesse einer vollständigen Aufklärung nahe, anzuregen, Herrn Mininsterpräsident Dr. Filbinger, sowie Herrn Bundesinnenminister Prof. Dr. Maihofer als sach- und fachkundige Zeugen zu vernehmen".

*Kontakt: RA Weidenhammer, Meisengasse 11, 6 Frankfurt am Main 1, Tel.: 0611/287759*

## GÜNTER SONNENBERG SOLL NICHT LESEN, WAS ER SELBST GESCHRIEBEN HAT

*Stuttgart 31. Mai — Der ID Nr. 230, in dem Auszüge aus Briefen von Günter Sonnenberg und Auszüge aus einer Presseerklärung seines Anwalts veröffentlicht waren, konnte dem Gefangenen Sonnenberg nicht ausgehändigt werden. Das Oberlandesgericht Stuttgart gab folgende Gründe an:*

"Unter der Überschrift: Situation von Günter Sonnenberg werden zwei Briefe des Angeklagten wörtlich zitiert. In beiden Briefen sind grob unrichtige Darstellungen der Anstaltsverhältnisse enthalten. Die Briefe stimmen wörtlich mit solchen Briefen überein, die im Rahmen der Postzensur dem Se[illegible] vorgelegt wurden und die entweder dem Angeklagten zurückgegeben wurden oder über deren Weiterbeförderung noch nicht entschieden ist. Es geht nicht an, diese Äußerungen des Angeklagten nunmehr gedruckt in einem "Info" in die Anstalt gelangen zu lassen. Die Anstaltsordnung steht dem entgegen..."

*Dazu schreibt der Anwalt Günter Sonnenbergs, Philipp Heinisch:*

"... habe ich die Verfügung des 5. Strafsenats vom 22.5. 78, die mir am 29.5.78 zugegangen ist zur Kenntnis genommen. Ich habe mir daraufhin ein Exemplar des beanstandeten Informationsdienstes vom 20.5.78 besorgt und festgestellt, daß das dort zitierte Schreiben vom 29.4.78 einer Strafanzeige entnommen ist, die ich am 10.5.78 bei der Staatsanwaltschaft beim Landgericht Berlin im Auftrage von Günter Sonnenberg gegen den Leiter der Haftanstalt Stuttgart-Stammheim, Herrn Maschewski sowie zwei unbekannte Bedienstete der JVA Stuttgart-Stammheim erstattet habe. Auch der Text aus dem Schreiben vom 17.4.78 entspricht dem, was mir mein Mandant anläßlich einer Haftrücksprache mitgeteilt hat. Ich nehme mit Verwunderung zur Kenntnis, daß diese Informationen eine grob unrichtige Darstellung enthalten..."

**Kontakt: Philipp Heinisch, Magdeburger Platz 2, 1000 Berlin 30, T. 030/ 262 20 23**

## SINNLOSE MENSCHENDEPONIE IM „RECHTSSTAAT"

DIEZ 30. MAI — *Diesen etwas gekürzten Bericht erhielt der ID aus der JVA Diez. Er wurde von etwa 40 Gefangenen unterschrieben.*

„. . . wir möchten insbesondere auf die Praxis § 3 StVollzG (Strafvollzugsgesetz) eingehen, der klar zum Ausdruck bringt, daß das Leben im Vollzug den Lebensbedingungen (es fehlt: draußen, ID) angeglichen werden solle, schädlichen Folgen des Strafvollzuges entgegenzutreten sei und Hilfe zur Eingliederung in das Leben in Freiheit geleistet werden solle. Am Beispiel der Gefangenen Meitzner, Erik und Ganzauge möchten wir beweisen, daß die Verwirklichung des neuen Strafvollzugsgesetzes nicht stattfindet:

Meitzner ist ca. 40 Jahre alt und bereits seit über 10 Jahren in Haft. Der 2/3 Zeitpunkt seiner 15-jährigen Haftstrafe ist längst überschritten. Mit einer vorzeitigen Entlassung ist nicht zu rechnen, da Meitzner anschließend in eine psychiatrische Klinik eingewiesen wird. Meitzner ist seit Jahren nicht mehr realitätsbezogen und vegetiert ohne Beachtung jeglicher Menschenwürde dahin. Seine Zelle gleicht eher einer Hundehütte. Nachts wird er von unbekannten Stimmen verfolgt und brüllt deshalb laut auf. In der Hofstunde starrt er geistesabwesend in die Luft, worüber sich Gefangene, aber auch insbesondere Beamte lustig machen. Meitzner wird nicht nur verwahrt, sondern bis zu seinem Strafende wie Müll deponiert. Früher war Meitzner ein guter und beliebter Arbeiter. Heute kann er durch seine haftbedingten psychischen und physiologischen Schäden keine Arbeiten mehr ausführen, denn die Anstalt will und braucht nur gesunde, vollwertige Gefangene, die sie ausbeuten kann. Wegen seines abnormen Verhaltens wurde Meitzner vor kurzem von den anderen Gefangenen abgesondert und im Anstaltslazarett deponiert. Er wurde hauptsächlich deshalb abgesondert und ins Revier verlegt, weil er immer mehr zum Störfaktor wurde und den von der Anstalt gewünschten Vollzugsablauf behinderte. Meitzner gehört nicht mehr in einen Knast, sondern in eine freie und für ihn rehabilitierende Gemeinschaft, die ihm hilft, langsam wieder zu sich selbst zu finden und die durch seine lange Haft entstandenen psychischen Schäden, soweit es überhaupt noch möglich ist, abzubauen.

Erik, 28 Jahre alt und schon seit 5 Jahren in Haft, sieht mit geringen Abweichungen dem gleichen Schicksal entgegen. Erik ist stark vereinzelt und schizophren. In seiner Gedankenwelt zählen nur noch magische, außerirdische Kräfte, mit deren Hilfe er verzweifelt tote Mäuse und Ratten zum Leben erwecken will; er sammelt Papierschnitzel und legt sie säuberlich zu undefinierbaren Bildern zusammen und behauptet Mitgefangenen und auch Beamten gegenüber, daß diese Papierschnitzel Waffen darstellen, die durch die Sonnenstrahlen ihre Wirksamkeit erhalten. Vor längerer Zeit erkletterte Erik einen Mast und zertrümmerte einen daran befestigten Beobachtungsspiegel. Dafür wurde Erik mit monatelanger Isolation bestraft. Auch lief er schon nackt während des Spaziergangs herum. Das alles ist der Anstalt bekannt, doch die Beamten machen sich nur darüber lustig.

Als letztes möchten wir Heinz Ganzauge anführen. Ganzauge ist 46 Jahre alt, wurde zu einer lebenslänglichen Freiheitsstrafe verurteilt und hat bereits 35 Jahre davon verbüßt. Bis vor wenigen Jahren war Ganzauge noch so normal wie Meitzner und Erik, doch heute ist er ein menschliches Wrack. Er vegetiert in einer total verwahrlosten und verschmutzten Zelle dahin, das Fenster tag und nacht mit einer Decke verhangen. Heinz kann sich nur schwer verständlich machen. Er weiß längst nicht mehr, wieso er im Knast ist und ist wie die beiden anderen nicht mehr realitätsbezogen. Vorige Woche z. B. hatte Heinz keinen Kaffee mehr um sich etwas zu trinken zu machen. Zirka 10 Minuten schrie er in seiner Zelle herum, wobei er die Anstalt als auch sich selbst beschimpfte. So ging das eine Zeit lang und keiner von den diensthabenden Beamten suchte Ganzauge auf. Plötzlich zertrümmerte er sein Zellenfenster. Daraufhin erschienen mehrere Beamte und brachten Ganzauge in die B-Zelle (Beruhigungszelle), wo er dann 2 Tage saß. Die Anstaltsleitung, der Fürsorger, der Arzt, der psychologische Dienst, der Pfarrer und die Beamten kennen ihn und seinen unverantwortlich kranken und vollkommen zerstörten Zustand. Doch wird nicht das geringste unternommen, um ihn wie auch Meitzner und Erik langsam wieder zu rehabilitieren und somit zu helfen, wie es u. a. der § 3 des Strafvollzugsgesetzes vorsieht. Anstaltsintern wird nicht das Geringste unternommen, denn solche Leute gehören bereits zum Hausinventar.

Kurse und Lehrgänge sind nur für wenige gedacht, denn nicht jeder kann daran teilnehmen. (Die Teilnahme an diesen Kursen wird als Belohnung für besonders williges Verhalten nur vollzugsgerechten Gefangenen genehmigt, ID) Die Masse bleibt sich selbst überlassen und lebt einen sinnlosen Strafvollzug, in dem sie nur ausgebeutet und verwahrt werden, bis sich eines Tages die Tore wieder öffnen. Besonders die Langstrafigen haben Angst vor einer Zukunft, wenn man bedenkt, was der Strafvollzug aus Menschen macht, ist das nicht verwunderlich. Wir wehren uns gegen die Gleichschaltung und gegen die Erziehung zum Jasagertum, die uns doch nur lebensuntauglich macht."

**Kontakt: Günter Völker, Limburgerstr. 122, 6252 Diez/Lahn**

## IM KNAST ERHÄNGT: HELMUT SCHWANK

FREIBURG
8. Juni

Helmut Schwank ist tot! Was wir über ihn wissen ist wenig: Er starb am 3. Mai in der Vollzugsanstalt Freiburg. Er erhängte sich an einem Stromkabel der Deckenbeleuchtung in der Beruhigungszelle.

Die Unterbringung in eine Beruhigungszelle kann angeordnet werden, wenn „nach dem Verhalten eines Gefangenen oder aufgrund seines seelischen Zustandes in erhöhtem Maße Fluchtgefahr oder die Gefahr von Gewalttätigkeiten gegen Personen oder Sachen oder die Gefahr des Selbstmordes oder der Selbstverletzung besteht" (§ 88, Strafvollzugsgesetz). Für einen solchen Fall ist nach § 88, Absatz 5 „die Unterbringung in einem besonders gesichertem Haftraum ohne gefährliche Gegenstände" vorgesehen. Wie konnte es geschehen, daß S Schwank sich in einem derart gesicherten, zur Beruhigung vorgesehenen Raum das Leben nehmen konnte. Wir hören über das vorausgegangene: Helmut Schwank habe das Essen zurückgewiesen und dem Psychologen, der ihn deshalb sprechen wollte durch einen Aufsichtsbeamten ausrichten lassen, daß er ihn am Arsch lecken könne. Daraufhin soll sich der Psychologe se selbst zu Schwank in die Zelle begeben haben. Der Aufforderung, mitzukommen, habe Schwank ohne Weiteres Folge geleistet. Als er sich außerhalb der Zelle plötzlich von Aufsichtsbeamten umringt sah, habe Schwank für alle Umstehenden gut verständlich geäußert:„Dies ist das Letzte, was ihr von mir seht!"

Unklar ist, ob Schwank daraufhin in eine Arrestzelle gebracht wurde, ob es sich dabei um eine Disziplinarmaßnahme handelte, oder ob Schwank zur Beruhigung seiner selbst in eine sogenannte Beruhigungszelle gebracht wurde. Voraussetzung für die Verhängung des Arrests sind nach § 103 Strafvollzugsordnung „schwere oder mehrere wiederholte Verfehlungen, solche die die äußere oder innere Sicherheit durch Gewalttätigkeiten gefährden". Wir fragen, welche Sicherheit denn durch Schwank gefährdet war. Nach § 107, Absatz 2 unterbleibt der Vollzug des Arrests oder wird zumindest unterbrochen, wenn die Gesundheit des Gefangenen gefährdet ist. Wir hören, Schwank sei schwer herzkrank gewesen, habe außerdem während der Haftzeit bereits einen Selbstmordversuch unternommen, in dem er sich in das Treppenhaus stürzte. Dabei soll er sich trotz der Netzsicherung an einem Lampenkörper erheblich verletzt haben. Er habe deshalb Beruhigungsmittel bekommen.

Genaueres wissen wir nicht, aber wir meinen, daß es berechtigt ist zu fragen und eine Öffentlichkeit herzustellen über diese Vorgänge in der Freiburger Vollzugsanstalt und die Umstände des Todes von Helmut Schwank.

*Die Menge der Schaulustigen stob auseinander. Einer wurde von hinten gepackt, geschlagen und mit den Worten: „So hau ab!" ins Gesäß getreten. Als dieser aber sah, daß eine Bekannte von den Polizeibeamten zusammengeschlagen blutend und schreiend auf dem Boden lag, ging er zu den Polizisten hin und bat sie, sie sollten doch die Frau in Ruhe lassen. Sofort packte ihn ein Beamter und schleifte ihn etwa 80 Meter zu einem Mannschaftswagen. Dort sah er, wie die Frau mit blutverschmiertem Gesicht an einem Wagen stand und weinte. Er forderte nun die Polizisten auf, der Frau zu helfen. Aber ein Beamter antwortete nur: „Ja und, die ist vielleicht gefallen." Sie kippte vorn über, worauf die Polizisten erneut auf sie einschlugen.*

*Sieben Personen wurden festgenommen und zur Wache gebracht. Alle wurden nach übereinstimmenden Aussagen willkürlich aus der Menge herausgegriffen und keiner hatte irgendetwas mit den Werfern zu tun. Auf der Wache verteilte man sie auf zwei Räume. Zwei wurden im Treppenhaus nochmal verprügelt. Im Büro fragte dann ein Motorradpolizist, wer „die Scheiße geworfen" hätte. Als der Gefragte erwiderte, er wisse es nicht, trat ihn der Beamte mit seinen Motorradstiefeln ans Bein. Darauf kamen einige Polizeibeamte ins Zimmer. Einer hatte eine Jauchetüte und einen Plastikhandschuh in der Hand. Er zog ihn über, sagte: „So, damit ihr mal seht, wie das ist, wenn man draußen steht", und schmierte drei Festgenommenen die Jauche ins Gesicht, wobei er einen fünf oder sechs mal mit dem Kopf gegen eine Fensterscheibe stieß. Einem anderen wurde der ganze Beutel auf den Kopf geschlagen, sodaß dieser zerplatzte und die Brühe über dessen Gesicht lief.*

*Alle wurden hierauf erkennungsdienstlich behandelt und danach entlassen. Keiner von den Mißhandelten leistete Widerstand. Bei der Frau wurde im Krankenhaus eine Nasenprellung festgestellt. Ihre Schneidezähne waren der Länge nach gespalten.*

Gegenüberstellung nicht alle geladenen Polizisten, die am 9. 3. Dienst hatten, erschienen. Bereits vor Beginn der Gegenüberstellung räumten Staatsanwalt Wonschik und Kripo-Sachbearbeiter Golcz ein, daß bei einer solchen Veranstaltung erfahrungsgemäß mit einer Ausfallquote von bis zu 20 % gerechnet werden müsse (Krankheit, Urlaub, Auslandsaufenthalt, Versetzung, dienstliche Verhinderung von Beamten, Zeugentätigkeit bei Gerichten u. ä. ).

Wieviele der geladenen und als Täter in Betracht kommenden Polizisten tatsächlich erschienen waren, wurde nicht bekannt. Zu der Gegenüberstellung hatte nicht der Staatsanwalt, sondern nur die Kriminalpolizei geladen. Eine gesetzliche Pflicht gibt es jedoch bei einer solchen Ladung nicht. Nur der Staatsanwalt kann einen auf seine Ladung nicht erschienenen bzw. nicht genügend entschuldigten auch zwangsweise vorführen lassen. Ob eine weitere Gegenüberstellung mit sämtlichen bisher nicht erschienenen Beamten vorgesehen ist, wurde gleichfalls nicht bekannt."

**Kontakt: Rechtsanwälte Schmale / Lütkes / Hartmann, Hauffstr. 1, 5000 Köln 30, Tel.: 0221 / 55 81 93**

## BREMER STUDENT IN DER TÜRKEI VERHAFTET UND GEFOLTERT

BREMEN 17. Mai — Der Bremer Student Wolfgang Kapp hatte vor, im April/Mai in der Türkei Material für eine Diplomarbeit über die gesellschaftlichen Probleme der Türkei zu sammeln. Er flog hin und wanderte unter anderem mit einem Schulinspektor durch die Dörfer in den kurdisch sprechenden Distrikten. Dort bekam er Kontakt zu der Bevölkerung, die ein autonomes Kurdistan wünscht.

Am 8. Mai konnte Wolfgang Kapp in Richtung Deutschland zurückfliegen.

*Auf einer Pressekonferenz am 29. Mai mit Jürgen Roth hat Wolfgang Kapp deutschen Pressevertretern in Frankfurt von den Praktiken der türkischen Behörden berichtet.*
*- Ausführlichere Informationen bekommt ihr bei ihm:*
**Wolfgang Kapp, 2121 Betzendorf, Haus 21.**

## MEINEIDSPROZESS IN MARBURG – ODER DIE REPRESSION KRIEGT KINDER

Marburg 5. Juni — Lang, lang ist's her, die Amtsenthebung des Marburger AStA wegen der Wahrnehmung des politischen Mandats im Wintersemester 75/76. Zahlreiche Strafverfahren haben in diesem Zusammenhang stattgefunden, in denen von Uni-Präsident Zingel auf der einen und der Marburger Justiz auf der anderen Seite versucht wurde, den Widerstand gegen die politische Entmündigung der verfaßten Studentenschaft durch das Herausgreifen und Kriminalisieren Einzelner zu zerbrechen.

Diese Prozeßserie ist nun zu Ende, von 30 Strafverfahren wurden 26 eingestellt. 'Nur' vier Studenten wurden wegen Nötigung, Widerstand gegen die Staatsgewalt und Körperverletzung (ein verstauchter Polizeifinger) zu Geldstrafen verurteilt. Allerdings scheint die Marburger Staatsanwaltschaft mit dieser Bilanz nicht so recht zufrieden zu sein. Der erste und spektakulärste Prozeß aus diesem Gesamtzusammenhang erfährt in Kürze eine makabre Fortsetzung, weitere können sich daraus ergeben.

schließen (ld 104). Den einzigen zentralen Komplex, in dem genügend Platz war, stellte damals das Studentenhaus mit Mensa und Clubräumen dar. In einem dieser Clubräume fand am 26.11.75 eine Beratung des 'Aktionsbündnisses' (Vorläufer der Basisgruppen) statt, an der rund 200 Studenten teilnahmen. Während der Diskussion fiel aufgrund seines Äußeren und seines Alters ein Typ auf, der in einer Ecke saß und mitschrieb. Almut forderte ihn auf, sofort aufzuhören und zu erklären, was und warum er mitschreibe. Er weigerte sich mit der Bemerkung, es sei sein Beruf mitzuschreiben. Auf diese provokatorische Bemerkung hin wurde er aufgefordert, sich als Journalist etc. auszuweisen oder den Raum zu verlassen. Er lehnte dies mit der Begründung ab, daß niemand von den Anwesenden legitimiert sei, seinen Ausweis zu verlangen, er werde sich aber ausweisen, wenn die betreffende Studentin dies ihm gegenüber auch tue; sie sei nämlich in Frankfurt immatrikuliert und ihm von dortigen Vorlesungsstörungen her bekannt. Damit war allen klar, daß es wichtig war seine Identität festzustellen. Da er sich noch immer weigerte, wurde er aus dem Raum gedrängt, wobei ihm dann ein Briefumschlag, den er unter den Arm geklemmt hatte, abhanden kam.

Dieser ganze Vorgang ist unstrittig bis auf den Punkt des Mitschreibens. Obwohl in der Berufungsverhandlung mehrere Zeugen dies bestätigten, erhob die Staatsanwaltschaft in dieser Frage Anklage wegen MEINEID gegen den Studenten Klaus-Peter. (Gegen REUMANN wäre dies logischer gewesen!)

Auf Meineid steht Gefängnis zwischen 1 und 5 Jahren, Bewährung gibt es nur unter ganz bestimmten Umständen. Gegen diese Anklage, die auf völlig einseitiger Ermittlungstätigkeit der Staatsanwaltschaft und der Unterstellung der alleinigen Glaubwürdigkeit Reumanns beruht, hat der Verteidiger (RA Peter Becker) Widerspruch mit dem Antrag auf Nichtzulassung zur Hauptverhandlung eingelegt. Die Staatsanwaltschaft hat darauf gegen einen der wichtigsten Zeugen aus der Beru-

*In der Badischen Zeitung erschien eine Todesanzeige:*

**Nachruf.**

**So leget nun ab alle Bosheit,**
**und allen Betrug,**
**und Heuchelei und Neid**
**und alle üble Nachrede (1. Petrus 2, I)**
**Wir trauern um unseren Kollegen Helmut Schwank**
**Die Gefangenen der Vollzugsanstalt Freiburg**
*Kontakt: Traute Hensch, Schwabentorring 12, 7000 Freiburg.*

## GENERAL ERNESTO GEISEL WAR IN DER BRD JETZT WIRD ERMITTELT

KÖLN
30. MAI

*Als der brasilianische Präsident General Ernesto Geisel am 9. März wegen der Absicherung des 1975 geschlossenen Atomvertrages in Köln weilte (man erinnere sich: damals schloß die BRD mit Brasilien einen 12 Milliarden-Vertrag über 8 Kernkraftwerke, eine Wiederaufbereitungsanlage und eine Anreicherungsanlage; nebenbei gesagt: Brasilien hat den Atomwaffensperrvertrag nicht unterzeichnet), an diesem Tag fand eben deshalb in Köln eine Demonstration statt. Nach der friedlich verlaufenen Kundgebung zogen einige Teilnehmer zum Kölner Gürzenich, um die Ankunft General Geisels zu erwarten. Als der Konvoi, geschützt von etwa 30 Polizisten an den Schaulustigen, worunter auch die Demonstrationsteilnehmer waren, vorbeifuhr, flogen plötzlich aus den hinteren Reihen Jauchebeutel auf die Straße. Keiner jedoch zerplatzte. Nachdem der Wagenzug passiert hatte, stürmten die Polizeibeamten los.*

***Eine der Verhafteten beschreibt in einem Brief, wie die Polizei die Untersuchungsarbeit betreibt:***

„Am 16. 5. bekommt meine Mutter eine Vorladung (ohne Akt.-Geschäfts.Zeichen), um bei ihrer hiesigen Polizeiwache „zur Personenfeststellung ihrer Tochter" zu kommen. Fertig! Aus! Obwohl einiges gewohnt, waren meine Eltern jetzt stark beunruhigt und dachten an Schlimmstes. Wie das so ist: brave und solide, bürgerliche Leutchen, Arbeiter, die sich nie etwas haben zu Schulden kommen lassen. Und schon gar nicht mit Polizei. Eine Nacht, wenn nicht zwei, haben sie bestimmt vor Aufregung nicht schlafen können. Ich riet meiner Mutter, nicht hinzugehen, weil ich immerhin volljährig und mit eigenem Paß, meine Person selber nachweisen kann. Meine Mutter jedenfalls ging doch und fiel auch bald in Ohnmacht, als man ihr die Polizeifotos von mir vorlegte. „Kind, wie siehste da bloß aus, wie ein Schwerverbrecher" (Kommentar meiner Mutter). Die Polizei fragte sie, ob ich die und die wäre und meine Mutter bestätigte es und fragte dann höflich, was das denn alles solle. Man antwortete: „Bei derartigen Verfahren (Landesfriedensbruch) muß die Person durch Dritte festgestellt werden." Die Eltern der anderen acht bekamen auch Vorladungen."

***Zur Gegenüberstellung hat das Kölner Anwaltsbüro Schmale / Lütkes / Hartmann eine Pressemitteilung herausgeben, aus der wir zitieren:***

„Drei der Zeugen erkannten übereinstimmend denjenigen Beamten wieder, welcher in einem Büroraum mit Schlägen und Tritten mit Motorradstiefeln mißhandelt hatte, der vierte damals in diesem Raum anwesende Zeuge, der stark kurzsichtig ist, erkannte ihn nicht wieder – er hatte allerdings damals, als er zuvor unter Prügeln und Haarezerren verhaftet worden war, seine Brille verloren. Einige weitere Beamte wurden wiedererkannt, allerdings keiner der drei Polizisten, die unmittelbar an der Fäkalienschmiererei beteiligt waren. Freilich waren zu der



Am 27. April wurde er von der türkischen Polizei verhaftet. Mit der Begründung, daß es sich um ein politisches Verfahren handelt, wurde seine Bitte um einen Anwalt abgelehnt. Vom 28. April bis zum 4. Mai wurde er, vermutlich in einem Militärlager in der Stadt Diyarbakir (der Ort wurde ihm nie genannt, beim Transport wurden ihm die Augen verbunden), gefangen gehalten.

Die Zelle war vom Flur her ständig beleuchtet; in den kalten Nächten (mit einer Ausnahme) bekam Wolfgang Kapp keine Wolldecke. Durch angefangene Gespräche, Schläge gegen die Zellentür usw. wurde in der ganzen Zeit verhindert, daß er schlafen konnte. Eine gewisse Erleichterung der Haftbedingungen konnte er mit seinen Türkischkenntnissen durch Gespräche mit den wachhabenden Soldaten erreichen.

Wolfgang Kapp wurde mehrmals stundenlang verhört, wobei die bestimmende Person nach seiner Einschätzung ein offensichtlicher Faschist war. Dieser versetzte ihm während des Verhörs Stockschläge und Fußtritte. Als Vorwurf bekam er endlich zu hören, er sei ein sowjetischer Spion. Weitere Folterungen durch Stockschläge auf die Fußsohlen. Als das Verhör fortgesetzt wurde, kamen die Vorwürfe immer verrückter: jetzt sollte er amerikanischer, russischer und schwedischer Geheimagent sein, kurdische Musik auf Bändern transportiert haben, an Unruhen beteiligt gewesen sein.

Die letzten Tage verbrachte Kapp in der Gemeinschaftszelle einer Polizeistation in Istanbul. In der Zelle (10 x 20 Meter) waren ständig 40 bis 50 Leute, denen die verschiedensten Taten vorgeworfen wurden: Verkehrsdelikte, Paßvergehen, Streitigkeiten mit Prostituierten, Gebrauch von Rauschgift, Waffenbesitz, Verkauf kommunistischer Zeitungen, Ausbruch aus dem Gefängnis usw.. Manchmal wurden Leute direkt vor der Zellentür mit der Peitsche geschlagen oder am Boden mit den Füßen getreten und so in die Zelle gestoßen.

Dieser Prozeß fand über zwei Instanzen gegen die Studentin Almut E. statt, die angeklagt war, durch 'gemeinschaftlichen Raub' einem Journalisten der FAZ seine Unterlagen entwendet zu haben. In der ersten Instanz wurde sie am 11.10.75 zu 9 Monaten Gefängnis verurteilt (ID 147),
*"obwohl sie die Wegnahme nicht selbst ausgeführt hat und bei der Wegnahme auch nicht unmittelbar bei den die Tat Ausführenden stand." Aber sie habe "mit Täterwillen bewirkt, daß ein anderer die zur Tatbestandserfüllung notwendigen Handlungen als Teil des von ihr verfolgten Gesamtplans vorgenommen hat." Für die Ausführung der Tat habe sie sich "ihr politisch höriger Studenten bedient". Für die Strafzumessung war das Gericht der Meinung, "mußten auch generalpräventative Gesichtspunkte berücksichtigt werden, weil gerade im Bereich einiger Universitäten die Rechtstreue durch ein verändertes Bewußtsein erkennbar gelitten hat und dort auch in Teilbereichen die Überzeugung gewachsen ist, Straftaten im Bereich der Universität würden weniger energisch verfolgt, als dies sonst der Fall ist" (alle Zitate aus dem Urteil).*

In der Berufungsverhandlung vor dem Landgericht ließ sich diese abenteuerliche Konstruktion nicht aufrechterhalten. Der "Raub" wurde fallengelassen, Almut wegen Nötigung zu einer Geldstrafe von DM 900 plus Verfahrenskosten verurteilt. Mit diesem Urteil ist nun die Farce leider noch nicht zu Ende, bzw. könnte sich nun als Tragödie wiederholen: Während der ersten Verhandlung widersprachen sich der Zeuge der Anklage, der FAZ-Hochschulspezialist Dr. Kurt REUMANN und ein Zeuge der Verteidigung, der Student Klaus-Peter S. in einem für die Beweiserhebung ziemlich nebensächlichen Punkt, nämlich der Frage, ob der FAZ-Schreiberling MITGESCHRIEBEN hätte oder nicht.

Kurz noch einmal der Hergang der ganzen Geschichte: Der Uni-Präsident sah sich damals "veranlaßt", wegen 'erheblicher Störungen des Lehrbetriebs' große Teile der Universität zu

**Postvertriebsstück**
**Gebühr bezahlt**
**D 1870 CX**
**Informationsdienst**
**Postfach 900 343, 6000 Frankfurt 90**

*Bei Nichtaushändigung an den Gefangenen bitte mit dem Grund der Nichtaushändigung an Absender zurückschicken.*

**Nummer des Abos** 3842 W

**bezahlt bis ID Nr.** 3

*Achtung, liebe Abonennten!*
*Wenn auf dem Adressenaufkleber das Zeichen !? ! auftaucht, bitte baldigst Geld überweisen — sonst meinen wir, ihr wollt keinen ID mehr und STELLEN DIE LIEFERUNG EIN.*

Posteinlieferung von ID Nr. 232 , Freitag, 20 Uhr

**fungsverhandlung ebenfalls ein Ermittlungsverfahren 'wegen uneidlicher Falschaussage' eingeleitet. Taktik statt Beweisführung: Ein Zeuge nach dem anderen wird aus dem Verfahren herausgeschossen, indem man jedem, der etwas anderes als Reumann aussagt ein Ermittlungsverfahren anhängt. Sämtliche Zeugen sollen also schon im 'Vorfeld' kriminalisiert bzw. soweit eingeschüchtert werden, daß sie möglichst gar nicht mehr aussagen. Genau wie für den Richter in der ersten Instanz steht für den Staatsanwalt nun mal fest, daß ein Journalist der FAZ mit ausgezeichneten Verbindungen zur Justiz, zur CDU, zum Bund Freiheit der Wissenschaft, usw. natürlich glaubwürdiger ist als ein Dutzend Studenten, denen man einfach unterstellt, als 'politisch Hörige' mit der Angeklagten unter einer Decke zu stecken.**

**Für die Absichten der Staatsanwaltschaft mag die Äußerung von Oberstaatsanwalt Pletsch vor einigen Monaten in einem Verfahren gegen vier Medizinstudenten einen Hinweis geben: endlich aufzuräumen damit, daß an dieser Universität Auseinandersetzungen außerhalb der Bahnen ablaufen, die der Staat zugesteht.**

**Prozeß: 23.6.78, 9.00 h, Landgericht, Großer Schwurgerichtssaal, Universitätsstraße, Marburg.**
**Kontakt? Angezeigtenkollektiv, c/o ASTA, Erlenring 5 und Prozeß-AG, c/o Buchladen Roter STern, Am Grün 28, 3550 Marburg, Tel. 06421/ 24 787**







